M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Ausländer in der BRD

Nr. 79 August 1979 DM 2.50

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Burozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid , Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1. Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28, (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Turkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Sudpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28, bzw. 20,

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Nicaragua

Drei Merkmale charakterisieren die Entwicklung in Nicaragua seit April und bestimmen in verschiedener Form auch die weiteren Aussichten: 1. Das innenpolitische Kräfteverhältnis, 2. Die Rolle der Gegenregierung und die Lage in den befreiten Zonen, 3. Das Verhalten der USA und der lateinamerikanischen Länder.

1. Die Entwicklung seit April

Die neue Großoffensive der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) begann Anfang April im Norden Nicaraguas mit der Einnahme der wichtigen Stadt Esteli. Somoza befand sich zu dieser Zeit in den USA, nicht zuletzt, um neue Waffenkäufe zu tätigen. Die Abwesenheit des Diktators in diesem kritischen Moment ließ erneute Spekulationen aufkommen, daß es sich hierbei um ein taktisches Manöver handeln könnte: Die FSLN denunzierte öffentlich die Möglichkeit eines bevorstehenden Putsches gegen Somoza, getragen von Teilen der Nationalgarde und den aufgeschreckten Geschäftsleuten, mit gleichzeitiger Rückendeckung durch das US - State Department. Ebenso machten sie deutlich, daß sie einen Somozismus ohne Somoza nicht akzeptieren würden.

Vorausgegangen war dem neuen Anstieg der Kämpfe eine Einigung der oppositionellen Kräfte und ein Ende März vereinbartes Abkommen zwischen den drei Tendenzen der FSLN, in dem man eine noch größere Einheit herstellte. Der im September 78 mißlungene Volksaufstand hat hier zu Konsequenzen geführt:

„Eine Konsequenz war die Notwendigkeit der Errichtung einer Dachorganisation aller gegen den Somozismus aktiv kämpfenden Organisationen. Bereits im Mai 78 wurde die FAO gegründet, ein Bündnis aller bürgerlichen und fortschrittlichen Organisationen gegen Somoza. Ende 78 verließen die fortschrittlichen Kräfte und die „Gruppe der 12" (intellektuelle Vertreter der FSLN. u.a. Ernesto Cardenal) die FAO und traten der MPU (Bewegung vereinigtes Volk) bei. Die bürgerlichen Kräfte innerhalb der FAO plädierten weiterhin für eine Politik der Verhandlung mit Somoza und den USA. Aus der MPU und der „Gruppe der 12" ging die FPN (Nationale Patriotische Front) hervor. Sie befürchteten, daß die Verhandlungen mit Somoza und den USA auf einen „Somozismus ohne Somoza" hinauslaufen würde. Man befürchtete, daß die herrschenden Strukturen, die Somoza an der Macht halten, und der entscheidende Einfluß der USA auf das Schicksal Nicaraguas, weiterhin bestanden hätten. Die FPN ist heute die maßgebliche Massenorganisation, in der sich die wichtigsten Gewerkschaften, Parteien und Vereinigungen zusammengeschlossen haben, die den bewaffneten Aufstand des Volkes unter der Führung der FSLN unterstützen." (TAZ 25.6.79)

Wichtige Punkte im Programm der „Nationalen Patriotischen Front" FPN sind u.a.: *Nationale Souverenität* und Ablehnung ausländischer Intervention; *Effektive Demokratie* mit Wahlen, Aufstellung einer demokratischen Armee mit patriotischem Charakter, Abschaffung aller repressiven Institutionen, sowie Gerichtsverfahren gegen Militärs und Zivilisten, die Verbrechen gegen die Bevölkerung begangen haben; *Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt*, d.h. Konfiszierung des Somoza - Besitzes, vollständige Agrarreform, Verstaatlichung der nationalen Reichtümer des Landes, Förderung der nationalen Entwicklung, Veränderung der städtischen Struktur, Steuerreform, Kampf gegen das Analphabetentum. (Längere Auszüge in TAZ 25.6.79)

Gleichzeitig verschärfte sich die seit der Septemberoffensive zunehmende Witschaftskrise in Nicaragua, die immer größere Teile der Geschäftsleute in die Opposition zum Somoza - Regime brachte.

Zunächst besetzten die Sandinisten acht Tage lang die Stadt Esteli. Daneben fanden weitere Offensiven gegen Städte statt, sowie Überfälle auf Militärkonvois der Nationalgarde. In der Folgezeit verlagerte sich das Geschehen vor allem auf die zweitgrößte Stadt Léon. Die Nationalgarde setzten dabei Panzer und Luftwaffe ein und bombadierte die Stadt und ihren Umkreis. Somoza selbst reagierte auf die Verschärfung der Kämpfe mit erhöhter Repression auch gegen die in der „Breiten Oppositionsfront" FAO vereinigten Kräfte der gemäßigten Opposition und verhaftete zahlreiche ihrer Mitglieder. Die Verhaftungen standen im Zusammenhang mit Gesprächen der FAO mit der FPN, in der die Linken Kräfte darunter die „Bewegung Vereinigtes Volk (MPU) und die Gruppe der Zwölf zusammengeschlossen sind, bei denen sich die Möglichkeit einer Vereinigung aller oppositionellen Kräfte abzeichnete.

Trotz der Zuspitzung der innenpolitischen Verhältnisse erhielt Nicaragua Mitte Mai vom Internationalen Währungsfond (IWF) einen Kredit über 66 Mill. Dollar, wobei man von Seiten des IWF erklärte, man habe nicht nach politi-



Nationalgardisten in Masaya

schen, sondern wie gewöhnlich nach rein ökonomischen Kriterien verfahren. die Doppelzüngigkeit dieser Erklärung ist allerdings unbestreitbar: Angesichts der gravierensten Finanzprobleme des Landes handelt es sich hierbei um eine direkte materielle Unterstützung des Regimes.

Wegen der anwachsenden Kämpfe versuchte Somoza durch eine Internationalisierung des Konfliktes Zeit und Luft zu gewinnen. Der Diktator warf dem Nachbarland Costa Rica vor, ungehindert Aktivitäten der Sandinisten von ihrem Terretorium aus zuzulassen und berief eine außerordentliche Sitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ein, um unter der fadenscheinigen Berufung auf das interamerikanische Beistandsabkommen (TIAR) Unterstützung durch andere OAS - Mitglieder zu gewinnen. Seit April kam es daneben wiederholt zur Beschießung des Nachbarlandes durch die nicaraguensische Nationalgarde.

In Nicaragua selbst breiteten sich die Kämpfe Anfang Juni auf fast alle Bereiche des Landes aus. Dadurch wurde klar, daß die aktive Zahl der gutausgerüsteten und trainierten Sandinisten weitaus höher lag als bisher angenommen (bisher ca. 1 500); dagegen wird heute von 9 000 Guerillas gesprochen, hinzu kommt die generelle Unterstützung durch die Bevölkerung in den Gebieten, in denen es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der mittlerweile auf über 13 000 Mann angewachsenen Nationalgarde Somozas kommt. Der ab 4. Mai von der FSLN ausgerufene Generalstreik, der weitreichende Unterstützung fand, trug daneben zur Entlastung der Aufständischen bei, da 2 000 Nationalgardisten abkommandiert werden mußten, um die Arbeitswilligen zu schützen. Der skizzierte Vorgang zeigt, daß die FSLN Guerillataktik, offene militärische Konfrontation und andere Kampfformen zu einer neuen Form verbindet. (Nicaragua Nachrichten 6/79)

Die anhaltende Hilfe aus dem Ausland für Somoza verdeutlicht die Verhaftung eines guatemaltekischen Offiziers durch die Befreiungsfront in Léon und die öffentliche Bekanntgabe der Flugzeugnummern mehrerer nordamerikanischer Transporter, die Waffen aus der Kanalzone für die Nationalgardisten einflogen.

Anfang Juni verlagerten sich Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes erstmals in die Hauptstadt Managua. die Kämpfe, die den Charakter eines Volksaufstandes annahmen, waren in den Elendsvierteln der Hauptstadt zahlreiche Tage vor ihrem Ausbruch vorbereitet worden. Daher erreichten sie einen hohen Organisations- und Koordiantionsgrad: In den barrios begann gleichzeitig der Bau von Barrikaden, was um so erstaunlicher ist, als die Hauptstadt seit dem Erdbeben von 1972 kein eigentliches Zentrum mehr hat, sondern aus vielen verstreuten Gebieten besteht, getrennt durch Hügel und Felder. Die koordinierten Kämpfe, im Gegensatz zu den vereinzelten Aufständen der Vergangenheit, näherten sich bis auf einen Kilometer an den Bunker von Somoza, in den sich der Diktator eingeigelt hat und den er kaum noch verläßt. Zahlreicheh Angehörige und Parteigänger der Somoza - Dynastie zogen in das Intercontinental Hotel um, wo sie sich aufgrund der Präsenz ausländischer Journalisten in Sicherheit wähnen. Mehrere Tage blockierten die Sandinisten die Ausfahrtstraße zum Flughafen, weshalb sich die Evakuierung der nordamerikanischen Staatsbürger bis zum 12. Juni verzögerte.

Die Luftwaffe flog Einsätze gegen die barrios und bombadierte Teile des Stadtgebietes, wodurch sich die prekäre Versorgungslage in den Randgebieten weiter verschlechterte. Als Folge der Kämpfe und der sich ausbreitenden Seuchen flohen Zehntausende in ländliche Regionen. Die Gesamtzahl der Hilfsbedürftigen und Obdachlosen ist mittlerweile auf eine halbe Millionen Menschen (ca. 20% der Gesamtbevölkerung) angestiegen. Es drohen Seuchen und Epedemien. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes werden für die Zehntausende von Flüchtlingen täglich über 100 000 Dollar benötigt. (TAZ 27.6.79) Es gibt kaum noch Nahrungsmittel. Die meisten Geschäfte der Hauptstadt sind ausgeplündert, die sanitären Bedingungen in den Krankenhäusern sind katastrophal. (SZ 4.7.79)

Auf einer der Pressekonferenzen, die Somoza regelmäßig abhalten läßt und in denen er sich jeweils als Opfer einer kubanischen und internationalen kommunistischen Verschwörung darstellt, gab er Zahlen über die Toten bekannt. Demnach seien 1 000 Guerillas und 300 Nationalgardisten in den jüngsten Kämpfen gefallen (Latin American Political Report 15.6.79). Die wirkliche Zahl dürfte allerdings weit höher liegen. Hauptstütze des Diktators ist momentan die 3 000 Mann starke Elite - Truppe um Somozas Sohn Tachito, die auch am besten ausgerüstet ist. In den besonders umkämpften Gebieten kommt sie jeweils zum Einsatz. Bei den übrigen Truppenanteilen machen sich Auflösungserscheinungen bemerkbar; viele der Soldaten sollen betrunken sein oder unter Drogeneinfluß stehen und hemmungslos gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. (Latin American Political Report 15.6.79) Darüberhinaus kommt es im Somoza - Lager zu verstärkten Absatzbewegungen: Nach der Hinrichtung von Cornelio Hueck, der sich als Chef der Zollbehörde und rechte Hand von Somoza vor allem mit der Kommerzialisierung des Schmuggels beschäftigte, äußerten viele Abgeordnete den Wunsch, vorübergehend in „Ferien" zu gehen. Prominente Mitglieder des Somoza - Clans, die auch Regierunsposten innehatten, haben sich bereits nach Miami oder Florida abgesetzt.

2. Die Gegenregierung und die Lage in den befreiten Gebieten

Mitte Juni wurde im Nachbarstaat Costa Rica die Gegenregierung ausgerufen. Sie setzt sich

Unterstützt das Volk von Nicaragua!

Bei aller Freude über den Sieg der Sandinistischen Befreiungsfront darf die Solidaritätsbewegung die sofortige materielle Unterstützung des Volkes von Nicaragua nicht vergessen. Somoza hat zur Verteidigung seiner Macht und seines Reichtums das Land völlig verwüstet und unzählige Menschen getötet, vertrieben und verwundet:
— Es gibt ca. 100 000 Flüchtlinge, die wahrscheinlich zu einem großen Teil versuchen werden, in den nächsten Monaten nach Nicaragua zurückzukehren.
— Die Zahl der Toten des Krieges wird auf 40 000 geschätzt, die Zahl der Verwundeten dürfte wesentlich höher liegen.
— Die Wirtschaft des Landes liegt zu 90 % brach, lebenswichtige Industriezweige sind zerstört.
— Es wird mit einem Ausfall der Baumwollernte gerechnet, die Viehzüchter haben in diesem Jahr weniger investiert, die Felder wurden nur unregelmäßig bestellt.

Das **Lateinamerika - Komitee München** hat in der vergangenen Zeit **Arzneimittel** und Geld für Arzneimittel gesammelt, die über österreichische Ärzte in den Flüchtlingslagern in Costa Rica verteilt wurden. Das LAK will nun versuchen, zukünftig die Medikamente direkt nach Nicaragua zu schicken (durch die veränderte Situation in Nicaragua ist es im Moment nicht möglich, Näheres zu sagen). Folgende Mittel werden gebraucht:

Schmerzmittel (Analgetika)
Rheumamittel (Antirheumatika), Gicht
Cortison
Durchblutungsfördernde Mittel mit Blutfettsenker
Bronchitis- und Astmamittel
Venenpräparate
Antihistaminpräparate (Allergie etc.)
Entwässerungspräparate
Präparate gegen Bluthochdruck (Anthypertensiva)
Kreislaufmittel gegen niedrigen Blutdruck (Anti Hypotonika)
Herzmittel
Gynäkologische Präparate
Hautmittel (Externa)
Pilzmittel (Antimycotika)

Anabolika
Vitaminpräparate, Eiweißpräparate
Kalkpräparate (Calcium)
Eisenpräparate gegen Blutarmut
Unspezifische entzündungshemmende Präparate (Grippe, Prostata, Blase)
Augen, Ohr
Nase
Wurmmittel
Galle, Leber
Antibiotika
Sulfonamide
Lokalanästetika
Desinfektionsmittel
Sedativer und Schlafmittel
Anästetika
Antidiabethika (Zuckerkranke)

Sie sollen geschickt werden an:
Lateinamerika - Komitee München, z. Hd. H. E. Melzer, Hiltenspergerstr. 2, 8000 München 40, Tel.: 089 / 37 67 60
Das **Informationsbüro Nicaragua** will in den nächsten Tagen mit einer **Lebensmittel - Sofort -Hilfe** beginnen, weil dem Land eine Hungersnot droht. Spenden dafür können eingezahlt werden auf das Konto des Informationsbüros Nicaragua, Konto - Nr. 97 67 38 der Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Stichwort „Lebensmittelhilfe".
Weitere **Informationen** beim Informationsbüro Nicaragua, Angelika Pappe, Ravensbergerstr. 149, 56 Wuppertal 1, Tel.: 0202 - 43 19 76

aus fünf Mitgliedern zusammen, hinzu kommt ein 30köpfiger geplanter Staatsrat, der sich aus allen wichtigen politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Kräften, sowie Vertretern der Privatindustrie und dem Agrarbereich zusammensetzen soll. Der Staatsrat soll beratende Funktion bei der Gesetzgebung haben. Nach Angaben von Mitgliedern der provisorischen Regierung soll es sich insgesamt um ein System effektiver Demokratie handeln, offen für alle politischen Strömungen, das auf Gerechtigkeit basiert und für sozialen Fortschritt eintritt. Die „Regierung zum nationalen Wiederaufbau" wurde bald von Kuba und Panama anerkannt. Später kamen Irak, Grenada, Lybien und Vietnam hinzu. Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru und Venezuala haben die Beziehungen zu Somoza abgebrochen. Die Länder des Andenpaktes erkannten die FSLN als kriegsführende Partei an. Die Regierung Ecuadors begründete beispielsweise ihre Haltung mit den Worten, daß „die Regierung Somoza ihr Volk massakriert hat und schlicht und einfach Völkermord betreibt." (TAZ 20.6.79) Einer stärkeren Anerkennung steht vor allem im Wege, daß sich die provisorische Regierung bislang im Nachbarland Costa Rica aufhält. An eine Übersiedlung ist aber nach der endgültigen Befreiung der Prozinzhauptstadt Rivas unweit der Grenze zu Costa Rica gedacht.

Zusammensetzung der „Regierung zum nationalen Wiederaufbau von Nicaragua"

- Sergio Ramirez Mercado: 34 Jahre alt. Rechtsanwalt und Schriftsteller. Mitglied der „Gruppe der 12", vertritt bisher die FSLN in der „Gruppe der 12".
- Alfonso Robelo: 38 Jahre alt. Mitglied der FAO. Präsident der „Demokratischen Bewegung Nicaraguas". Ein wohlhabender Industrieller, der Präsident des Unternehmens „Grasas y Aceites" S.A. und Führungsmitglied von weiteren großen 11 Unternehmen ist.
- Moses Hassan: Ein in den USA ausgebildeter Physiker und ehemaliger Rektor der nationalen Universität. Gehört der Bewegung „Vereinigtes Volk" an und hat stark zur Bildung der „Nationalen Patriotischen Front" beigetragen. Bruder von Omar Hassan, ein kürzlich gestorbener Anführer in der Sandinistischen Befreiungsfront.
- Voileta Barrios de Chamorro: Witwe des ermordeten Herausgebers der Zeitung „La Prensa", der bis zu seinem Tod im Februar 1978 die bürgerliche Opposition gegen Somoza anführte. Sie gehört einer Landbesitzerfamilie an, die in traditioneller Opposition zum Somoza - Clan steht.
- Daniel Ortega: 30 Jahre alt. Einer der militärischen Führer der FSLN. Saß 7 Jahre unter Somoza im Gefängnis. Die 4 Brüder von Ortega gehörten ebenfalls den Sandinistas an. zwei sind im Kampf gegen Somoza gestorben.

Die Isolierung der Somoza - Diktatur vor der Meinung der Weltöffentlichkeit und auch nach den verbalen Äußerungen der meisten Regierungen ist sicherlich weit fortgeschritten. Von dem mit Militärregimen zahlreich bestückten Subkontinent halten Somoza nur noch seine unappetitlichen Kollegen — der Chilene Pinochet und der Paraguayer Stroessner, sowie zwei mittelamerikanische Generäle — die Stange. Auch die Sozialistiche Internationale hat in einer Erklärung vom 20. Juni die Errichtung der provisorischen Regierung begrüßt und ihre Mitglieder parteien aufgefordert, ihre Anerkennung zu betreiben. Daß dieser Aufforderung allerdings Taten von sozialdemokratischen Regierungen gefolgt wären, ist bisher unbekannt. Antwort der Bundesregierung auf die Forderung nach Abbruch der Beziehungen zum wankenden Diktator: Wer eine solche Forderung erhebe, übersehe die Tatsache, daß die personell auf zwei Mann reduzierte Botschaft der BRD zu einer Schaltstation der humanitären Hilfe zugunsten der leidgeprüften Bevölkerung geworden sei. Vor allem das Rote Kreuz bediene sich dieser Möglichkeit. (FR 7.7.79)

Mittlerweile kontrollieren die Aufständischen ungefähr 30 Städte, besonders im politisierten Norden des Landes. Vielerorts belagern sie in den Städten die in die Garnisonen zurückgezogenen Soldaten der Nationalgarde.

In den Gebieten wo die Aufständischen die Oberhand über die Nationalgarde erlangt haben, versucht man als erstes, eine Reorganisation einzuleiten. Nach einem Plünderungsverbot werden unter der Leitung der sog. Komitees zur zivilen Selbstverteidigung unter Aufsicht der militärischen Führung der FSLN die Nahrungsmittelversorgung und die medizinische Betreuung mit mehr oder weniger großem Erfolg zentral organisiert. Größtes Problem ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Nur vorübergehend gelang es durch das Öffnen der Somoza gehörenden landwirtschaftlichen Betriebe und das Verteilen der dort vorhandenen Vorräte Abhilfe zu schaffen. (TAZ 27.6.79)

3. Das Verhalten der USA

Nachdem die USA in den vergangenen Monaten kaum öffentlich zu Nicaragua Stellung nahmen, riefen die verstärkten Aktivitäten der Aufständischen die US - Regierung wieder auf den Plan. Da mittlerweile auch nach US - Prognose Somoza nicht mehr als 2 Monate eingeräumt wurden, drängte die Carter - Administration nun auf einen schnellen Regierungswechsel in Nicaragua: Somoza sollte abdanken und dadurch eine Regierungsbildug der gemässigten Opposition unter Beibehaltung der Nationalgarde ermöglichen.

Zunächst wurde allerdings versucht, eine andere politische Variante durchzuspielen, die Merkmale der früheren „big stick - policy" (Politik des großen Knüppels) aufweist, die die USA besonders in der ersten Hälfte des 20 Jahrhunderts zur Sicherung ihrer Interessen angewandt haben. Auf einer Sondersitzung der OAS sollte der Einsatz einer Art „Interamerikanischer Friedenstruppe" abgesegnet werden, um so eine von der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten getragene Intervention in Nicaragua durchzuführen, Präzedenzfall für ein solches Unternehmen: Der Einsatz von 22 000 marines in der Dominikanischen Republik 1965, nachdem die Regierung von Juan Bosch dort mit der Durchsetzung eines Reform- und Verstaatlichungsprogramms begonnen hatte. Nachträglich wurde dieses Vorgehen dann durch einen OAS - Beschluß legitimiert und Soldaten aus anderen lateinamerikannischen Ländern — vor allem Brasilien — in die Dominikanische Republik gebracht. (VGL. Iz3w, Nr. 71. Aug. 78, S. 12 - 16)

Das sich die Zeiten seit den 60er Jahren verändert haben und die politische Autonomie lateinamerikanischer Staaten gegenüber den USA gewachsen ist, verdeutlichte das Ergebnis der OAS - Abstimmung. Die USA erfuhr eine deutliche Abfuhr und die mögliche Intervention wurde allgemein abgelehnt.



Guerillas in Chichigalpa:

Hauptinteresse der US - Diplomaten ist in diesem Moment, daß Somoza so bald wie möglich zurücktritt und gleichzeitig in der provisorischen Regierung die gemäßigten Kräfte ein stärkeres Gewicht erhalten. In diesem Zusammenhang ist von einem persönlichen Brief Carters die Rede, in dem er Somoza aufforderte, zum Wohle Nicaraguas abzudanken. (El Pais, 30.6.79) Nach seiner drastischen Niederlage in der OAS, die ihn zum sofortigen Rücktritt aufforderte, und der Verschlechterung der militärischen Lage bleibt Somoza kaum eine andere Wahl, als zu verhandeln, ohne gleichzeitig Bombardements gegen Aufständische und Zivilbevölkerung einzustellen. Um den Diktator abzulösen hat die US - Regierung folgenden Stufenplan entworfen und über Warren Christopher — die Nummer zwei im State Department — am 28. Juni dem nicaraguanesischen Außenminister unterbreitet: 1) Somoza dankt ab und verläßt das Land, 2) Sein Nachfolger beruft einen Staatsrat aus nicht kompromettierten Mitgliedern ein, 3) Der Staatsrat handelt eine Feuereinstellung mit den Sandinisten aus und eine provisorische Regierung, 4) Freie Wahlen werden abgehalten und eine konstitutionelle Entwicklung eingeleitet.

Zur Umsetzung dieser Konzeption verfolgt man eine Doppelstrategie: Auf der ersten Ebene agiert der neue nordamerikanische Botschafter in Managua Lawrende Pezzullo. Bisher beantragte er kein offizielles Beglaubigungsschreiben — ein nach internationalen Regeln einmaliger Vorgang — sondern versuchte, Kontakte mit der demokratischen Opposition aufzunehmen, während er gleichzeitig in mehreren Gesprächen Somoza zu überzeugen versuchte, das Land zu verlassen. (TAZ 5.7.79)

Die Kontakte mit der provisorischen Regierung soll Sonderbotschafter William Bowdler auf einer zweiten Ebene übernehmen. Bisher läuft sein Vorschlag daraufhinaus, die provisorische Regierung um zwei weitere Mitglieder, einer aus dem Unternehmerverband COSEP und ein weiteres FAO - Mitglied zu erweitern, um so die linke Mehrheit zu brechen. Daneben fliegt er quer über den Subkontinent, um Stimmung für die US - Pläne zu machen.

Interimspräsident würde nach dem ganzen Projekt der einflußlose Senatspräsident Pablo Rener. (El Pais, 29.6.79)

Wie weit der Druck der USA auf Somoza geht und inwieweit es sich nur um verbale Rhetorik handelt, ist nicht klar auszumachen. Somoza erklärte sich in den letzten Tagen prinzipiell zum Rücktritt bereit unter den folgenden Bedingungen: Der Fortbestand seiner politischen Partei, den sogenannten Liberalen und der Nationalgarde müßte gesichert bleiben und ihnen Einfluß in der Übergangsregierung eingeräumt werden. Dies dürfte in großen Zügen auch die Position der USA sein, würde doch der Fortbestand der Nationalgarde weiterhin einen gewissen Einfluß sichern. Hauptproblem bei der Präsidentensuche ist, daß es bisher nicht gelungen ist, einen halbwegs akzeptablen Nachfolger für den Tyrannen zu finden, ein Unternehmen das auch in Zukunft kaum gelingen dürfte. So schließt sich heute der Kreis: Nachdem die USA vor vierzig Jahren die Somoza - Dynastie an die Macht hievten, wissen sie heute nicht, wen sie an seine Stelle setzen könnten. So müßten sie und die wenigen verbleibenden Gefolgsleute im Lande weiterhin mit dem ramponierten Original vorlieb nehmen.

nw

Nachtrag

Zur jüngsten Entwicklung

Trotz der eindeutigen Absage der OAS an eine Intervention in Nicaracua, zeigte sich bald, daß man in den USA den Gedanken daran niemals wirklich aufgegeben hat, und Falken und Tauben in der Regierungsspitze unterschiedliche Vorstellungen haben. Zu den harten Männern, die eine Intervention in Nicaragua befürworten, um ein von ihnen erwartetes zweites Kuba zu verhindern, zählt man vor allem zwei: Den Leiter des „National Security Council", Zbigniew Brzezinski und den Sekretär für Verteidigung Harold Brown. Letzterer erklärte Ende Juni in einer populären Fernsehsendung, eine Intervention sei „nicht undenkbar" und andere Offizielle bekundeten, der OAS - Beschluß würde eine solche nicht explizit ausschließen. Einzelnen Berichten zufolge soll die 82te Luftdivision, die bereits vor 14 Jahren in der Dominikanischen Republik zum Einsatz kam, in Alarmbereitschaft gesetzt worden sein. (LAPR, 29.6.79). Gegener eines militärischen Eingriffs soll vor allem Cyrus Vance sein, obwohl man seine öffentlichen Äußerungen über den stei-

Interview mit Miguel Obando, Erzbischof von Managua, in El Pais, 8.7.79

DER KRIEG GEGEN DIE GEWALT IN NICARAGUA IST GERECHT"

F.: Glauben Sie, daß Somoza die Macht abgeben wird?

A.: Nein. Wenn er gesagt hat, er bleibt bis 1981, dann geht er nur, wenn man ihn dazu zwingt. Ich kenne ihn gut. Sein Machtstreben ist unersättlich. Er ist an der Macht geboren und krallt sich an ihr fest. Bei ihm zählt die politische Taktik wenig, sondern Stolz und Eitelkeit. Die Mehrzahl von uns hat die Fähigkeit dieses Menschen und seiner Nationalgarde zur Gewalt und Zerstörung unterschätzt. Nie hätten wir gedacht, daß er in der Lage ist, ganze Städte zu zerstören, wie er es getan hat und wir es erleben müssen. Nie hätten wir geglaubt, daß die Bestie so wild wäre, wie es einer meiner Priester ausgedrückt hat.

F.: Steht der Marxismus gegen Somoza?

A.: Das ist seine Interpretation. Aber dann bestünde ja die ganze Bevölkerung aus Marxisten. Dies ist aber nicht richtig. Wenn auch nicht die ganze Bevölkerung direkt am Kampf teilnimmt, so ist doch die ganze Bevölkerung gegen ihn. Im Frente Sandinista gibt es Marxisten, aber auch andere, die keine Marxisten sind.

F.: Wie lebt heute die Masse des nicaraguensischen Volkes?

A.: In einer schrecklichen Lage. Die Nationalgarde tötet, aber keiner interessiert sich dafür, wer der Schuldige ist. Es gibt kein Gesetz und keine Gerechtigkeit. Es gibt eine Schlucht in Managua, die man Abhang des Bleis nennt. Täglich tauchen dort Leichnahme auf. Es fragt schon gar keiner mehr. Ich habe eine wachsende Mutlosigkeit und Hoffnungslosigkeit festgestellt, Und viele Leute sind voll Haß gegen die Nationalgarde. Es staut sich viel Haß in der Bevölkerung. Ganze Städte sind fast völlig zerstört. Viele Arbeitslose leiden Hunger. Arzneimittel kann sich keum jemand leisten. Gravierend ist die Flucht der Menschen und des Kapitals aus dem Lande.

F.: Wie sehen Sie die Zukunft, falls der Frente nicht gewinnt?

A.: Die Unterdrückung Somozas würde weiter zunehmen. Auch wenn der Frente gewinnt, glaube ich, daß eine Zeit der Anarchie unvermeidbar ist. Es muß eine kollektive Regierung geben. Die materielle und moralische Rekonstruktion meines Landes wird lange Zeit in Anspruch nehmen.

F.: Ist der Krieg der Nicaraguaner ein gerechter Krieg?

A.: Die Dotrin des gerechten Krieges in der Kirche hat eine lange Geschichte. Sie stammt vom heiligen Thomas. In Medellin (1968) haben wir Bischöfe uns wieder auf sie besonnen. Dieser Krieg ist Gegengewalt. Und die Gegengewalt ist angesichts einer Situation permanenter Ungerechtigkeit gerechtfertigt, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind und man sieht, daß sich die Situation noch weiter verschlechtern wird. Niemals darf man die institutionalisierte Gewalt, die Gewalt von oben mit denselben Maßstäben beurteilen wie die Gegengewalt, die Gewalt von unten. Wer hat angefangen? Ebensowenig darf man den guerrillero als einen Terrorsiten bezeichnen. Bei meinem Aufenthalt in der Bundesrepublik habe ich gesehen, daß es für die dortigen Bischöfe sehr schwierig ist, dies zu verstehen.

F.: Die Ablehnung gegen Somoza ist schon allgemein ...

A.: Das stört ihn überhaupt nicht. Er hat nicht mal hier eine gewisse Sensibilität. Wenn ich wieder in Nicaragua bin, werde ich ihm einen Brief schreiben und die Verbrechen denunzieren, die die Nationalgarde an meinem Informationssekretär Bismark Carvallo, der den erzbischöflichen Rundfunk leitet, begangen haben. Sie haben sein Auto beschossen, ihn aus dem Wagen gezerrt, getreten, geschlagen und anschließend haben sie ihn dann noch gezwungen, die Kugeln zu bezahlen, die sie auf ihn abgefeuert haben.

F.: Wird ihr Brief irgendwelche Folgen haben?

A.: Nein, nichts bewegt ihn. Aber wenn man ihn öffentlich anklagt, das gibt den Menschen Auftrieb und das ist das Wichtigste. Uns bleibt noch der Predigtstuhl und von dort können wir unseren Menschen Trost und Rat geben und ihnen ein Bewußtsein über die Situation vermitteln. Die Bevölkerung leidet sehr.

genden kubanischen Einfluß in Nicaragua auch als die Vorbereitung eines solchen deuten kann.

Das Doppelspiel zwischen diplomatischen Verhandlungen und begrenzter Intervention wurde schließlich am 9.7.79 deutlich. Mit der Genehmigung des costaricensischen Präsidenten Carazo landeten in der Nordregion Costa Ricas 36 Offiziere der US - Marine, die mit zwei Hubschraubern aus der Panama - Kanalzone angeflogen kamen. Brissant ist diese Region vor allem deshalb, weil hier der Nachschub für die Sandinisten über die Panamericana angeliefert wird. Begründung der US - Botschaft für diesen widersprüchlichen und nicht risikolosen Vorgang: Man wolle die Evakuierung von Landsleuten vorbereiten; der costaricensische Innenminister sprach dagegen von einer Versorgung der Verletzten auf beiden Seiten. Wozu man dafür allerdings 36 Offiziere braucht bleibt ihr Geheimnis.

In Costa Rica erregte die Landung der Amerikaner große Unruhe und einen Proteststurm in der Bevölkerung. Während der Woche kam es zu massiven Demonstrationen und im Parlament, das nach der Verfassung vor einer solchen Entscheidung zu befragen ist, erhielt der amtierende Präsident eine deutliche Niederlage. Ende der Woche mußten die Amerikaner wieder abziehen.

Zweck der Aktion kann demnach gewesen sein, zunächst einmal Flagge auf costricensischen Boden zu zeigen und den Grundstein für eine eventuelle spätere Intervention zu legen. (TAZ 11.7.79)

Inzwischen hatte sich die Lage für Somoza weiter verschlechtert. Argentinien und Israel haben die Waffenlieferungen eingestellt; zahlreiche Panzer und Flugzeuge sind in den jüngsten Kämpfen zerstört worden. In diesem Zusammenhang muß die Blitzreise in die mittelamerikanischen Nachbardiktaturen gesehen werden. Daneben gelang es, 6 propellergetriebene Kampfbomber vom amerikanischen Typ T - 28 „irgendwo in Florida" einzukaufen (SZ 14./15.7.79). Durch ein Ausreiseverbot für alle Offiziere und den Einzug pensionierter Beamter versuchte Somoza, ein letztes Aufgebot zu formieren (13.7.79).

Weiter vorangeschritten sind dagegen die internationalen Kontakte und die Konstituierung der provisorischen Regierung. Mitte Juli fand in Puntarenas, Costa Rica, eine Konferenz der Gegenregierung mit führenden Politikern der Region statt. Hierbei legte man einen Friedensplan vor, der einen Rücktrit Somozas und einen Waffenstillstand beinhaltete. Der Plan sieht darüberhinaus die Schaffung einer neuen Armee aus Angehörigen der Sandinistas und Mitgliedern der Nationalgarde vor. Dies ist ein weitgehender Kompromiß der Sandinistas (SZ 14.7.79). Spätestens bis Ende August rechnen die Sandinistas mit der Übernahme der Macht und wollen bereits an der Konferenz der nicht paktgebundenen Staaten im September in Havanna teilnehmen.

Schließlich sind zwölf Minister der sandinistischen Gegenregierung, die voraussichtlich 18 Kabinettsmitglieder haben wird, benannt worden:

„Als Somoza - Gegner gehören dem provisorischen 18er - Kabinett auch Mitglieder reicher Familien, mehrere Anhänger der vor 17 Jahren gebildeten FSLN, liberale Politiker, ein Sandinista - Führer und ein ehemaliger Offizier der Nationalgarde an. Innenminister ist Tomas Borges, der den FSLN - Flügel „Anhaltender Volkskrieg (GPP)" anführt und sich selbst als Marxist bezeichnet. Die weiteren Mitglieder sind Oberstleutnant Bernardino Larios (Verteidigung), der Direktor der nicaraguanischen Nationalversicherungsgesellschaft, Leonel Arguello (Leitung der Wiederaufbaubanken der drei Staaten), Wirtschafts- und Planungsminister Roberto Mayorga, Rechtsanwalt Joaquin Cuadra (Schatzminister), der frühere Universitätsrektor Carlos Tunnermann (Erziehung), der Direktor der Interamerican Development Bank Arturo Cruz (Zentralbankgouverneur), Pastor Miguel d'Escoto (Auswärtiges), der Priester, Poet und Sandinista - Sprecher Ernesto Cardenal (Kultus), der Arzt und Mitglied der Konservativen Partei, Cäsar Anador Khul (Gesundheit), dessen Sohn nach Folterungen in der Haft der Ntionalgarde im vorigen Jahr starb."(SZ 16.7.79)

Die Übernahme wichtiger Ressorts durch Sandinisten (Bsp. Innenministerium) zeigt, daß sie auch in Zukunft die Politik bestimmen wollen.



Abschließend die letzte „neueste" Meldung über den Diktator: Gegen Abend des 16. Juli soll er die Einsamkeit seines Bunkers verlassen und sich allein am Steuer eines Cadillac aus Managua abgesetzt haben. Nach seinem Rücktritt erwartet man ihn in Florida. Vielleicht verschwindet er diesmal für immer.

16.7.79 nw

Iran

Zwischen Mitte Mai und Mitte Juni '79 sind zwei Mitglieder der "Liga gegen den Imperialismus" durch Iran gereist. Ihrem Bericht entnehmen wir die folgende Schilderung der Unruhen in der Stadt Khorramschar, Provinz Khusestan. Dort kämpf die arabische Bevölkerung um die Anerkennung ihrer demokratischen Rechte als nationale Minderheit innerhalb des persischen Staates.

Red.

Der Stadt sind die Kämpfe der vergangenen Tage anzusehen. Die Tanksäulen einer Tankstelle sind umgeworfen, 2 Möbelgeschäfte sind niedergebrannt, das Gebäude einer arabischen Organisation ebenfalls.

Wir sehen aber auch die Elendsquartiere, in denen ausschließlich Araber wohnen; nach guter alter Schah - Manier sind sie mit einer Mauer umgeben.

Wir gehen in den Hof der Moschee, die jetzt das Zentrum der arabischen Bevölkerung ist, und wo der Führer der Araber, Ayatollah Al - Khaqani, lebt. Wir haben die Möglichkeit, sehr ausführlich mit den Vertretern der arabischen Nationalität zu sprechen und Genaues über den Ablauf der Kämpfe zu erfahren. Später können wir auch noch mit dem Bruder des Ayatollah, Scheich Eissa Al - Khaqani, reden. Danach stellt sich der Ablauf der Ereignisse etwa so dar:

Die Bevölkerung der Provinz Khusestan, in der die westlichen Ölfelder des Iran liegen, hatte und hat einen arabischen Bevölkerungsanteil von weit über 90%. Die Politik des Schah - Regimes bestand nun darin, die nationale Identität der Araber zu brechen, ihnen kulturelle und sprachliche Selbstständigkeit zu verweigern. Außerdem betrieb er eine systematische „Kolonialisierungspolitik", indem er Regierungsämter, Polizei und Verwaltung mit Persern besetzte; auch der Handel und die Industrie waren in persischer Hand. Diese Leute hatten und haben teilweise noch heute eine chauvinistische Ideologie; ihre Privilegien beruhten auf rassistischer Grundlage.

Diese Leute bildeten das „Cultural Army Center for the Moslems Revolutionaris", das von den Arabern als eine falangistische Organisation bezeichnet wird. Die persischen Mitglieder dieses Zentrums waren größtenteils bewaffnet. Außerdem gelang es ihnen, sich im Revolutionskomitee der Stadt festzusetzen.

Einen Monat nach der Revolution bildete die arabische Mehrheit 2 Organisationen, die „Political Front of Arab People" und das „Arab Cultural Center". Diese Organisationen stellten einen 12 - Punkte - Forderungskatalog auf und unterbreiteten diesen der Regierung. Die wichtigsten Forderungen sind:

— arabische Schulen
— arabisch sprechende Gerichte
— arabische Offiziere in der Armee (bisher nur 2)
— ein arabischer Vertreter in der Zentralregierung
— arabische Polizei in Khusestan
— ein arabischer Gouverneur in Khusestan
— Autonomie, jedoch ausdrücklich betont innerhalb des Iran, keine Abrennung.

Diese Forderungen wurden der Regierung Bazargan vorgelegt und im Wesenntlichen gab es auch Zustimmung. Über den Punkt der Autonomie wurde keine Übereinstimmung erzielt. Die Regierung argumentierte, man müsse erst die Verfassung abwarten, ehe man hier Festlegungen treffe. An der tatsächlichen Lage der Araber änderte sich nichts.

Den ganzen Mai über kam es daraufhin zu Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Persern.

Am Dienstag, dem 30.5. verließen 3 Bewaffnete das Arab Cultural Zenter, um essen zu gehen; sie wurden von Mitgliedern des Revolutionskomitees der Stadt entwaffnet; sie fühlten sich dadurch entehrt und versuchten mit allen Mitteln, ihre Waffen wiederzubekommen. Zu diesem Zweck überfielen sie eine Zweigstelle des Zollamtes. Es kam zu einer Schießerei: 2 Menschen wurden getötet, 5 verletzt, darunter 2 von den 3 Arabern. Die Verletzten kamen ins Krankenhaus und die beiden Araber wurden dort von Marinesoldaten verhaftet.

Am Abend gründete Gouverneur Madani eine Komission zur Wiederhestellung der Ordnung, der der Bürgermeister der Stadt und die beiden Vertreter des Ayatollah angehörten. Er forderte, daß die beiden arabischen Zentren bis zum nächsten Tag aufgelöst werden sollten: außerdem könnten sie nur weiterarbeiten, wenn sie sich eindeutig zur islamischen Ideologie bekennen würden und zu keiner linken.

Inzwischen hatte Ayatollah Al - Khaqani das Einverständnis von Khomeiny zu den 12 Forderungen der Araber. Er erreichte von Madani einen Aufschub der Räumungsfrist um einen Tag (bis Donnerstag). Bis zu diesem Tag sollten auch alle Araber entwaffnet sein. (Ein Punkt, der deshalb so heikel war, weil viele Mitglieder des Cultural Army Center gleichzeitig Mitglieder des Revolutionskomitees und von daher bewaffnet waren. Eigene arabische Revolutionskomitees waren schon vor längerer Zeit mit Einwilligung Al - Khaqanis aufgelöst worden.)

In dieser Nacht (auf den Mittwoch) tauchte nun plötzlich ein Lastwagen der Marine, vollbeladen mit Waffen auf, die sofort ausgegeben wurden. Perser dirigierten die Ausgabe, sodaß hauptsächlich Perser Waffen bekamen, aber auch einige Araber. Gegen 4 Uhr morgens bekann die Schießerei, Leute vom Cultural Army Center erstürmten zunächst das Arab Cultural Center, das unbewaffnet ist. Hier wurden 11 Leute verhaftet. Dann wurde das Gebäude der Political Front of Arab People angegriffen. Auf dem war ein Maschinengewehr postiert, das keinen Kampfwert hatte, aber provokativ wirkte. Das Gebäude wurde 6 Stunden lang beschossen: 10 oder 15 Araber starben.

3 Leute, bei denen es sich durchaus um Separatisten gehandelt haben kann, schossen aus dem Araberviertel von jenseits des Karun, das dann unter systematischen Beschuß genommen wurde. Jetzt griffen auch die Einheiten der Armee in die Kämpfe ein.

Was allerdings die nächsten 2 Tage so blutig machte, war das Verhalten der mit anti - arabischer Stimmung angeheizten Jugendlichen, ja teilweise Kinder, die oft maskiert kämpften und die Lage dazu nutzen, private Streitigkeiten zu „bereinigen". Sie schossen mit der Absicht, zu töten, während die Armeeeinheiten sich darauf beschränkten, Kampfunfähigkeit herbeizuführen. So kam es zu Grausamkeiten, die man vorher nur von den Schah - Soldaten kannte: Verletzte konnten nicht geborgen werden, Helfer mit weißer Fahne wurden erschossen, Verwundete wurden oft umgebracht, ein Taxi, das Verwundete zum Hospital brachte,

Solidarität mit verhafteten Arbeitern und Sozialisten in Iran!

In der iranischen Provinz Kusistan stellen die Araber die Mehrheit der Bevölkerung. Im persischen Staat sind sie eine unterdrückte Minderheit. Unter dem Schah-Regime wurden sie in die vollständige Verelendung getrieben. Deshalb standen sie im Kampf gegen den Schah in der vordersten Reihe. Doch bisher wurden die Hoffnungen, die sie in die Revolution gesetzt hatten, enttäuscht. Das Regime Khomeiny/Basargan setzt die Unterdrückung der ethnischen Minderheiten fort. Dabei stellen die Araber Forderungen, die nur ihren berechtigten Wunsch ausdrücken, in Iran als nationale Minderheit unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben: Unterricht auf Arabisch, das Recht, öffentliche Erklärungen auf Arabisch abzugeben und Bücher und Zeitungen auf Arabisch zu drucken, eine arabische Vertretung in der Verfassunggebenden Versammlung usw. Das Regime Khomeiny/Basargan hat darauf mit dem Schlachtruf „Kampf dem Separatismus" geantwortet, der auch schon unter dem Schah-Regime ein Ausdruck chauvinistischer Hetze und Verfolgung ethnischer Minderheiten war.

Das Regime Khomeiny/Basargan setzt Militär gegen die arabische Bevölkerung ein, was allein am 30. Mai 200 Tote und 600 Verletzte gekostet haben soll. Darüber hinaus wurden von den reaktionären islamischen „Revolutionskomitees", in denen die Araber natürlich überhaupt nicht vertreten sind, Verhaftungen vorgenommen. Am 30. Mai und am 1. Juni wurden 9 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Partei (iranische Sektion der IV. Internationale), die den Kampf der Araber unterstützt, und drei Mitglieder des Rats der Ölarbeiter von Ahwas verhaftet. Sieben der neun verhafteten Trotzkisten werden an einem unbekannten Ort gefangengehalten. Am 23. Juni wurden wieder sieben Mitglieder der SAP verhaftet.
Die Lage aller dieser Gefangenen ist sehr ernst. Zwar sind offizielle Anklagen noch nicht erhoben worden, aber es steht zu befürchten, daß ihnen Kontakte mit dem CIA, Kontakte mit George Habasch, Aufhetzung der arabischen Volksmassen und den zwei verhafteten Genossinnen darüber hinaus die Benutzung von Verhütungsmitteln und das Leben in wilder Ehe vorgeworfen wird: Anklagepunkte, auf denen die Todesstrafe stehen kann.
Je breiter diese Vorfälle bekannt werden, desto weniger kann es sich das Regime Khomeiny/Basargan leisten, die 19 Gefangenen zu ermorden. Deshalb hat es versucht, die Verhaftungen zu verheimlichen und zu vertuschen. Aber ein Hungerstreik von 200 Ölarbeitern, Pressekonferenzen in Teheran, Flugblätter und auch die Information durch bürgerlich-liberale Politiker konnten diese Absicht vereiteln.
Mit den Verhaftungen greift das Regime Khomeiny/Basargan Arbeiter an, deren Streiks das Schah-Regime stürzen halfen, und Mitglieder von Arbeiterorganisationen, die auch schon unter dem Schah-Regime unterdrückt wurden. Deshalb dürfen die Gegner des Schah-Regimes überall in der Welt zu diesen Vorfällen nicht schweigen. Um das Leben der Verhafteten zu retten, bedarf es u. a. auch einer breiten internationalen Solidarität. 1 000 Demonstranten forderten bereits in Paris vor der iranischen Botschaft die Freilassung der 19 Verhafteten, ebenso die kommunistische und die sozialistische Partei Spaniens, die Schweizer Druckergewerkschaft und die Schwedische Gewerkschaft der Seeleute und Hafenarbeiter sowie Parlamentsabgeordnete aus Australien, Dänemark und Neuseeland.
Jeder Protest aus dem Ausland hilft den Verhafteten. Wir bitten deshalb alle:

Schreibt Protestbriefe an: GIM Freiburg/Red.
Prime Minister Basargan, Teheran.
Islamic Revolutionary Council, Teheran.

Die Namen der 3 in Ahwas verhafteten Erdölarbeiter: Djavad Khatemi, Nasir Hayati, Shobeyr Moiyl.
Am 30. 5. und 1. 6. wurden folgende Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei verhaftet: Omid Mirbaha, Mohammed Poorkahwas, Mustafa Fiafibiai, Mustafa Gorgsadeh, Motesa Gorgsadeh, Hormos Fallahi, Fatima Fallahi, Hamid Sharabi, Maha Hashemi.
Am 23. 6. wurden folgende Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei verhaftet: Haid Adib, Kambiz Lajejardi, Firooz Farzinpour, Mahmoud Kafaie, Hojabr Koshraji, Ali Hashemi, Kia Madevi.

kam ebenfalls unter Beschuß, wobei ein Fahrgast getötet wurde. Im Hospital wurden Leute abgewiesen, die Blut spenden wollten; außerdem wurde zur Zeit des Gefechts der Strom für die beiden Krankenhäuser der Stadt abgeschaltet.

Etwa 200 Menschen wurden getötet.

Nach diesen Ereignissen bekamen die separatistische Strömung unter den Arabern ziemlichen Zulauf. Der Ayatollah Al - Khaqani verurteilte die anti - arabischen Elemente, aber war gleichzeitig auch bemüht, die separatistische Stimmung nicht hochkommen zu lassen. Über den Menschen, die den Sitzstreik machten, hing ein großes Transparent: „Wer gegen die islamische Regierung ist, muß gehen." In einer Solidaritätsdemonstration von Abadan nach Khorramschar (die beiden Städte liegen nur etwa 10 km entfernt) wurde gerufen: „Es lebe die Einheit der Völker des Iran", „Nieder mit Madani", „Es lebe die islamische Regierung".

Es wurde also versucht, ausgehend von der Revolution an der Einheit des iranischen Staates festzuhalten und den Separatisten eine Absage zu erteilen.

Diese Haltung, die nach unserer Erfahrung noch immer von der Mehrheit der arabischen Bevölkerung unterstützt wird, hatte es aber angesichts der Haltung der Regierung selbst sehr schwer: beispielsweise spielten Radio und Fernsehen eine äußerst negative Rolle, indem sie die Tatsachen verfälschten; auch wurde nicht vom arabischen Volk gesprochen, sondern Ausdrücke gebracht wie: „arabisch sprechende iranische Bevölkerung". Tatsächlich scheint die Regierung kein wirkliches Verständnis für die Probleme der nationalen Minderheiten zu haben; d.h. daß hier noch nicht grundsätzlich mit dem persischen Chauvinismus gebrochen ist. Dies ist umso erstaunlicher, als die Summe der „Minderheiten" im Iran an die 40% der Bevölkerung herankommt.

Im Konflikt in Khorramschar hat diese zögernde, abwartende Haltung, die mit Versprechen operierte, die dann doch nicht eingelöst wurden, dazu geführt, daß die Regierung durch die reaktionären Kräfte auf beiden Seiten zum Handeln gezwungen wurde und zwar derart, daß sie schließlich gegen die Araber stand.

Im weiteren Verlauf kam es zu einem 8 - Punkte - Abkommen zwischen Al - Khaqani und Medani, in dem es heißt:

— die Regierung entschuldigt sich für den Überfall auf das Haus des Ayatollah
— die Schuldigen des Massakers sollen gefunden und bestraft werden
— die Angehörigen der Getöteten sollen unterstützt werden
— die Verwundeten sollen entschädigt werden.

Dieses Abkommen auf scharfe Kritik unter den Arabern, weil es zu den eigentlichen Forderungen nichts sagt.

Dieser Vorgang war uns auch unter dem Gesichtspunkt interessant, daß er zeigt, daß es keine „blinde" Gefolgschaft gibt zu den Ayatollahs, sondern diese auf einer politischen Entscheidung beruht. In dem Augenblick, in dem die Interessen nicht mehr angemessen vertreten werden, wird auch ein Ayatollah offen kritisiert.

E W



Bewachte Tankstelle

USA

Quellen: NZZ, 24.6.; AK, 25.6.; FR, 7.7.79

Der neue NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Bernard W. Rogers, hat am 21. Juni auf seiner letzten Pressekonferenz in Washington vor der Übernahme des Kommandos bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten eine 110 000 Mann starke "Krisenarmee" aufstellen wollen. Diese als "Schnellreaktions"-Verband bezeichnete Truppe soll bei "Notfällen" außerhalb des Wirkungsbereichs der Nato engesetzt werden, zum Beispiel zur "Sicherung der Ölroute am persischen Golf". Rogers will den Aktionsradius der Eingreiftruppe aber nicht auf die Golfregion beschränken; sie soll in allen "Krisengebieten" der Dritten Welt eingesetzt werden. Die Waffen des Verbandes sollen außerhalb der sonstigen Arsenale lagern, um jederzeit kurzfristig verfügbar zu sein. Außerdem soll die Truppe zwei Monate lang ohne Verstärkung und Nachschublieferungen autark operieren können.

Offenbar versuchen die US-Imperialisten, aus ihren jüngsten Niederlagen zu lernen. Mit ihrer massiven militärischen Aggression gegen Vietnam hatten sie 1975 endgültig Schiffbruch erlitten und standen vor aller Welt als offenkundige Kriegsverbrecher dar. Darauf hielten sie sich eine Zeitlang etwas zurück, gingen in die Defensive, überließen den von ihnen abhängigen Regimes die Schmutzarbeit der Unterdrückung, beschränkten sich selbst auf sanftere, schwerer durchschaubare Druckmittel, klopften moralische Sprüche, um ihr Image vor der Weltöffentlichkeit wieder ein wenig aufzupolieren. Diese Phase ist jetzt vorbei: daß das Schah-Regime in Iran und die Somoza-Diktatur in Nicaragua so schnell vom Volk hinweggefegt werden können, hat die US-Imperialisten daran erinnert, daß sie letztlich auf die Schlagkraft ihres eigenen Militärapparates angewiesen sind.

Um dem Verlust weiterer Rohstoffquellen und Einflußgebiete zuvorzukommen, haben sie sich deshalb entschlossen, auch wieder direkte Interventionen zu wagen, koste es was es wolle.

Carter & Co. wollen gegenüber den Völkern der Dritten Welt, die um ihre Unabhängigkeit ringen, aber auch gegenüber der anderen Supermacht UdSSR wieder in die Offensive gelangen. Die Achillesferse des westlichen Imperialismus ist gegenwärtig die Rohölversorgung. Über die Aufstellung der "Krisenarmee" hinaus wollen die USA deshalb gerade im Mittleren Osten jetzt wieder "mehr Flagge zeigen". Ihr im arabisch-persischen Golf stationierter Flottenverband soll verstärkt werden. Verteidigungsminister Harold Brown hat darauf hingewiesen, daß die USA "vitale Interesssen in dieser Gegend" haben. Brown hat die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung betont, von ihrer militärischen Macht Gebrauch zu machen, falls diese Interessen berührt würden.

hpö

Liberia

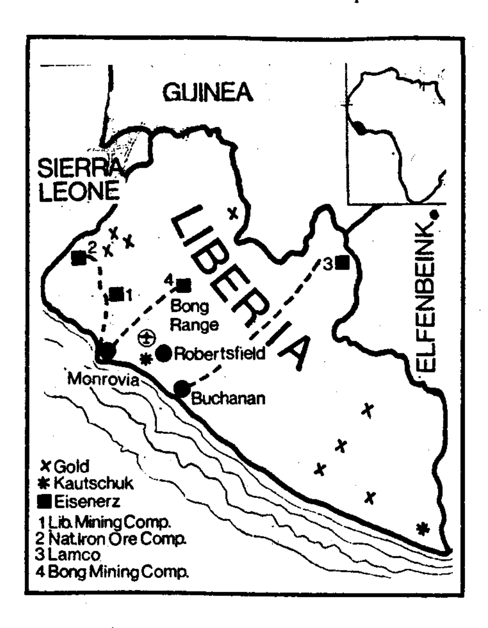
Kurzer Lagebericht:

(vgl. ausführlicher Bericht in „blätter des iz3w Nr. 77, Mai 1979, S. 15)

Präsident W.R. Tolbert hat am Dienstag nach einer Ansprache im Radio alle 14 politischen Gefangenen, die im Zusammenhang mit den Demonstrationen und Unruhen vom 14. April'79 festgenommen worden waren, amnestiert. Sie waren ursprünglich wegen Hochverrat angeklagt worden, worauf in Liberia die Todesstrafe steht.

Ebenfalls soll die Universität von Liberia, die seit dem 18.4. geschlossen worden ist, nächste Woch wieder eröffnet werden. Diese Entscheidungen Tolberts entstanden nach Empfehlungen des Komitees zum nationalen Wiederaufbau, das aus führenden liberianischen „Big Shots" besteht und nach den schweren Unruhen und Plünderungen am 14. und 15. April ins Leben gerufen wurde. Bei den Unruhen hat die Polizei und auch die Armee mehr als 200 Menschen erschossen über 500 schwer verletzt.

Zu Ausschreitungen kam es, nachdem die Polizei vor dem Präsidentenpalast das Feuer auf eine nicht genehmigte Demonstration der Oppositionspartei PAL (Progressive Alliance of Liberia) gegen die Reispreiserhöhung von US$ 22.00 auf 30.00 per 100lbs. Sack, eröffnete. Im Laufe der Auseinandersetzungen wurden teilweise mit Beteiligung der unterbezahlten Soldaten Geschäfte und Büros aufgebrochen und geplündert. Dabei kamen besonders libanesische Händler zu Schaden, die in den meisten Ländern Westafrikas den Handel monopolisieren.



Tolbert kündigte ferner an, daß der Preis für das Grundnahrungsmittel Reis von US$ 22.00 per 100lbs. Sack gesenkt werde. Weiterhin sollen Polizisten und Soldaten bessere Gehälter und soziale Leistungen erhalten.

Tolbert war angesichts der beginnenden OAU - Konferenz im Juli in Monrovia zu diesem Schritt gezwungen, da für dieses Wochenende Kundgebungen zur Freilassung der politischen Gefangenen stattfinden sollten.

Bei den freigelassenen handelt es sich im wesentlichen um Führer der PAL (Gabrial Matthews, chaiman; Oscar Quiah, Sekretär), von Moja (Movement of Justice in Africa, eine panafrikanische Organisation) und einer kleinen linken Organisation namens „All Peoples Freedom Alliance" (APFL) sowie Führer der Studentenorgansisation.

In den Wochen vorher kam es immer wieder zu Solidaritätsstreiks und kleinen Kundgebungen. So kam es auf dem OAU - Konferenzgelände zum völlighen Stillstand der Bauarbeiten und zu Zerstörungen einiger Gebäude aus Protest. Außerdem wird von einer Schießerei zwischen bewaffneten Arbeitern und der Polizei berichtet.

Auch ist bekannt, daß nach dem 14./15.4. über 1 000 Soldaten mit Gewehren und Munition samt LKWs verschwunden sind und man nimmt an, daß diese sich auf die Seite der Opposition gestellt haben.

Tolbert hofft durch diese Maßnahmen seiner Gegner besänftigt zu haben und hat den heutigen Tag zu einem „Buß- und Bettag" für die bevorstehende OAU - Konferenz erklärt.

(Monrovia, 29.6.79)

Thailand

Nach den Wahlen:
Es bleibt alles beim Alten

Allenthalben wurden während der letzten Wochen in der westlichen Presse wahre Lobeshymnen auf die thailändische Militärjunta unter General Kriangsak angestimmt. Der Anlaß: Die Durchführung allgemeiner Wahlen.

Unter der Überschrift „Thailand lächelt wieder" beschreibt Christel Pilz von der FAZ General Krinagsak als „Architekt und Mentor der neuen Demokratie, die Thailand zum freiesten Land in Südostasien macht", als „ein typischer Repräsentant seines Volkes, ... dem repressive Systeme zuwider sind (8.6.79).

Ausgerechnet jener Führer der Bangkoker Junta, der wie die meisten ranghohen Militärs in den USA ausgebildet wurde, der für seine Teilnahme am Koreakrieg mit der „American Legion of Merit" ausgezeichnet wurde, der während des Vietnamkrieges als Thai - Verbindungsmann im Sold des CIA stand, soll nun Thailand demokratische Verhältnisse bescheren, verdankt er doch gerade deren Beseitigung durch den blutigen Militärputsch vom 6. Okt. 1976 seinen Aufstieg. Aus einem weiteren coup d'état ging er dann ein Jahr später als unumschränkter Sieger aus den innermilitärischen Machtkämpfen hervor. Seitdem hat Kriangsak — ein leidenschaftlicher Hobbykoch und Cognac - Freund — wie uns Christel Pilz anvertraut — durch geschickte Intrigen bei Umgruppierungen innerhalb von Kabinett und Militärführung mit ihm rivalisierende Militärgruppen austricksen und seine Machtposition beständig festigen können. Im Gegensatz zu einer allein auf Repression setzenden Politik seiner ultrarechten Rivalen versucht Kriangsak zur Stabilisierung seiner politischen Basis des „teile und herrsche", auch bürgerliche Kräfte auf seine Seite zu ziehen. Auf Anraten des neuen US - Botschafters Abramowitz (früherer Stellv. Unterstaatssekretär für Fragen der Verteidigung in internationalen Angelegenheiten) erließ Kriangsak im Sept. 1978 eine begrenzte Amnestie, ließ er einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, versprach freie Wahlen und machte sich zum Befürworter einer kombinierten Strategie von Militäroperationen und politischen Maßnahmen bei der Bekämpfung der landesweiten Guerillabewegung, des „nationalen Hauptfeindes" (Kriangsak).

Der Beifall der Carter - Administration war ihm gewiß und setzte sich prompt in bare Münze um. Für die kommenden Jahre plant die thailändische Regierung eine enorme Steigerung ihrer Rüstungsausgaben, deren Finanzierung weitgehend durch die USA erfolgen wird. Bereits jetzt verschlingen Verteidigungs- und Innenministerium 41,3 % des gesamten Haushalts. Wie erst kürzlich bekannt wurde, beschloß die US - Regierung für 1980 eine weitere Steigerung ihrer Militärhilfe und ihrer Unterstützung im Rahmen des AID - Programms (US - financed foreign aid: US - amerikanische Auslandshilfe). Mit Blick auf die zunehmenden Widerstandsaktionen in vielen Teilen des Landes gab Sullivan, Vorsitzender des Asienbüros der USAID an, daß einer der Gründe, warum der AID beschlossen habe, seine Unterstützung für Thailand anzuheben, darin liege, daß „General Krinagsak besondere Verpflichungen gegenüber den ländlichen Gebieten hat, die für frühere Regierungen nicht so bedeutungsvoll waren. Thailand kann sonst das nächste asiatische Land sein, welches abspringt."

Die wesentlichen US - Basen aus der Zeit des Indochinakrieges befinden sich heute wieder unter US - Kontrolle, eine neue Marinebasis wird in Pataya gebaut. Das Hauptquartier der „Counter Insurgency", das ISOC, wurde 1965 durch den damaligen US - Botschafter gegründet, es steht seitdem unter der direkten Kontrolle des Pentagon und dient als Hilfstruppe für Militär und Innenministerium zur Unterdrückung der „kommunistischen Subversion". Inzwischen ist mehrfach nachgewiesen worden, daß die wesentlichen politischen Veränderungen in Thailand nach 1976 über das ISOC liefen. Sowohl die Operationen als auch ein grosser Teil seines Fonds sind geheim. Bekannt dagegen ist, daß das ISOC paramilitärische Organisationen ins Leben rief (z.B. „Rote Büffel", „Nawapon", „Nachbarschaftspfadfinder" etc.), die geführt und ausgerüstet werden durch ranghohe Militärs und auf deren Konto unzählige politische Morde und Grausamkeiten an der Landbevölkerung und den Studenten gehen.

Wenn heute US - Präsident Carter äußert: „Die Kriangsak - Regierung hat ein noch besseres Klima für die Menschenrechte geschaffen", wenn die amerikanische Handelskammer in Thailand ihre Zufriedenheit ausdrückt: „Businessmen feel very comfortable. He (Kriangsak) is pro - American" (ASEAN WALL STREET JOURNAL, Okt. '77), so verdeutlicht dies, daß die gegenwärtige Militärjunta auf die volle Unterstützung der US - Regierung setzen kann.

Seit dem Ende des Indochinakrieges hat die Führung der USA, bedingt durch ihre relative Schwäche und in ihrem Bemühen, verlorenen Boden allmählich durch diplomatische Manöver zurückzugewinnen, eine neue Taktik in ihrer Politik zur Eindämmung des Kommunismus in Asien eingeschlagen. Sie wünscht in Südostasien eine ökonomisch potente und militärisch starke ASEAN als Gegengewicht zu den indochinesischen Ländern und zur Niederhaltung der sich immer mehr ausbreitenden Aufstandsbewegung im Innern der einzelnen Länder, so daß ihr eine direkte militärische Intervention erspart bleibt. Im Falle Thailands hält man ein starkes Regime mit demokratischer Fassade, einem gewissen Maß an ökonomischem Wohlergehen und einer abgewogenen Politik der „friedlichen Koexistenz" mit den indochinesichen Nachbarn für die Interessen der USA am dienlichsten.

Die Carter'sche Menschenrechtspolitik à la Thai: Eine durch und durch faschistische Militärclique erscheint geläutert, sie verspricht Liberalisierung und demokratische Reformen.

Vor diesem Hintergrund ist die Wahlfarce zu beurteilen, die Ende April dieses Jahres in

Thailand durchgezogen wurde. Gewählt wurde das aus 301 Mitgliedern bestehende Unterhaus, während die Mitglieder des 225 Sitze umfassenden Oberhauses (Senat) durch Kriangsak ernannt wurden. Die Summe der Sitze aus beiden Häusern beträgt somit 526, so daß Kriangsak lediglich noch 39 ihn unterstützende Stimmen aus dem Unterhaus benötigt, um sich eine Mehrheit zu sichern.

Da der Premierminister durch die einfache Mehrheit beider Häuser gewählt wird, stand schon vor den Wahlen fest, daß Kriangsaks Amtszeit als Premier für weitere 4 Jahre als gesichert gelten kann.

Das bemerkenswerteste Ergebnis der Wahlen vom 22. April war die geringe Wahlbeteiligung: rund 30 % landesweit, lediglich 19 % in Bangkok. Selbst die regimetreue Bangkoker Presse beklagte eine allgemeine politische Apathie; eine andere Ursache ist in einer umstrittenen Verfügung zu sehen, die das Wahlrecht für alle Thailänder mit ausländischem Vater zu einem komplizierten Papierkrieg mit den Behörden macht.



Eine schwere Schlappe mußte Thailands älteste Oppositionspartei, angeführt durch den während des Putschs vom Okt. '76 gestürzten Ex - Premier Seni Pramoj, hinnehmen. Sie, die „Demokratische Partei", erreichte nur 34 der 301 Unterhaussitze, während sie es in den Wahlen vom 4. April 1976 noch auf 114 Sitze gebracht hatte. Selbst in Bangkok, einem der 32 Wahlkreise, in der sie sich um ein Mandat bewarb, war der ehemalige Außenminister Thanat Khoman der einzig erfolgreiche Kandidat der „Demokratischen Partei" (zum Vergleich: 28 Sitze bei den 76er Wahlen allein in Bangkok), der als proamerikanisch gilt und 1962 jenes Abkommen ausgehandelt hatte, welches zur Stationierung von mehr als 50 000 amerikanischen Truppen in Thailand führte.

Die bürgerlich - reformistische „Social Action Party", angeführt durch den Ex - Premier und Bruder Seni Pramojs, Kukrit Pramoj, eroberte mit 87 die meisten Sitze. Ihre Stimmen kamen insbesondere aus den ländlichen Gegenden.

Bemerkenswert hoch waren die Stimmengewinne der erst kürzlich gebildeten, dem rechten Flügel zuzurechnenden „Prachakorn - Thai - Partei" (Thai Citizen), die durch den ehemaligen Außenminister Samak Sundarajev angeführt wird, der sich während seiner Amtszeit nicht nur durch die Verhängung von Maßnahmen zur Pressezensur einen Namen gemacht hat. Sie gewann allein 29 ihrer 32 Sitze im Wahlkreis Bangkok.

Die ebenfalls dem rechten Flügel zuzurechnende „Thai Nation Party" errang 47 Sitze, während die links - reformistische „Sozialdemokratische Partei" leer ausging. Letztere setzt sich zusammen aus den Resten der „Sozialistischen Partei", die nach dem 76er Putsch in den Untergrund gegangen war und durch ihre Führer dazu aufrufen ließ, sich dem Guerillakampf anzuschließen.

Eine persönliche Niederlage mußte Krinagsak insofern erleiden, als der größte Teil der durch ihn über Mittelsmänner gesponserten sog. unabhängigen Kandidaten keinen Sitz erzielen konnte, hingegen aber zahlreiche auf private Initiative kandidierende „Unabhängige". Was „freie Wahlen" in Thailand heißt, dafür ist das folgende Zitat aus dem Organ der ostasiatischen Finanzwelt, dem FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, ein anschauliches Beispiel: „Nun (nach den Wahlen) ist die erste Forderung dieser Unabhängigen die nach Erstattung ihrer (Wahl-)Kosten. Viele von ihnen haben offen erklärt, daß sie ihre Stimme dem am meisten Bietenden verkaufen. ... Einige Manager Kriangsaks haben versucht, diese Unabhängigen zur Bildung einer einheitlichen Partei zu bewegen. Es geht ihnen darum, einerseits den Preis zu drücken, andererseits eine legale Partei zu bilden, die Kriangsak unterstützt, wenn sie auch im Gegenzug dafür die investierten Wahlkampfkosten (geschätzt auf 20 000 DM pro Kandidat) übernehmen müssen. Wie allerdings berichtet wird, befinden sich auch noch die ‚Liberalen' und die ‚Social Action Party' auf dem Markt, in dem Bemühen, die Stimmen der Unabhängigen aufzukaufen." (18/5/79)

Die Endresultate im Überblick:

Social Action	87(Sitze)
Thai Nation	47
Democrat	34
Prachakorn Thai	32
Liberal	26
Nation People	20
New Force	8
Social Agrarian	7
kleinere Parteien und Unabhängige	40

Mitte Mai wurde Kriangsak vom König erneut zum Ministerpräsidenten ernannt, nachdem er erwartungsgemäß durch die Stimmen von Oberhaus (das 86 % aus Militärs und Regierungsbeamten besteht) und Unterhaus in seinem Amt bestätigt worden war. Mittlerweile wurde eine Kabinettsliste mit 44 Ministern bekannt, wobei allein 9 Minister im Amt des Ministerpräsidenten tätig sein werden. Diese Ministersessel wurden zusätzlich geschaffen, als Abfindung für jene, die aus dem früheren Kabinett stammen und ihre Pfründe nicht aufgeben wollen. Kriangsak übernahm neben seinem Posten als Ministerpräsident noch das Finanz-und das Landwirtschaftsministerium.

Ob allerdings seine Regierung auf längere Zeit hin Bestand haben wird, ist angesichts der Putschfreudigkeit der untereinander zerstrittenen Militärs zweifelhaft. So bemängelt etwa der FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, daß „ trotz eines einmonatigen harten politischen Feilschens seine (Kriangsaks) Regierung nicht mehr darstellt als eine wenig begeisternde Umgruppierung der alten, die weitverbreitete Zweifel über die Fähigkeit hervorruft, den für die Zukunft zu erwartenden harten ökonomischen und politischen Anforderungen gewachsen zu sein." (8/6/79) Da Kriangsak damit rechnen muß, daß sowohl die ultra - rechten Parteien als auch der bürgerliche Block im Unterhaus gegen ihn opponieren wird, ist und bleibt seine Hauptstütze das Militär. Hier allerdings hat er beste Vorsorge getroffen: Verteidigungs- und Innenministerium besetzte er durch 2 Generäle seines Vertrauens, weitere 5 ihm ergebene Generäle machte er zu Ministern in seinem Amt des Ministerpräsidenten.

Fazit: Wie vorauszusehen war, hat Kriangsak durch die auf seine Person zurechtgeschneiderte Verfassung seine Machtposition behaupten können. Trotz zahlreicher Proteste und Widerstände breiter demokratischer und liberaler Kreise war Ende letzten Jahres jener Verfassungsentwurf verabschiedet worden und damit die Basis für die jetzigen Wahlen gelegt worden. Etliche namhafte Persönlichkeiten hatten daher zu einem Boykott aufgerufen, u.a. der frühere Sprecher der „Demokratischen Partei", da sie (die Wahlen) abgehalten würden auf dem Boden einer Verfassung, die „entworfen (wurde) durch Diktatoren." Bekümmert fragt sich selbst da der FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW: „Die Frage ist nur, ob die Interessen der Armen in Thailand jemals wirklich mit in die Berechnung eingehen werden."
(9/3/79)

hd

Weitere Quellen:
Thailand Correspondenz Nr. 1 und 2, München; Thailand — Rückkehr zur Demokratie?, Gießen; FUEMSSO, News Service, No. 8/79, London; TIC NEWS, Nr. 14 und 15/79, Los Angeles; Far Eastern Economic Review, Hongkong; Arbeiterkampf, Nr. 140, 16.10.78; Neue Zürcher Zeitung, 26.4.79; die Tageszeitung, Nr. 50, 12.6.79; Political Repression in Thailand, Paris)

Nepal

Machtprobe in Nepal?

Nepal, einziges hinduistisches Königreich der Welt, entwickelte sich von einem Geheimtip jüngerer Weltenbummler zu einem stop - over - Ziel von Neckermännern und -frauen sowie ihresgleichen aus den anderen Industrieländern. Ihnen bietet sich normalerweise ein harmonisches Bild des Nebeneinanders verschiedener Religionen in mittelalterlicher Atmosphäre, wo Aggression allenfalls hinter den Mauern der abenteuerlich verschachtelt gebauten Backsteinhäuser erwartet werden. Doch in den letzten Monaten erleben die Touristen in der Umgebung der New Road und des alten Bazars immer häufiger gewalttätige Auseinandersetzun-

gen zwischen Polizisten auf der einen und vorwiegend Studenten auf der anderen Seite. Auch wenn keine direkten Kämpfe stattfinden, ist die Idylle Kathmandus gestört, da ein großes Polizeiaufgebot mit Schlagstöcken, Bambusknüppeln und Helmen in den Straßen patroulliert.

Was war geschehen? Bei einer — im übrigen von der Regierung genehmigten und unterstützten — Demonstration gegen die Erhängung Bhuttos (am 8. April) kam es vor der pakistanischen Botschaft aufgrund einer überempfindlich reagierenden Polizei zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf es bereits Tote gegeben haben soll, ohne daß allerdings dafür vom Innenministerium eine Bestätigung gegeben wurde. In den folgenden Tagen demonstrierten die Studenten für die Freilassung ihrer Kommilitonen und erstellten einen Katalog von Forderungen, der zwar primär studentische Studien-, Prüfungs- und Karrierebedingungen beinhaltete, darüber hinaus jedoch auch eine wirksame Preiskontrolle und die Einrichtung einer unabhängigen, gewählten Studentenvertretung verlangte.

Das Panchayat - System

Das Panchayat - System wurde in Nepal 1962 eingeführt und stellt die in der Verfassung verankerte, dreistufige Form der Volksvertretung im Rahmen der absoluten Monarchie dar. Der Name leitet sich von der untersten Stufe des Systems ab, nämlich den rd. 20 Stadt- und 3 300 Dorf - Panchayats, die aus jeweils fünf (in Nepal = „panch") Vertretern eines Wahlbezirks bestehen. Das Panchayat ist auf dem gesamten indischen Subkontinent als traditionelle Form der Dorfselbstverwaltung verbreitet.

Die Mitglieder der Stadt- und Dorf - Panchayats stellen die Abgeordneten der nächsthöheren Stufe, nämlich der Distrikt - Panchayats, aus denen wiederum die höchste Exekutiv - Versammlung des Landes, das Rashtriya (National)- Panchayat ausgewählt wird. Letzteres weist 112 gewählte und 23 vom König ernannte Vertreter auf. Alle Staatsgewalt liegt beim König, der vom Panchayat nur beraten wird. Sein Kabinett ernennt er selbst, und die Mitglieder der Panchayats können u.a. abberufen werden, wenn sie „kein Vertrauen in die Krone setzen". Folglich gilt Nepal als eine der noch am stärksten absoluten Monarchien der Welt, wobei der Umstand, daß der König von seinen Untertanen als Reinkarnation eines bedeutenden Hindugottes betrachtet wird, ebenfalls eine Rolle spielt.

aus: BfA / NfA (Y) 19.9.78

Während die Universität zunächst nur für die Studenten geschlossen wurde, kam es eine Woche später zur vollständigen Schließung auf unbestimmte Zeit, sodaß zunächst eine völlige Annulierung des Semesters wahrscheinlich war. Im Kern handelte es sich hierbei um eine Aussperrung, da die Dozenten erst Mitte Juni einen Forderungskatalog aufstellten. Die Studenten mußten die Hostels verlassen und waren gezwungen, sich entweder andere Quartiere zu suchen oder zurück in's heimatliche Dorf zu gehen.

Eine ungeahnte Solidarisierungswelle erfaßte alle Campusse im Lande. Bis heute sind jedoch in der englischsprachigen Presse die Forderungen nicht erwähnt worden, wie überhaupt die Berichterstattung darüber einen sehr kleinen Rahmen einnimmt. Dies steht ganz im Gegensatz zur stürmischen Entwicklung, denn am 27/28.4. kam es in Hetauda, einer kleinen Stadt an der Straße nach Indien, zu massiven Ausschreitungen, in deren Verlauf 3 Demonstranten starben, da die Polizei nur noch mit gezielten Schüssen gegen die aufgebrachte Menge vorgehen konnte (Rising Nepal v. 28.4.). Am 8.5. starben in Sheratpur ebenfalls 2 Personen, als Demonstranten ein Regierungs - Office stürmen wollten und die Polizei mit Tränengas, Knüppel und Schüssen nur mühsam „Herr der Lage" blieb. (Rising Nepal v. 9.5.). Verschiedenen Meldungen zufolge handelte es sich nicht nur um Studenten, sondern um eine breite Öffentlichkeit, zumal beide Städte keine Campusse der Universität beherbergen. In der Folge der allgemeinen Unruhe machten speziell die Bauern ihrem Ärger über eine soeben neu eingeführte Panchayat - Steuer Luft, die mit der Begründung der Finanzierung von Entwicklungsaufgaben im Distrikt zwar Landbesitzer stärker als Pächter zur Kasse bittet, aber aufgrund der schlechteren wirtschaftlichen Lage letztere relativ mehr belastet. Die in den letzten Jahren durchgeführte Landreform hat keine grundlegenden Änderungen der Besitzverhältnisse ergeben, was sich schließlich auch in den Unruhen niedergeschlagen haben wird.

Nachdem bereits der Erziehungsminister am 2. Mai zurücktreten mußte und der König eine 5 köpfige Untersuchungskommission einsetzte, hat sich die Lage kaum entspannt. Im Gegenteil: die Demonstrationen erreichten auch im Ausland eine größere Publizität, als BBC - Radio in — höchstwahrscheinlich übertriebenen — Meldungen von 32 Toten sowie 4 - 7 000 Verhaftungen sprach. Am 6.6. kam es vor der nepalesischen Botschaft in Neu Delhi zu einer Demonstration von ca. 100 Leuten, die gegen die Art und Weise protestierten, wie die Nepalesische Regierung die Angelegenheit handhabt (Rising Nepal v. 9.6.).

Obwohl die meisten studentischen Forderungen incl. freier unabhängiger Studentenvertretungen am 19.5. von der Universität anerkannt wurden, setzte die Mehrheit der Studenten ihren Streik fort. Im ganzen Land kam es in den Universitätsstädten zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zu jenem Zeitpunkt war der Regierung schon längst die Kontrolle aus der Hand geglitten. Es kam zu Überfällen auf Zollbüros, Steuer - Offices und sogar der Highway im Süden des Landes als wichtigste Ost - West - Verbindung wurde sabottiert, indem Holzbrücken angezündet und die Straßen blockiert wurden. Die einzige politische Antwort des Kabinetts Bista blieb die Verteufelung von sog. ‚anti - social - elements', womit Naxaliten, Kommunisten und alle Regimegegner gemeint sind.

Am 23.5. zersörte eine aufgebrachte Menschenmenge im Herzen Kathmandu das Stadtbüro der ‚royal nepal airlines corporation' sowie Teile der Druckerei der regierungsfreundlichen „gorkhapatra". Autos wurden in Brand gesetzt und die herbeieilende Feuerwehr bei den Löscharbeiten behindert. Die Demonstranten kontrollierten die Innenstadt um die New Road für mehrere Stunden bis die Armee die „Ruhe" wiederherstellte. Diese massiven Ausschreitungen, in deren Verlauf auch Rufe wie ‚Iran ist seinen Schah losgeworden, wir werden unseren König auch los!' vereinzelt erklangen, veranlaßte den König am folgenden Tag, ein Referendum anzukündigen, wo als Alternativen ein Vielparteiensystem und das Panchayat System — mit notwendigen Reformen — zur Wahl stehen. Über Kathmandu wurde ein Demonstrations- und Versammlungsverbot verhängt. Nachdem der König kurze Zeit darauf Rede- und Pressefreiheit im Rahmen der beiden Alternativen zubilligte, wurde er von allen ehemaligen Parteien, Gruppierungen sowie den Panchayatworkers (mit Ausnahme der Maoisten, die darin den Versuch sehen, daß Imperialisten und indische Expansionisten Nepal zu einem zweiten Sikkim zu machen; Samiksha Weekly v. 8.6.) für seine politische Weitsichtigkeit hochgelobt. Während auf der Panchayat - Linie ein ziemlicher Katzenjammer herrscht, da mehrere Panchas ihre Ämter niederlegten und keiner so recht weiß, welche Reformen denn nun durchgeführt oder zumindest in Aussicht gestellt werden können, bereiten sich alle ehemals zugelassenen Parteien von der Kongreß - Partei bis zu den Kommunisten zunächst einmal auf die Mobilisierung der Massen zu einem



‚ja' für das Vielparteiensystem beim Referendum vor.

Hierfür ist jedoch weder bislang ein Zeitpunkt festgelegt, da sowohl die Staatsbürgerschaftsfrage in Südnepal (offene Grenze zu Indien) noch die Art und Weise der Durchführung geklärt sind. Zusätzlich spielt der vor der Tür stehende Monsun eine behindernde Rolle, dem in den Bergen sofort der Schneefall und damit die Unmöglichkeit der Stimmabgabe folgt.

Das neu gebildete Kabinett unter Premierminister Surya Bahadur Thapa, der in den 60er Jahren bereits schon einmal diesen Posten innehatte und als liberaler als sein Vorgänger gilt, hat einen schweren Stand, da seine schwache Stellung von nahezu allen Branchen zu (teilweise utopischen) Forderungen nach mehr Gehalt, Absicherung, Schulgebührenerlaß für die jeweiligen Kinder, höhere Bankzinsen etc. geführt hatte. Höhepunkt war der Streik der nepalesischen Nationalbank, wodurch auch alle Ministerien und öffentlichen Stellen mehrere Tage ohne Geld auskommen mußten.

Interessant ist, daß der König nahezu vollständig aus den Reden auf den zur Zeit häufigen öffentlichen Versammlungen herausgehalten wird. Ausschlaggebend dafür mag sein, daß der weitreichende Arm des Palastes doch als gefährlich bei der Verfolgung des Zwecks der Einführung des Vielparteiensystems betrachtet wird, d.h. dort in Ungnade zu fallen, würde die Chancen auf das tatsächliche Abhalten des Referendums stark schmälern.

Bei der *Analyse* Der Ursachen des auslösenden Streiks ist besonders das Ineinandergreifen politisch ökonomischer sowie individuell - psychologischer Faktoren zu beachten, da hierin begründet liegt, ob es sich in der Konsequenz nur um eine Revolte oder aber um einen Umsturz handeln wird.

a) politisch ökonomische Ursachen:

Der *Preisauftrieb* der letzten Jahre brachte eine enorme Verschlechterung der Lage der Bevölkerung mit sich. Innerhalb von fünf Jahren stieg der Index der Lebenshaltungskosten im Jahre 1977/78 auf 160,2 (Basisjahr 1972/73 = 100) (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Nepal; Februar 1979; S. 9). Dabei stiegen die Preise für den Grundbedarf (Nahrungsmittel, Mieten, Brennstoff) überdurchschnittlich! Die Abhängigkeit vom Wetter (Ernte) sowie von den steigenden Ölpreisen als auch von Indien als Transitland jedweden Handels mit Drittländern wird sich auch in Zukunft nicht verringern lassen. Darüberhinaus kommen jedoch rein nepalesische Schwierigkeiten wie mangelnde Infrastruktur, Cliquenwirtschaft und langwierige Administrationsläufe dazu.

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD:		Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Der politische Überbau, das *Panchayat - System,* das seine Wurzeln in früheren Dorfräten einiger Gebiete Nepals hat, eröffnet der Bevölkerung kaum Partizipationsmöglichkeiten, da die Räte zur überwältigenden Mehrheit aus Angehörigen oberer Kasten und Stämme bestehen, was gleichzeitig zumeist Landbesitz oder anderweitigen Einfluß (Industrie, Handel) impliziert. Zwar werden die Dorfräte noch direkt von der Bevölkerung gewählt; auf Distrikt-, Zonen- und nationaler Ebene wählen jedoch nur die bereits gewählten Panchas des jeweils tieferen Gremiums, sodaß de facto die Einflußreichsten langsam herausgefiltert werden und die politischen Machtpositionen besetzen.

Es gibt in Nepal offiziell keine Klassen, d.h. logischerweise — systemimmanent gesehen — auch keine Parteien. Dagegen existieren sogenannte „Klassenorganisationen" wie die der Intellektuellen, Bauern, Frauen, Arbeiter sowie Studenten. Diese werden jedoch von oben aufgepfropft und künstlich am Leben erhalten. Darüberhinaus sind sie faktisch funktionslos, da außer Lobeshymnen auf das System und den König von ihnen keine Aktivitäten erfolgen!

Weitaus prägender für diese Gesellschaft ist das Kastensystem, das in beinahe undurchschaubarer Weise mit einer Stammeshierarchie verwoben ist. Nach den Brahmanen (Priesterkaste) und den Chettris (Kriegerkaste, die mit ihrem Rana - Zweig bis 1951 das Land regierte) folgen in der gesellschaftlichen Bedeutung mehrere Stämme wie die Newars, Rais, Limbus, Gurung, die in sich wiederum in Kasten aufgegliedert sind. Am unteren Ende der Leiter stehen die Unberührbaren wie die Schuh- und Latrinenputzer, Müllbeseitiger.

Die vorletzte Umbildung des Kabinetts im April, wo Berichten zufolge die konservativen Panchayat - Verfechter ihrer Ämter enthoben wurden, gab als erste konkrete Anzeichen eines „Meinungswandels" des Königs in Richtung auf größere Liberalisierung.

b) individuell - psychologische Ursachen:

Während die vorher genannten Ursachen die Gesamtbevölkerung tangieren, sind die folgenden nur für die Studentenschaft relevant, die die Träger der derzeitigen Entwicklung ist. Sie bilden das eigentliche Demokratisierungspotential: Da sie bereits 1978 für die Verbesserung ihrer Lage eingetreten sind, ist nun eine gewisse Kontinuität zu erkennen, die nicht nur in der Forderung nach Rehabilitierung aller damals Enlassenen und Angeschuldigten zum Ausdruck kommt, sondern aus ihren unmittelbaren Lebens- uns Arbeitsbedingungen resultiert.

Die meisten Studenten gehören der *Oberschicht* an, da eine gewisse Finanzkraft der Eltern vonnöten ist, die Kinder zur Schule zu schicken; zumindest ist es ein Zeichen dafür, daß ihre Arbeitskraft in der Familie nicht so dringend gebraucht wird. Da die meisten Studenten jedoch nicht am Heimatort studieren können, sind sie *aus der Großfamilie herausgerissen.* Während sie somit auf der einen Seite ihren festen Bezugsrahmen verlieren (der in der hinduistischen Gesellschaft sehr strikt Rechte und Pflichten innerhalb der Familienhierarchie zuweist), gewinnen sie auf der anderen Seite einen neuen Handlungsspielraum, der umso eklatanter von dem ersteren abweicht, wenn sie in einer Großstadt wie Kathmandu mit westlichen Einflüssen, gesichtskreiserweiternder englischsprachiger Literatur und Zeitungen sowie *Großgruppenerlebnissen (Solidarität)* in den vielen Hostels konfrontiert werden. Speziell die Studenten aus der Provinz machen dort erstmals die Erfahrung einer recht homogenen Gruppe (allerdings zumeist Männer und Frauen getrennt!), die sich sowohl lokal als auch geistig von der näheren Umgebung abhebt, was leicht zu einer inkonsequenten Grundhaltung führt: das emotionale Aufbäumen gegen alle Weisungen von oben, wozu auch der Universitätsapparat mit seinen Dozenten gerechnet werden muß, als auch eine Aufrechterhaltung des bisherigen bornierten Oberschichtenverhaltens gegenüber tieferkastigen Mitmenschen.

Dieses „Einbahnverständnis" sozialen Verhaltens wird verschärft durch teilweise schlechte *Berufsaussichten,* wobei eingeräumt werden muß, daß das Kathmandu - Tal als Arbeitsplatz für die meisten am *lukrativsten* erscheint; hier jedoch können nicht alle Studiengänger absorbiert werden, weswegen viele von ihnen andere Jobs ihrem erlernten vorziehen, um nicht in die Provinz gehen zu müssen.

Viele Studenten befinden sich am Studienort zumeist in einer finanziell angespannten Lage; sie sind auf Stipendien oder elterliche Unterstützung angewiesen, die in den seltensten Fällen üppig genug sind, den Lebensstil am Heimatort fortführen zu können (zumal Kathmandu und andere Städt im Vergleich zum Dorfleben sehr teuer sind!).

Aus all dem Gesagten erhebt sich die Frage, ob die nun schon lang andauernde Streik- und Protestwelle sich für das System in Nepal gefährdend auswirken kann. Während es sich zu Beginn um eine rein studentische Angelegenheit handelte, ist die Basis des Protests inzwischen breiter geworden. Die meisten Lower- und Higher Secondary Schools (Klasse 4 - 10) blieben im Kathmandu - Tal in der letzten Zeit geschlossen und gingen vorzeitig in die Sommerferien, da die Schüler ebenfalls auf die Straße gingen. In mehreren anderen Landesteilen streiken die Schüler ebenfalls. Während in Hatauda offensichtlich *nicht nur* Studenten den Assistant Land Reform Minister für mehrere Stunden festhielten und unspezifisch gegen öffentliche Einrichtungen vorgingen, richtete sich der Zorn der Bevölkerung in Sharatpur eindeutig gegen die Steuerpolitik, da ausschließlich das lokale Land Revenue Office angegriffen wurde (neue Panchat - Steuer).

Seit dem Sturz der knapp 2-jährigen Parteiendemokratie im Jahre 1961, auf die die Wiederherstellung der absoluten Macht des Könighauses folgte, lebt die Regierung mit dem Trauma einer Auslandsopposition unter der Führung von B. P. Koirala, der als Vorsitzender der Nepali Kongresspartei inzwischen auch die anderen, damals verbotenen Parteien hinter sich ge-

bracht zu haben scheint. Und dies, obwohl Koirala auf die Aussöhnungsangebote des Königs — allerdings bei Akzeptierung der Panchayat - Demokratie — eingegangen ist und inzwischen wieder in Kathmandu lebt. Allerdings wurden ihm Reisen innerhalb des Landes bislang unmöglich bemacht, indem die Flugzeuge jeweils an der Landung gehindert wurden (The Guardin v. 26.3.). Der König scheint Verbindungen von seiner Organisation zu den Studenten zu versuchen, da er bei der Zuspitzung der Lage unter Hausarrest gestellt wurde, während mehrere andere Oppositionspolitiker präventiv verhaftet wurden (Rising Nepal v. 29.4.).

In zunehmendem Maße wird ein Teil der Presse mutiger und stellt öffentlich „absence of democratic policies" fest und prangiert an, daß der Zugung zu höheren öffentlichen Ämtern nur über gute Kontakte zum Palast möglich sind (Pratidhwani Weekly v. 29.4.). Während der Unruhen 1975 führte dies zum Verbot einer Reihe von Zeitungen!

Die Politik des Königs und seiner Regierung richtete sich somit somit einerseits auf die Isolierung der Studenten als Urheber der Unruhen, was nur über eine zufriedenstellende Erfüllung ihrer studienspezifischen Forderungen erreicht werden konnte, und andererseits auf die Separierung und Diffamierung anderer politischer Gegner, um deren Zusammengehen mit den Studenten zu verhindern. Dabei bleibt unklar, ob nicht schon entsprechende Kontakte bestanden.

Fest steht — ob mit oder ohne Hilfe von „aussen" — daß die Organisation der Studenten sich verbessert hat, so daß deren „Central Student's Action Committee" im Hintergrund die Fäden in der Hand hält, wobei deren Mitglieder namentlich nicht bekannt sind. Dies könnte ein Anhaltspunkt dafür sein, daß tatsächlich auch auf die Erfüllung der politisch - ökonomische Forderungen ausgegangen wird, wobei der Einrichtung eines unabhängigen, frei gewählten Studentenverbandes größte Bedeutung zukommt, da er einerseits die Studenten als Urhebergruppe zentral betrifft und andererseits auch ein Novum neben der Panchayat - Demokratie darstellt und somit Präzedenzfunktion hat.

Eine weitere Frage ist für den Ausgang des Komfliktes bedeutungsvoll: warum werden seitens der Studenten die bestehenden Zustände in dem herrschenden System nicht insgesamt in Frage gestellt? Da ich es bei der studentischen und etablierten Intelligenz für ausgeschlossen halte, daß der Wunsch nach freien Wahlen und einer breiteren Repräsentation auf den Entscheidungsebenen nicht existiert, bleibt lediglich die Erklärung einer zu starken Repression. Diese äußert sich nicht nur in der, der hinduistischen Kastengesellschaft immanenten starren Hierarchie, sondern ebenfalls — soweit Kathmandu betroffen ist — in der starken Zusammenballung von Polizei und Militär. Der König — als weltlicher Herrscher und zugleich Halbgott — an der Spitze dieses Systems wird nicht in Frage gestellt, umso weniger je niedriger der Bildungsstand und damit größer die Gläubigkeit ist. Außerdem ist auch zu vermuten, daß gerade die Intelligenz trotz aller Unebenheiten des Systems, immer noch auf der Sonnenseite angesiedelt ist, d.h. ihre Vorteile daraus zu ziehen vermag!

Ausblickend ergeben sich meines Erachtens folgende Möglichkeiten der Fortführung bzw. Lösung des Konfliktes:

1) Das Referendum wird noch lange hinausgezögert (einige Stimmen sprechen bereits von April/Mai 1980!), wodurch die Panchayatlinie einigermaßen detailliert mögliche Reformen planen und über die bestehende politische Infrastuktur auch verbreiten kann. Allerdings bekämen die (noch verbotenen) Parteien die Chance einer besseren internen Organisierung, deren Wichtigkeit durch die schwere Zugänglichkeit vieler Regionen in Nepal nicht zu unterschätzen ist. Dabei müssen sie sehr vorsichtig taktieren. Beim Ausufern irgendwelcher Versammlungen oder z.B. Streikaufrufen irgendwelcher politischer Parteien und Gruppierungen kann damit gerechnet werden, daß der König sein Referendumsangebot widerruft und dem Hinweis auf ‚law and order' einzig und allein die Panchayat - Verfechter wieder in den Sattel hebt. Massiver Hinweis auf diesbezügliche Angst bei den Parteien (außer Maoisten) ist die Vorsicht, mit der der König behandelt wird, obwohl beispielsweise die Übernahme des englischen Modells, wovon hier teilweise geschwärmt wire, ihn schon die wichtigsten seiner derzeitigen Funktion kosten wird. Aber auch jedes andere Vielparteienmodell mit einem König (ob representativ oder funktional) wird ihn zur Aufgabe vieler jetziger Privilegien zwingen müssen (so z.B. kann er allein den prime minister berufen, einen Teil der Mitglieder des national panchayats berufen, alle wichtigen und einflußreichen Positionen außerhalb der Ministerien besetzen ...)

Ob der König letztlich auf all diese politischen Einflußmöglichkeiten verzichten wird, ist fraglich. Es bleibt festzustellen, daß sein Handlungsspielraum aufgrund breiterer Erfahrungen mit der sich abzeichnenden Entwicklung wächst und ein eingreifen — ähnlich dem Coup seines Vaters Mahendra 1961 — wahrscheinlich wird.

2) Diese dargestellte Entwicklungsmöglichkeit wird in der derzeitigen Diskussion kaum in Erwägung gezogen. Nach wie vor wird mit einem Termin im Oktober / November 1979 gerechnet, wobei von allen Seiten um die subjektiv fairste Ausgangsposition gerungen wird. So fordern die Parteianhänger nahezu einstimmig die Auflösung aller Panchayate und deren Infrastruktur. Das back - to - the - village - central - committee (polit. Zweig des Panchayat - Systems) ist bereits zurückgetreten, ebenso wie viele Panchayat - Funktionäre, die persönlich mehr mit dem Mehrparteien - System konform gehen.

Die wichtigste Frage bezüglich Ausgang des Referendums ist die der Staatsbürgerschaft im Terai (Grenzgebiet zu Indien), da hier durch das Vorbild Indiens auch die größte Anhängerschaft des Parteienwesens zu vermuten ist. Administrativ könnten viel potentiellen Wählern das Stimmrecht entzogen werden, sofern sie als Nicht - Nepali eingestuft werden. Dazu ist erläuternd zu dagen, daß in Nepal noch kein Zensus auf wissenschaftlicher Basis mit einigermaßen verläßliches Daten durchgeführt wurde, was wiederum bedeutet, daß die meisten Nepalis weder irgendwo registriert sind noch einen Paß oder andere Identifiaktionspapiere besitzen.

Das Hill - Gebiet ist eher als konservativ einzustufen, wo das Panchayat - Systen seine größte Anhängerschaft haben wird. Da die Zusammenballung der Menschen nicht so stark ist (keine Industrie), sind die Abhängigkeitsverhältnisse und damit die Einflußnahme der Reichen unmittelbarer. Die Dorfstrukturen sind älter als im Terai, wo viele Inder einströmen und Arbeit suchen und damit ständig die Dorfgemeinschaft verändern.

In den Städten ist eine Mehrheit für das Mehrparteiensystem zu erwarten, da dort die Menschen am hautnahsten die Krisensituation miterlebt hatten. Dies ist auch relativ zu nehmen, wie am folgenden Beispiel zu erläutern ist: keinen ganzen Kilometer vom Zentrum der Unruhen in der New Road am 23.5. entfernt, wo die Armee - Soldaten in Reihe knieend die Gewehre auf die Menschenmenge im Anschlag hatten, wurde Federball gespielt, als die Hitze des Tages einem angenehm kühlen Abend gewichen war.

Man läßt sich leicht täuschen durch die Versammlungen, verbreitete Schriften, Statements und Pamphlete: die allergrößte Mehrheit nimmt geringeren Anteil am Geschehen. Wie kann sich auch ein Tagelöhner, der von der Hand in den Mund lebt, leisten, einen Tag nicht zu arbeiten.

Und noch ein letzter Aspekt sei erwähnt: wie das Referendum auch tatsächlich ausgehen mag, ist eine Sache; was das Volk als Ergebnis hören wird, ist die andere Sache. Die Möglichkeit des Wahlbetruges ist riesengroß aus mehreren Gründen: die Abstimmung wird sicher wegen der Entfernungen (Wähler werden sicher 1-oder 2-Tagesmärsche in einigen Gebieten in kauf nehmen müssen, um abzustimmen zu können) einige Wochen in Anspruch nehmen. Da nur eine königstreue Panchayat - Infrastruktur besteht, die einige Übung in der Abhaltung der Dorfpanchayats - Wahlen hat, ist hier die Möglichkeit der Manipulation als nicht zu klein einzuschätzen.

Egal wie der Ausgang des Referendums sein wird, ist meines Erachtens auf der Basis dieses Wissens um die Zustände mit scharfen Reaktionen von der unterlegenen Seite zu rechnen. Um den König wiederum gedanklich als Schachfigur in's Feld zu führen, bestünde hier seine letzte Möglichkeit, in jedem Falle durch eine massive Intervention entweder seine Position zu restaurieren oder sogar auszubauen, je nachdem welche Seite obsiegt hat.

Peter I. Sternot

AUSLÄNDER IN DER BRD

Ausländer, die in der Bundesrepublik oder anderen mitteleuropäischen Ländern leben, sind ein Teil der „Dritten Welt" mitten in der „Ersten Welt", nicht so weit entfernt wie Afrika, Asien oder Lateinamerika, sondern der Teil der „Dritten Welt", der uns tagtäglich begegnet.

Die ausländischen Arbeiter und Studenten, die in der BRD, Österreich oder der Schweiz leben, sind nicht aus Abenteuerlust oder ähnlichen Beweggründen hier; sie wanderten aus ihren Heimatländern aus, um vorübergehend oder lebenslang Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, die in ihren Heimatländern nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Die Ursachen, die zur Arbeitsemigration zwingen, sind die gleichen, die die Dritte Welt insgesamt in Abhängigkeit und Unterentwicklung halten: Die internationale kapitalistische Arbeitsteilung, welche es transnationalen und nationalen Konzernen ermöglicht, Rohstoffe und Arbeiter sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industriestaaten auszubeuten.

Diejenigen Entwicklungsländer bzw. -gebiete, die im Süden Europas liegen — Jugoslawien, Griechenland, Süditalien, Spanien und Portugal — oder in den angrenzenden Regionen — Türkei, Nordafrika — exportieren „menschliche Rohstoffe" (= Arbeitskräfte). Die Exporterlöse sind die durch die ausländischen Arbeiter in den Metropolen erarbeiteten und in ihre Heimatländer überwiesenen Ersparnisse. Diese durch „Arbeitskräfteexport" erwirtschafteten Devisen sollen in der Theorie zum industriellen Aufbau in den Entsenderländern beitragen. Daß nicht einmal diese Funktion die Arbeitsemigration erfüllt zeigt der Artikel „Wirtschaftliche Folgen der Emigration".

Wer hat ein Interesse an den ausländischen Arbeitskräften?
Gerufen wurden sie von der deutschen Industrie in den Jahren der Hochkonjunktur, als der Mangel an inländischen Arbeitern (niedrige Arbeitslosigkeit, sog. „Vollbeschäftigung") einerseits den Konzernen eine weitere Kapitalverwertung (d.h. Aufbau neuer oder Erweiterung bestehender Produktionsanlagen) ohne weitere Arbeiter nicht oder nur schwer möglich machte und zum anderen der Mangel an Arbeitskräften die Position der Gewerkschaften zu Durchsetzung von Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen in den Tarifkonflikten erheblich stärkte.

Inhalt des Themenblocks



In den Rezessionsjahren der 70iger Jahre beinhaltet die permanente ökonomische Krisensituation mit über einer Million registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik auch eine soziale und politische Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Im Bewußtsein eines Großteils der bundesdeutschen Bevölkerung wird jedoch nicht das Wirtschaftssystem als ganzes in Frage gestellt, sondern die Ausländer als die Schuldigen hingestellt — nach dem Motto: Schmeißt doch endlich die Kümmeltürken und die Spagettifresser aus Deutschland raus, und schon sind genügend Arbeitsplätze für die deutschen Arbeiter vorhanden.

Dieses in der Bevölkerung latent vorhandene rassistische Bewußtsein kann von den Herrschenden leicht zu Ablenken von systemimmanenten Schwierigkeiten genutzt werden; das soziale Unruhepotential, das sich leicht gegen die herrschenden Verhältnisse selbst richten kann, wird auf die vermeintlich schuldigen andersartigen Bevölkerungsgruppen abgelenkt.

Um es nicht zum offenen Rassismus kommen zu lassen, sondern zur Solidarität zwischen Deutschen und Ausländern beizutragen, ist es daher für jegliche fortschrittliche Gruppe und linke Politik notwendig , sich mit der „Ausländerproblematik", ihrer ökonomischen und politischen Funktion zu beschäftigen!

Im vorliegenden Heft werden zunächst die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Emigration (Auswanderung) auf die Heimatländer der ausländischen Arbeiter untersucht.
Welchen gefährlichen und entwürdigenden Arbeitsbedingungen Ausländer ausgesetzt sind, zeigt das Beispiel der Siemens - Arbeiterinnen.
Die Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten und Grenzen einer Beratungsarbeit werden in dem Interview mit einer Berliner Sozialarbeiterin deutlich.
Das Leben der Ausländer in der BRD wird durch die deutschen Behörden in vielfältiger Weise reglementiert. Das geltende Ausländerrecht überläßt die ausländischen Arbeiter einer totalen Behördenwillkür: sie können, weitgehend rechtlos, nach Arbeitsmarkt- und Kapitalerfordernissen hin- und hergeschoben werden.
Was ihre politischen Rechte angeht, so werden diese von den deutschen Behörden eindeutig geregelt: linke Gruppen werden vom Verfassungsschutz bespitzelt, rechte und faschistische Gruppen nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Elementare politische Grundrechte wie das kommunale Wahlrecht werden den Ausländern — von denen ein beträchtlicher Teil seit Jahren hier wohnhaft ist — bis heute verweigert.
Neben einer Initiative, die für das Ausländerwahlrecht kämpft, stellen wir noch die IAF, die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, vor.
Leute, die ein weitergehendes Interesse an Ausländerarbeit haben, finden schließlich Hinweise auf eine Reihe von Büchern und Broschüren.

Red.

Folgen der Arbeitsemigration für die Auswanderungsländer

Einige wirtschaftliche und soziale Folgen der Arbeitsemigration für die Auswanderungsländer

Daß die „Gastarbeiter" keine Gäste sind, sondern Arbeitskräfte, die seit Anfang der 60er Jahre in immer größerer Zahl ins Land geholt wurden, um eine drohende Unterauslastung der wachsenden Produktionsanlagen zu verhindern, ist längst politisches Allgemeingut. Und daß die ausländischen Arbeiter und ihre Familien in der Emigration oft völlig rechtlos und in sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, daß sie vielfältige Diskriminierungen zu erleiden haben, ist inzwischen auch ins öffentliche Bewußtsein gedrungen.
Ein Mythos, der sich jedoch sehr hartnäckig am Leben erhält, lautet, daß die Entbehrungen und Unsicherheiten, die die ausländischen Arbeitnehmer hier auf sich nehmen, ja nur vorübergehend seien und immerhin auch ihren Heimatländern wichtige Vorteile brächten. Die Auswanderung von Millionen von Arbeitskräften überwiegend aus südeuropäischen Ländern in die Industriemetropolen Mitteleuropas bringe also nicht nur dem einzelnen Emigranten Wohlstand – bzw. ermögliche ihm das Überleben –, sondern habe auch gesamtwirtschaftlich positive Wirkungen auf die Herkunftsländer. Dies vor allem durch eine Reduzierung der in diesen Ländern herrschenden hohen Arbeitslosigkeit und durch die Geldüberweisungen der Arbeitsemigranten in ihre Heimat.
Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften als Entwicklungshilfe? Auf den ersten Blick mag dieses Argument überzeugend wirken. Ist es denn etwa nicht positiv zu werten, wenn ein Land wie die Türkei mit 3 bis 4 Millionen Arbeitslosen die Möglichkeit hat, 1 Million Arbeiter allein in die Bundesrepublik zu entsenden? Schon hat man die Häuschen vor Augen, die die zurückgekehrten Emigranten im Süden Italiens oder in Portugal nicht hätten bauen können, wären sie nicht einige Jahre in deutschen Firmen beschäftigt gewesen; desgleichen zahlreiche kleine Läden, Kneipen, Reparaturwerkstätten, Taxiunternehmen, aber auch Traktoren und Lastwagen, die ohne die Ersparnisse der Rückkehrer nicht hätten finanziert werden können und die doch wohl nicht nur die Einkommensverhältnisse des einzelnen verbessern, sondern auch gesamtwirtschaftlich den Wohlstand und das Wachstum dieser Länder fördern. Oder?
Derart gefällige Assoziationen trügen jedoch. Um es kurz zu sagen: an der riesigen Wanderungsbewegung in Europa – derzeit leben etwa 6,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte mit ihren Familien in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft – verdienen vor allem die Anwerbe- oder Einwanderungsländer. In den Herkunftsländern werden so gut wie keine Wachstums- oder gar Entwicklungsimpulse ausgelöst, vielmehr werden bestehende soziale und regionale Ungleichheiten durch die Arbeitsemigration in der Regel noch verschärft. Dies soll im folgenden ausführlich dargestellt werden.

Beseitigt die Auswanderung von Arbeitern die hohe Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern?

Die Beschäftigungssituation in den sog. Ländern der europäischen Peripherie – also Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und Türkei, wobei Italien und Jugoslawien gewisse Sonderstellungen zukommen – ist dadurch gekennzeichnet, daß der sog. „moderne Sektor" der betreffenden Länder nicht in der Lage ist, allen Jugendlichen, die ins erwerbsfähige Alter kommen, und allen vom Land in die Stadt strömenden Menschen eine Beschäftigung zu bieten. Nicht nur die sog. Geburtenüberschüsse, sondern auch die Landflucht stellen aber alle diese Länder vor massive Probleme. Verkrustete Agrarstrukturen, ungerechte Besitzverteilung, Zerstückelung des Bodens in nicht mehr rentabel zu bewirtschaftende Miniparzellen, traditionelle Produktionsweisen, die den Boden erschöpfen und das Wachstum der landwirtschaftlichen Erträge begrenzen sowie eine staatliche Politik, die eher an der Förderung von industriellen Zonen und Auslandsinvestitionen interessiert ist als an Unterstützungsmaßnahmen für die meist arme ländliche Bevölkerung, können – neben anderen Faktoren – dazu führen, daß für immer mehr Menschen die Landwirtschaft

keine Lebens- oder auch nur Überlebensbasis mehr bietet und diese Leute von der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die Städte getrieben werden. Dort vergrößern sie das Heer der Arbeitslosen, nur sehr wenigen gelingt es, in der Industrie oder im städtischen Dienstleistungssektor Fuß zu fassen.
Nicht nur aus dem engeren Bereich der Landwirtschaft strömen übrigens Menschen in die Städte: im Zusammenhang mit der Verarmung und Proletarisierung der Bauern muß der verbreitete Niedergang des lokalen Handwerks gesehen werden; viele Handwerker können sich aufgrund der übermächtigen Konkurrenz ausländischer industrieller Unternehmen, aber auch aufgrund ständig sinkender Kaufkraft in den ländlichen Regionen ökonomisch nicht länger halten und sind zur Aufgabe ihres Betriebs gezwungen.



Dorfbewohner aus Anatolien kommen nach Ankara. Am Stadtrand bauen sie Hütten, in denen sie leben. Das Dach muß während der ersten Nacht der Bauarbeiten aufgestellt werden. Wenn morgens ein Dach dasteht, hat die Stadtverwaltung nicht das Recht, die Hütte einzureißen. Die Hütten haben weder sanitäre Einrichtungen noch Wasser. Für viele ist dies der erste Schritt in die Emigration.

Warum stellt die Abwanderung ins Ausland in einer solchen Situation keine Patentlösung für die betreffenden Länder dar? Dem einzelnen bleibt natürlich oftmals gar kein anderer Ausweg, als seine Heimat zu verlassen, für ihn bedeutet ein Arbeitsplatz im Ausland zunächst einmal Sicherung seiner materiellen Existenzgrundlage (wobei diese Möglichkeit zumindest für die BRD für Mitglieder von Nicht-EG-Staaten seit dem Anwerbestop 1973 vorerst nicht mehr besteht). Immerhin gaben nach einer 1972 durchgeführten türkischen Untersuchung 92 % der Auswanderer, die vom Land kamen, und 73 % der Emigranten, die vorher in Städten gewohnt hatten, an, die Türkei aus wirtschaftlicher Not verlassen zu haben. (1)

Für das Herkunftsland bringt die Emigration aber schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Nachteile.

Ganz allgemein entstehen ja dem Auswanderungsland durch die Existenz und Reproduktion einer Erwerbsbevölkerung soziale Kosten, etwa in Form von Aufwendungen für Nahrung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung usw. „Die Abwanderung der Arbeitskräfte vollzieht sich (nun) genau zu dem Zeitpunkt, in dem das, was in sie investiert worden ist, sich auszuzahlen beginnen würde. Sie stellen somit ein Kräftepotential dar, das einen Reichtum schafft, der allein den Industrieländern zugute kommt." (2)
Daß das Herkunfts- und nicht das Anwerbeland diese gesellschaftlichen Kosten für die Ausbildung der Arbeitskräfte zu tragen hat, löst somit bereits bei einer ganz allgemeinen Betrachtung eine wesentliche Ungleichheit aus: eine Belastung für das Herkunftsland, einen Vorteil für das Einwanderungsland.
„Darüber hinaus senkt die Abwanderung der Arbeitskräfte ins Ausland die Rate der aktiven Erwerbsbevölkerung im Inland." (3) 1975 etwa arbeiteten 22,6 % der algerischen, 17,5 % der portugiesischen, 15,7 % der jugoslawischen, 7,4 % der griechischen und 5 % der türkischen Gesamtbeschäftigten in Mitteleuropa. (4) Hinzu kommt, daß meistens junge Leute abwandern: so gehörten 1975 über 60 % der Arbeitsemigranten in der BRD zur Altersgruppe der 18-35jährigen, 90 % waren jünger als 45 Jahre. (5) Für andere Länder lassen sich entsprechende Zahlen ermitteln.



Ärztlicher Test, Istanbul

Im Heimatland resultiert aus der Tatsache, daß überwiegend junge Leute, meist junge Männer, abwandern, eine ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung: in vielen Regionen der Herkunftsländer findet sich ein übermäßig hoher Anteil an Kindern, abhängigen, alten und nicht mehr erwerbsfähigen Personen, d. h. potentiellen und tatsächlichen Arbeitslosen. Diese Menschen tragen in der Regel kaum aktiv zum wirtschaftlichen Wachstum ihrer Länder bei – für sie wäre also auch eine noch so spürbare Entspannung des Arbeitsmarktes nur von geringer Bedeutung. Eine derartige Altersstruktur der Bevölkerung stellt für die ohnehin begrenzte wirtschaftliche Kraft der Emigrationsländer jedoch eine starke Belastung dar.

Verschärft wird dieses Problem noch dadurch, daß es in der Regel gar nicht die allerärmsten, gerade vom Land gekommenen Personen sind, die auswandern, weil sie in den Städten ihres Landes keine Beschäftigung finden. Aus zahlreichen empirischen Untersuchungen der letzten Jahre geht hervor, daß am ehesten Personen auswandern, die schon im Heimatland entweder eine Ausbildung absolviert oder einen gewissen sozialen Aufstieg erlebt haben. (6)

Aus Portugal etwa wandern seit 1970 mehr Arbeitskräfte aus dem industriellen Sektor (29 %) als aus der Landwirtschaft (25,5 %) ins Ausland ab. (7) Seit der Revolution 1974 verstärkte sich die Emigration hochqualifizierter Fachkräfte, was zu einem ernsthaften Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Industrie und in anderen Wirtschaftsbereichen führte. (8)
Eine 1974 in Frankfurt durchgeführte Untersuchung ergab, daß nur 7 % der dort lebenden Emigranten in ihrer Heimat keine Schule besucht hatten – dabei liegt die Analphabetenquote in der Türkei bei 61 %, in Griechenland bei 40 % (in der Stadt) bzw. bei 60 % (auf dem Land). Von den befragten Griechen, Türken und Spaniern hatten 40 % in ihrem Heimatland berufliche Kenntnisse erworben. (9)

Eine – allerdings schon aus den 60er Jahren stammende – Untersuchung aus Griechenland ergab, daß von dort ca. 80 % der frisch ausgebildeten Facharbeiterlehrlinge in die BRD ausgewandert waren. (10)
Auch die jugoslawische Wirtschaft ist durch die Emigration von qualifizierten Arbeitern und Fachleuten vor große Probleme gestellt.
Wenn die meisten dieser ausgewanderten Arbeitskräfte in der BRD auch nicht entsprechend ihren beruflichen Qualifikationen eingesetzt werden können – nach Schätzungen arbeiten z. B. ungefähr 7 000 türkische Lehrer in der BRD als Fabrikarbeiter, und auch ein Großteil der ausländischen Tischler, Schuhmacher, Schneider und Mechaniker ist gezwungen, in der BRD Fabrikarbeit anzunehmen –, so stellen sie doch in ihren Herkunftsländern einen wichtigen Anteil unter den ausgebildeten Arbeitskräften dar, auf deren produktiven Beitrag die Wirtschaft ihrer Länder nicht ohne Schwierigkeiten verzichten kann, ganz abgesehen von den bereits oben erwähnten Ausbildungskosten.
Wenn auch ein Teil dieser Fachkräfte unter den heutigen Verhältnissen keine Beschäftigung finden kann, so wird doch andererseits jede mögliche Strategie zur Entwicklung der peripheren europäischen Länder durch den Abzug von Fachkräften in die industrialisierten mitteleuropäischen Staaten erheblich erschwert. Den Emigrationsländern geht so ein wirtschaftliches Potential verloren, was bei einer sinnvollen Wirtschaftspolitik dieser Länder durchaus einen wichtigen produktiven Beitrag zur Entwicklung leisten könnte.
Die Erwerbsstruktur der Auswanderungsländer wird durch die Emigration aber nicht nur im Hinblick auf die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung und auf die Qualifikationsstrukturen verzerrt, sondern auch in regionaler Hinsicht. Meist ist nämlich die Abwanderung auf bestimmte, „unterentwickelte" Regionen konzentriert – ganz deutlich etwa im Süden Italiens oder im Osten der Türkei. In ohnehin armen und verödeten Gebieten brechen die traditionellen Produktionsstrukturen vollends zusammen, ohne daß Impulse von stärker entwickelten Regionen gesetzt werden. In der Landwirtschaft etwa liegen dann eher weite Flächen brach, als daß produktivitätssteigernde Maßnahmen eingeführt werden. Der Verfall der alten Produktionsformen „hat wiederum Auswanderung zur Folge, und diese ihrerseits neuen Verfall. Dieser sich spiralenförmig fortsetzende Prozeß beeinträchtigt in diesen Regionen jede soziale Beziehung und nimmt ihnen so jede Aussicht auf einen zukünftigen Aufschwung und eine Entwicklung." (11)
Es ist einleuchtend, daß vor diesem Hintergrund von einer grundlegenden Verbesserung der Beschäftigungslage in den Herkunftsländern durch die Emigration nicht die Rede sein kann. Wird der Arbeitsmarkt unter Umständen vorübergehend entlastet, so überwiegen doch die negativen strukturellen Effekte, die zu einer Verschlechterung der Altersstruktur, einer Verknappung an Fachkräften, einer Verschärfung regionaler Ungleichheiten und damit zu erhöhten Schwierigkeiten führen, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder zu erreichen.

Einige Daten zur Ausländerbeschäftigung in der BRD

Gesamtzahl der Ausländer in der BRD einschließlich nichterwerbstätiger Personen:	1972: 3,0 Mio 1975: 4,1 Mio 1977: 4,1 Mio

Quelle: Handelsblatt 9/10.3.1979

Beschäftigte sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in der BRD

		30.6.1975	30.6.1977
insgesamt:		20 095 100	19 879 900
davon ausländische Arbeiter europäischer Herkunft		1 935 936	1 749 154
davon aus:	Türkei	553 217	517 467
	Jugoslawien	418 745	377 206
	Italien	297 079	281 224
	Griechenland	203 629	162 495
	Spanien	129 817	100 311
	Portugal	70 520	60 160

Anteil der Frauen (30.6.77)

unter allen Arbeitnehmern in der BRD	37,9 %
unter den ausländischen Arbeitnehmern	31,6 %

Quelle: Stat. Jahrbuch der BRD, 1976, S. 158 und 1978, S. 103 ff.

Lohnüberweisungen der ausländischen Arbeitskräfte (in Mio DM)

Überweisungen insgesamt:	1973: 8.450
	1975: 7.000
	1977: 6.400
	1978: 6.100

Überweisungen 1978 nach Nationalitäten (in Mio DM)

Türken	2.000
Jugoslawen	1.700
Italiener	800
Griechen	650
Spanier	450
Portugiesen	200

Quelle: Süddeutsche Zeitung 6.4.79

Arbeitslosigkeit

Sept. 1977:		
Gesamtzahl der Arbeitslosen in der BRD:		826 903
davon Ausländer:	in % 9,3 %	84 354
März 1978:		
Gesamtzahl der Arbeitslosen in der BRD:		1.089 969
davon Ausländer:	in % 9,6 %	113 966

Quelle: Stat. Jahrbuch der BRD 1978, S. 103 ff.

Wachstum durch Geldüberweisungen?

1978 betrugen die Lohnüberweisungen – auch Rimessen genannt – der in der BRD beschäftigten ausländischen Arbeiter in ihre Heimatländer 6,1 Mrd. DM (1973 noch 8,45 Mrd. DM). Neben der seit 1974/75 verminderten Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der BRD hat sicher auch die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Ausländern in der BRD seßhaft geworden ist, den Rückgang der Überweisungen ausgelöst. Durchschnittlich hat 1978 jeder ausländische Arbeiter 3 300,– DM in sein Heimatland überwiesen. (12)

Der Beitrag dieser Überweisungen zum Nationaleinkommen der Herkunftsländer liegt bei 2 – 5 %. (13) Gelegentlich ist dieser Beitrag aber auch höher: in Portugal etwa machten die Überweisungen 1972 über 12 % des Bruttosozialproduktes aus (in dieser Zeit befanden sich etwa 13 % der portugiesischen **Gesamt**bevölkerung zu Arbeitszwecken im Ausland). (14) Durch die Rimessen der Emigranten sind die Heimatländer in der Lage, 1/10 bis 1/5, in Einzelfällen – wiederum Portugal – bis zu 1/3 ihrer Importe zu finanzieren.
Da die Zahlungsbilanzen der Emigrationsländer meist hohe Defizite aufweisen – d. h. aufgrund zu hoher oder zu hoch bewerteter Importe im Verhältnis zu den Exporten des Landes mangelt es an Devisen –, sind die Überweisungen der Emigranten in ihren Heimatländern natürlich sehr willkommen. Ohne diese Rimessen, die gegenüber Kapitalimporten (Krediten) den Vorteil aufweisen, daß sie keine Zins- und Tilgungszahlungen nach sich ziehen, wäre die außenwirtschaftliche Position der meisten Emigrationsländer deutlich schlechter als so schon.
Dies gilt jedoch nur bei einer sehr kurzfristigen Betrachtung. Langfristig und insbesondere bei einer Betrachtung der Verwendung dieser Überweisungen bringen die Rimessen ganz erhebliche Nachteile für die Wirtschaft der Emigrationsländer mit sich.
Zunächst einmal dienen die Überweisungen in erster Linie dazu, den niedrigen Lebensstandard der Emigrantenfamilien anzuheben. Das heißt aber, daß die Ersparnisse zum großen Teil für die Anschaffung langlebiger Konsumgüter ausgegeben werden, die überwiegend aus dem Ausland kommen – z. B. Radios, Möbel, Kühlschränke und Waschmaschinen – oder in den Bau oder Kauf eines Hauses gesteckt werden.



Heimgekehrter türkischer Emigrant mit Auto und Familie, Anatolien, Türkei

Viele Rückkehrer legen ihrer Ersparnisse auch in Mietshäusern und Grundstücken an. Hiervon profitieren nicht selten Banken und Versicherungen als Immobilienverwalter.

Von den oft behaupteten produktiven Investitionen, die allein ein wirtschaftliches Wachstum in die Wege leiten könnten – beispielsweise über die Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen in sog. strukturschwachen Gebieten – kann nicht die Rede sein.
„Es ist also falsch und unbegründet, von einem Kapitalbildungs- oder Investitionseffekt der Emigration zu sprechen. Im Gegenteil sollte man stattdessen von einem Konsumeffekt sprechen, der zwar den Lebensstandard der Emigranten und ihrer Familien erhöht, letzten Endes jedoch hauptsächlich den Industrieländern, die Gastarbeiter beschäftigen, zugute kommt, da die Konsumgüter, die die Erhöhung des Lebensstandards ermöglichen, aus diesen Ländern eingeführt werden." (14)



Von einem türkischen Arbeitsemigranten gekaufte Einrichtungsgegenstände im anatolischen Dorf.

Die Stärkung der Zahlungsbilanz und die Erhöhung der im Herkunftsland verfügbaren Einkommen bedeutet also noch nicht, daß automatisch Entwicklungsimpulse ausgelöst werden. Vielmehr rufen die Lohnüberweisungen der Emigranten bei konsumtiver Verwendung in der Regel eine verstärkte Abhängigkeit vom Ausland hervor – eine Tatsache, die zwar nicht den offiziellen Regierungsverlautbarungen entspricht, aber durch zahlreiche empirische Untersuchungen belegt wird. (15)
Nicht in jedem Fall werden übrigens die im Ausland gesparten Gelder auch in die Heimatländer überwiesen: so haben etwa die in der BRD beschäftigten türkischen Arbeiter 1978 ca. 2 Mrd. DM in die Türkei überwiesen. Nach Schätzungen haben sie jedoch weitere 12 Mrd. DM auf deutschen Sparkonten liegen, die sie wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Türkei nicht in ihre Heimat überweisen. Diese von der Türkei dringend benötigten Devisen bleiben entweder auf den deutschen Konten oder sie werden auf dem Devisenschwarzmarkt profitabel eingetauscht oder in der BRD für den Kauf von Konsum- und Investitionsgütern deutscher Herkunft verwendet. Positive Wirkungen auf die türkische Wirtschaft gehen von diesen beachtlichen Ersparnissen also nicht aus. Individuell gesehen handeln die in der BRD lebenden Türken rational, gesamt-

wirtschaftlich profitiert aber eher die deutsche als die türkische Wirtschaft davon. (16)
Die Problematik der Rimessen zeigt sich übrigens auch bei individueller Betrachtung: für den einzelnen Emigranten ist der Traum vom eigenen Laden oder Unternehmen schnell ausgeträumt, wenn die Ersparnisse nach seiner Rückkehr nicht produktiv investiert, sondern in den Konsum- oder Dienstleistungsbereich gesteckt werden.
Häufig sind nämlich „die infrastrukturellen Voraussetzungen in den Heimatregionen, nicht zuletzt auch als Folge der Emigration, . . . derart, daß die private Anlage der Ersparnisse und der Aufbau einer sicheren privaten Existenz in vielen Fällen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind." (17) So können sich etwa viele Rückkehrer als kleine Ladenbesitzer oder Taxiunternehmer wegen der zu starken Konkurrenz auf dem regionalen Markt nicht halten und sind so erneut zur Emigration gezwungen. In vielen Auswanderungsländern herrscht seit Jahren ein regelrechter „Boom" moderner landwirtschaftlicher Geräte – die Folge: in zahlreichen Regionen findet man eine regelrechte „Übermechanisierung", die dem einzelnen längst nicht den erwarteten Profit beschert, weil viele Geräte überhaupt nicht optimal genutzt werden können. Weitere Beispiele gibt es in Hülle und Fülle – „die Verwendung der Rimessen schafft so eine der zahlreichen Bedingungen, die den Zwang zur Emigration von einer Generation auf die andere übertragen." (18)
Die überwiegend konsumtive Verwendung der Überweisungen hat also gesamtwirtschaftlich wachstumshemmende Wirkungen, für den einzelnen Emigranten und seine Familie wird zwar oft eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards erreicht, letztlich aber scheitern viele auch schon an diesem Ziel.
Zusätzlich werden durch die Rimessen oft preistreibende Effekte ausgelöst, da im Herkunftsland aufgrund des zusätzlichen Einkommens mehr konsumiert werden kann als produziert wird. Wurde die Zahlungsbilanz durch die Geldüberweisungen der Emigranten ursprünglich positiv beeinflußt, so weckt das Aufkommen einer neuen Klasse von Rückkehrern, die Konsummuster der Mittelschicht annehmen, eine erhöhte Nachfrage nach Importgütern. Hierdurch wird die Zahlungsbilanz häufig in einem Maß belastet, das über die ursprüngliche Entlastung hinausgeht.
Ein weiterer Nachteil der Rimessen liegt schließlich darin, daß die Herkunftsländer, wenn sie sich wesentlich auf diese Überweisungen stützen, verstärkt von der Konjunkturlage des Anwerbelandes und den darauf zurückzuführenden Schwankungen der Höhe der Überweisungen abhängig werden.

Sicherung der Herrschaftsstrukturen in den Auswanderungsländern durch die Emigration

Die Auswirkungen der Emigration auf die Herkunftsländer sind nicht nur – wie bisher dargestellt – ökonomischer Art. Auch gesellschaftlich bedeutsame Änderungen lassen sich feststellen.
So bilden etwa die zurückkehrenden Arbeiter häufig eine neue soziale Gruppe in ihrer Heimat. (19) Ihre Vorstellungen richten sich – wie schon dargestellt – eher auf die Errichtung einer eigenständigen kleinbürgerlichen Existenz als auf eine Beschäftigung im industriellen Sektor. Wenn die Versuche, ein Kleinunternehmen zu gründen, in vielen Fällen auch scheitern, so werden dafür doch selten strukturelle Ursachen – etwa Überbesetzung der regionalen Märkte, Konkurrenz durch in- und ausländische Industrieunternehmen usw. – als Erklärung herangezogen, vielmehr wird meist der einzelne für sein „Versagen" verantwortlich gemacht. Aus diesem Grund können die übrigen Bewohner der Heimatregionen der Emigranten auch an ihren Hoffnungen festhalten, daß sie selbst, wenn sie auswandern würden, ein besseres Los erfahren würden. Da die Nützlichkeit der Emigration in den betroffenen Ländern praktisch nicht in Frage gestellt wird, läßt so das Heranwachsen einer kleinbürgerlichen Schicht von Rückkehrern eine Mittelstandsideologie entstehen, die kollektive Maßnahmen der Arbeiterschaft in den Mittelmeerländern erschwert.
„Der Bevölkerungsverlust hat den zurückgebliebenen Regionen das politische Gewicht geraubt. Die Verlockungen eines individuellen sozialen Aufstiegs durch Abwanderung zerstören die Basis für einen auf Solidarität beruhenden politischen Kampf. Die Verzweiflung wird individualisiert." (20)



Auch für die Verwendung der Lohnüberweisungen kann man von deren systemstabilisierender Funktion ausgehen. „Demnach unterstützen diese eine Wirtschaftspolitik in den Heimatländern, die an den Interessen einer kleinen Oberschicht ausgerichtet ist, auch dadurch, daß sie einen Konsumgüterimport ermöglichen, von dem nur bestimmte Schichten der Bevölkerung profitieren . . ." (21)
Eine wichtige Funktion der Arbeitskräfteemigration besteht also darin, die politischen Herrschaftsstrukturen in den Emigrationsländern zu sichern, indem der soziale Sprengstoff der Massenarbeitslosigkeit durch die individuelle Lösung der Auswanderung vermindert und der Aufbau kleinbürgerlicher Existenzen bei den Rückkehrern gewährleistet wird. (22)

Schlußfolgerungen

Zahlreiche emprische Untersuchungen der letzten Jahre vertreten immer stärker die Auffassung, daß die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften keinerlei entwicklungspolitische Impulse für die betroffenen Länder ausgelöst hat.

Die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern wird durch die Emigration nicht beseitigt. Von der meist konsumtiven Verwendung der Geldüberweisungen gehen gesamtwirtschaftlich eher negative Wirkungen aus.
Darüber hinaus können die Rückkehrer, falls sie in der BRD besondere Berufskenntnisse erworben haben, diese nur in den seltensten Fällen in ihrer Heimat nutzen.
Ferner bleibt der von der Emigration erhoffte Strukturwandel in der Regel aus. Bestehende Ungleichgewichte zwischen arm und reich, Land und Stadt, armen und weiter entwickelten Regionen, verstärken sich eher, als daß sie abgebaut würden.
Mit der Dezimierung der aktiven Bevölkerung geht den Emigrationsgebieten politische Kraft verloren, um für eine Durchsetzung nötiger Entwicklungsmaßnahmen zu kämpfen. Der soziale Druck, der einen wirtschaftlichen und sozialen Wandel erzwingen könnte, wird vermindert. Auch ordnen sich die Emigranten nach ihrer Rückkehr wieder in die alte Sozialstruktur ein. „Durch unproduktiven Demonstrationskonsum und unökonomische Investitionen versuchen sie die lokalen Ober- und Mittelschichten nachzuahmen, die sie dadurch direkt und indirekt ökonomisch und politisch stärken und so den sozialen Fortschritt behindern." (23) Schließlich wird durch die Emigration auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Wirtschaft geschwächt – die Emigranten produzieren in der BRD Güter, die von ihren eigenen Ländern genauso produziert werden könnten, wenn entsprechende Entwicklungsimpulse gegeben bzw. Ansätze zum Aufbau eigener Industrien nicht von den Industrieländern und multinationalen Konzernen sabotiert werden würden.
Bei einer Betrachtung der internationalen Herrschaftsverhältnisse zwischen Emigrations- und Einwanderungsländern kann man feststellen, daß die Emigrationsländer von den Einwanderungsländern in ein die ersteren benachteiligendes internationales System der Arbeitsteilung hineingezwungen werden. Die Arbeitsemigration löst demnach als wesentliche Wirkung auch die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung der Einwanderungsländer aus. (24)

sh

Literaturhinweis

Die AGG (Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden) gibt seit Jahren die sehr nützlichen „Materialien zum Projektbereich 'Ausländische Arbeiter'" heraus. Jährlich erscheinen vier Hefte (Umfang jeweils knapp 200 Seiten), die zum Preis von jeweils DM 5,– (bzw. DM 20,– pro Jahr) bestellt werden können.
Die Hefte enthalten: Erfahrungsberichte, Buchbesprechungen, Materialien zur Sprachförderung, Unterrichts-Einheiten und didaktische Materialien, Analysen der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Situation ausländischer Arbeiter, Examens- und Diplomarbeiten usw.
Die Hefte von 1978 etwa enthalten Themen wie: Pro und Contra Hausaufgabenhilfe – Formen kommunalpolitischer Beteiligung von Ausländern – Bildungsarbeit mit türkischen arbeitslosen Jugendlichen in West-Berlin – Kriminalität junger Ausländer – Ausländische Vorschulkinder – jugendverbandsarbeit mit ausländischen Jugendlichen usw.
Außerdem sind bis jetzt 5 Sonderhefte erschienen, die zusätzlich bestellt werden können. Themen sind hier u.a.: Sozialisationsbedingungen in der Türkei (1976/77) – Türkische Migrantenfamilien (1977) – Aufsätze zur Arbeit mit ausländischen Arbeitern (1979) – Materialien zur Arbeit mit ausländischen Jugendlichen (1978) – Volkssektor Türkei. Eine neue Wirtschaftsform für die Türkei (1979).
Bestellzettel (alle bisher erschienenen Nummern und Sonderhefte werden ausführlich vorgestellt) Bestellungen bei der

AGG
Rheinweg 34, 5300 Bonn



Anmerkungen:

1) Zadil, E. Die Auswirkungen der Arbeitskräftewanderung in der Türkei, in: Lohrmann/Manfrass, Ausländerbeschäftigung und internationale Politik, 1974, S. 207 ff.
2) Ferreira, E. de Sousa Die Arbeitskräfteemigration in Europa – Situation und Perspektiven Übersetzung der Redaktion aus: Ders., O poder europeu I, Lissabon 1977, S. 12 des deutschen Manuskripts
3) ebenda
4) Finanzierung und Entwicklung, 12/78, S. 33
5) ebenda, S. 34
6) Harbach, H. Internationale Schichtung und Arbeitsemigration, Reinbek 1976, S. 190 ff.
7) Ferreira, a.a.O., S. 13
8) ebenda, S. 14
9) Borris, M. Ausländische Arbeiter in einer Stadt, Frankfurt 1974, S. 63 ff.
10) vgl. Harbach, a.a,O., S. 192
11) Forum Europa, 4/5/76, S. 7
12) Süddeutsche Zeitung, 6. 4. 79
13) vgl. Harbach, a.a.O., S. 193
14) Ferreira, a.a.O., S. 15
14 a) Nikolinakos, N. Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern, in: Das Argument 9-10/1971, S. 788
15) vgl. Harbach, a.a.O., S. 194
16) Le Monde, 6. 3. 79
17) I. Baucić, zit. nach Harbach, a.a.O., S. 195
18) ebenda
19) vgl. zum folgenden Harbach, a.a.O., S. 196 ff.
20) Schiller, G. Die Auswanderung von Arbeitskräften als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Das Argument 9-10/1971, S. 809
21) Harbach, a.a.O., S. 198
22) In diesen Zusammenhang paßt auch die in den letzten Jahren verstärkte Förderung von sog. Arbeitnehmergesellschaften in einigen Emigrationsländern. Durch Beteiligung an diesen Gesellschaften – meist in Form von Aktiengesellschaften – sollen die in der BRD beschäftigten Ausländer zu Investitionen in ihren Heimatländern bewogen werden. Im Fall der Türkei werden die ca. 180 AGs, die ca. 700 Mio. DM in die Türkei investierten, auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert. Die Erfolge sind noch begrenzt, z. T. bedingt durch unzureichende Projektkonzeption, z. T. aber auch durch die rapide steigende Inflation in der Türkei, angesichts derer viele Türken es vorziehen, ihre Ersparnisse in der BRD zu behalten. Durch derartige Aktiengesellschaften wurden bisher nur sehr wenige Arbeitsplätze geschaffen, und auch diese kaum in den rückständigen Regionen des Landes. Vgl. Stuttgarter Zeitung, 24. 6. 78
23) Harbach, a.a.O., S. 201
24) Wie dieses System der internationalen Arbeitsteilung in Zukunft aussehen wird, ist noch nicht klar. Vieles spricht aber dafür, daß – gerade im Zuge der Europäischen Integration – die hochindustrialisierten Staaten Mitteleuropas künftig stärker dazu übergehen werden, ihre Produktionsanlagen direkt in die südeuropäischen Länder zu stellen als weiterhin Arbeitskräfte zu importieren. Vgl. hierzu Ferreira, a.a.O.

„Wir kannten das Zeichen für Radioaktivität nicht"

Eine türkische Arbeiterin klagt gegen Siemens

Entnommen aus COURAGE 4 / 79

Im November 1972 wies der bei Siemens beschäftigte Physiker Bernt Lehmann im Röhrenwerk Siemens nach, daß die in der Fertigung vorliegenden radioaktiven Konzentrationen gefährlich seien. Stellenweise überstiegen die Werte das Zehntausendfache des Zulässigen.
Im Dezember 1972 bestätigte das vom Strahlenschutzbeauftragten beim Berliner Senat für Arbeit und Soziales angeforderte Gutachten des Bremer Universitätsprofessors J. Scheer diese Befunde; aber: „Die geschilderten Zustände in Labor und in der Fertigung stehe ich nicht an, als skandalös zu bezeichnen".
Im Sommer 1977 erkrankten 20 Türkinnen an denselben Symptomen. Alle hatten mit dem sogenannten „weichen Beta-Strahler" Promethium 147 gearbeitet.
Im Juli desselben Jahres schreibt die türkische Zeitschrift „Hürriet", daß viele Frauen der Abteilung infolge der hohen radioaktiven Strahlung erkrankten.
Im Juli 1977 wurde ein Raum im 3. Flur des Röhrenwerkes wegen Radioaktivität geschlossen.
In derselben Zeit wurden zwei Todesfälle von Türkinnen bekannt, bei denen der Verdacht geäußert wurde, daß das Arbeiten mit radioaktivem Material die Todesursache gewesen sei. Fatma Bülbül war eine von beiden. Sie arbeitete zur gleichen Zeit wie Gülseren Özener bei Siemens, bis ihr nach sieben Arbeitsjahren gekündigt wurde. Ein Jahr später starb sie im Alter von ca. 30 Jahren.
Am 9. September konnte man im Spandauer Volksblatt lesen, daß Siemens Anschuldigungen als „völlig aus der Luft gegriffen" beurteile. Im September forderte die Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel / Oberjägerweg Entschädigung für erkrankte türkische Kolleginnen.

Heute führt Gülseren Özener einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen Siemens. Sie arbeitete seit 1973 in der Ableiterfertigung, in der das radioaktive Promethium 147 verwendet wird. Vor zweieinhalb Jahren ist sie entlassen worden, weil man ihr aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zumuten konnte, daß sie in der Abteilung weiterarbeitet.

„Das in der Fertigung verwendete Promethium 147 befindet sich in der Atemluft und auf den Arbeitsgeräten, Händen und Kleidungsstücken der Arbeiterinnen. Von dort wird es mit der Nahrung, durch Verletzung der Haut und durch die Atemorgane in den Körper aufgenommen und reichert sich in Lungen, Verdauungstrakt und Knochen an." So lautet das Untersuchungsergebnis von 1972, das der Siemens-Physiker B. Lehmann anhand umfangreicher Messungen gewonnen hatte. Nur einige Tage später wurde B. Lehmann fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen. Als Gülseren Özener im Röhrenwerk Siemens eingestellt wurde, hat man ihr lediglich ihren Arbeitsplatz gezeigt: „Man hat mit keinem Wort erwähnt, was das ist, was ich da mache. Ich habe halt meine Arbeit gemacht." 3.000 bis 3.600 Überspannungsableiter pro Tag war der Akkord für sie und die anderen etwa 49 Frauen einer Schicht. „Es sind zwei Metallstifte, die mit einem Keramikteil verbunden sind. An einem Metallende ist ein radioaktives Pünktchen, das Promethium 147 enthält." Mit zwei Pinzetten beförderte sie jeden einzelnen Ableiter von einer Ablage rechts neben ihr in den direkt vor ihr stehenden Einschmelzofen. Danach wurden die Ableiter in Schachteln getan.

Diese Bewegung der unverschmolzenen Ableiter wirbelt lose haftende Promethium 147-Teile auf. Dadurch gelangt radioaktiver Staub in die Luft, dessen Konzentration mit jedem bearbeiteten Ableiter ansteigt. So wundert es nicht, daß B. Lehmann bereits nach einer dreiviertel Stunde Arbeitszeit an den Händen der Arbeiterinnen eine Staubkonzentration (Hautkontamination) vorfand, die bei dem Hundert- bis Zehntausendfachen des Zulässigen lagen.

„Manchmal sind einige Teile kaputtgegangen oder 'runtergefallen, dann hat man nicht daran gedacht, sie mit der Pinzette aufzuheben, sondern sie einfach mit den Händen genommen oder mit den Schuhen zertreten", berichtet Gülseren. Die Frauen kannten nicht einmal das Zeichen für Radioaktivität außen an der Tür: „Es war halt ein schwarzes Zeichen auf gelbem Untergrund."

Ich unterstelle, daß die Abteilungsleiter und Meister bei Siemens im Gegensatz zu den Türkinnen die Strahlenschutzfibel kennen und wissen, daß „das direkte Anfassen radioaktiver Stoffe mit den Fingern. . . unter allen Umständen vermieden werden muß". Immerhin stammt diese Strahlenschutzfibel, die die Schutzmaßnahmen für die Betriebe zusammenfaßt, aus dem Jahre 1974 (fünfte überarbeitete Auflage).

Auch bei Stoffen mittlerer Radioaktivität nimmt die Strahlenintensität zu, wenn man sich der Strahlenquelle nähert. Das Berühren des Radioisotops verzehntausendfacht die Intensität der Strahlung und begünstigt, daß radioaktive Stoffe in den Körper aufgenommen werden. Laut Strahlenschutzfibel gibt es Vorschriften, die verlangen, „daß jede Arbeitskraft, die durch den Umgang mit Strahlen gefährdet ist, über die Risiken, die Arbeitsmethoden und die zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen zu unterrichten ist. Diese Belehrungen sind halbjährlich zu wiederholen, da bei längeren routinemäßigen Arbeiten die mögliche Gefährdung oft vergessen oder unterschätzt wird." Gülseren erzählt: „Wenn bekannt wurde, daß Leute mit dem Geigerzähler messen kommen, wurde vorher gründlich saubergemacht. Wenn die Meister sagten: ,Die kommen messen, mach' mal sauber', haben wir saubergemacht." Wenn die Türkinnen sich selbst gefährdeten, erhielten sie keine Kommandos, keine Verbote.

„Die meisten von uns haben ihre Beutel voller Lebensmittel mit in den Raum genommen und über ihren Arbeitsstuhl gehängt, weil wir nicht soviel Zeit hatten." Und: „Einige Frauen haben ihre eigenen Pinzetten, um sie nicht zu vergessen, in den Schrank reingetan, wo auch die Lebensmittel drin waren."

Die Türkinnen können die Strahlenschutzfibel nicht lesen, in der es heißt: „Werden offene radioaktive Stoffe benutzt, so müssen zusätzliche Abschirmungen gegen die Aufnahme der Stoffe in den Körper getroffen werden. Dazu zählen besonders hergerichtete Räume, die, soweit wie nur irgendmöglich, staubfrei zu halten sind und gute Be- und Entlüftung haben müssen. . . essen, trinken, kauen und rauchen ist im Arbeitsraum streng verboten."

„Die Arbeitsschürzen haben wir mit nach Hause genommen und mit der üblichen Wäsche gewaschen. Genauso behielten wir die Schürzen an, wenn wir

mal in andere Räume gingen oder in die eine Etage tieferliegende Garderobe. Die Frauen aus den Nebenräumen, wo nicht mit Ableitern gearbeitet wurde, gingen bei uns ein und aus: was zu bringen oder abzuholen. Sie haben es mit bloßen Händen genommen oder hingebracht."

Bei einer Türkin wurde, nach B. Lehmann, unter den Fingernägeln eine Aktivität gemessen, die nach den Richtlinien der Internationalen Atomenergiekommission ein Fünftel über der maximal zulässigen Konzentration lag. Es war unvermeidbar, daß über die Essenszubereitung Radioaktivität in die Mägen anderer Familienmitglieder gelangte. Auch das Abwaschwasser hatte sie nicht wegspülen können, denn noch am anderen Tag waren die hohen Konzentrationen nachweisbar.

Dagegen schreibt die Strahlenschutzfibel ausdrücklich vor: „Radioaktive Stoffe dürfen nicht versehentlich aus den Räumen verschleppt werden. Die im Arbeitsraum benutzte Arbeitskleidung soll in einem besonderen Garderobenschrank aufbewahrt werden und keinen Kontakt mit der sonstigen Kleidung bekommen. Vor dem Verlassen des Arbeitsraumes muß möglichst eine Kontrolle auf Entfernung aller radioaktiven Restteilchen von den Händen erfolgen. Während der Arbeit sind andere Einrichtungen wie z.B. Lichtschalter, Wasserhähne, Meßgeräte, Werkzeuge, nicht direkt mit den beschmutzten Handschuhen, sondern unter Zuhilfenahme von Papiertaschentüchern anzufassen.

Gülsener Özener hat drei Jahre lang in der Fertigung gearbeitet und war, als sie die Arbeit begann, gesund. Ihre Gesundheit verschlechterte sich dann sprungartig. „Es hat angefangen mit einer sehr großen Müdigkeit. Ich war nicht einmal in der Lage, ein Teeglas anzuheben. Und ich war zu schwach, um die Einkaufstüten zu tragen. Einmal bin ich sogar, als ich beim Arzt ankam, in Ohnmacht gefallen. Dann bekam ich Atembeschwerden und sehr starken Haarausfall. Innerhalb einer sehr kurzen Zeit habe ich 8 kg abgenommen. Ich habe viel geweint und Angst vorm Sterben gehabt. Der Arzt stellte Anämie fest und eine Schrumpfung der Nieren. Erst habe ich versucht, mich selbst zu kurieren. Ich habe mich gesund ernährt, um mein Blutbild wieder in Ordnung zu bringen. Ich habe Reisen in die Türkei unternommen, um mich in der Sonne zu erholen."

Der Betriebsarzt, der sie seit 1973 alle halbe Jahre regelmäßig untersuchte, kreuzte im Mai 1976 die Rubrik „befristet nicht geeignet" und im September 1976 „dauernd nicht geeignet" an. Auf den Untersuchungsbögen steht auch etwas über die Ursache der Gefährung: „Montieren im radioaktiven Bereich."

„Wir wurden zum Betriebsarzt hingeschickt und wir sind auch hingegangen. Es war halt eine Gesundheitskontrolle." Es fällt richtig auf, wie gut diese gesetzlich geforderte ärztliche Überwachung eingehalten wurde. Doch ist es dann nicht mehr überraschend, wenn man bedenkt, wie oft die Frauen gerade in dieser Abteilung krank waren und fehlten. Allein in der Zeit, die Gülseren Özener bei Siemens arbeitete, wurde dreißig von fünfzig Frauen gekündigt. „Als ich mich unwohl fühlte, hat man mir nicht gesagt, daß ich da nicht weiter arbeiten darf. Erst als ich sehr, sehr krank war, sagte man mir, daß es nicht mehr geht." Gülseren Özener erhielt ihre Kündigung im März 1977, als sie krankgeschrieben war.

„Als ich das erste Mal im Krankenhaus war, habe ich die Ärzte gefragt, warum ich überhaupt nicht aufgeklärt worden bin über die Gefährlichkeit meiner Arbeit. Ich hatte endlich die Gelegenheit, einer Dolmetscherin zu erzählen, daß bei Siemens niemand weiß, was das für eine Arbeit ist." Später hat sie erfahren, „daß die Chefs die Frauen zusammengerufen hatten und ihnen weismachen wollten, daß sie keine Angst zu haben brauchen, weil es hier nicht gefährlich sei." Auf die Einwände der Frauen, daß Gülseren aber krank sei, „bekam der Chef einen roten Kopf und behauptete, daß ich schon vorher krank gewesen sei." Anschließend verlangte er eine Unterschrift von den Arbeiterinnen, daß sie auf die Radioaktivität aufmerksam gemacht worden seien. „Hier gibt es ein bißchen Radioaktivität, jetzt wißt ihr es – nun unterschreibt mal." Den Frauen, die sich weigerten, mit ihrer Unterschrift die Verstöße gegen die Schutzbestimmungen bei Siemens zu billigen, wurde die Kündigung angedroht. Als das nichts half, überredete man sie bei Kaffee und Kuchen.

Nach 1975 haben die Frauen rote Arbeitskittel erhalten, für die sie getrennte Schränke benutzen können. Im Waschraum und im Arbeitsraum wurden Meßgeräte installiert, die grün, gelb und rot aufleuchteten. Gelb war das Zeichen für Händewaschen. Es ist vorgekommen, daß Arbeiterinnen, die direkt vor der „Geigermaschine" ausgeatmet haben, die Alarmklingel auslösten.

Die Filmplaketten, die bisher nur die Meister trugen, wurden nach und nach eingeführt. Die Filmplaketten werden durch Strahlung geschwärzt. Aus dem Grad des Schwärzens läßt sich dann auf die Dosis der Strahleneinwirkung schließen. Sie zeigen jedoch nur die Körperoberflächenkonzentration an, nicht aber die inkorporierte Dosis. „Die Arbeiterinnen wußten auch hier nicht so genau, was es ist. Sie haben sich darüber gefreut, weil sie jetzt dieselben Plaketten wie die Meister tragen durften."

Noch im August 1977 zeigten per-

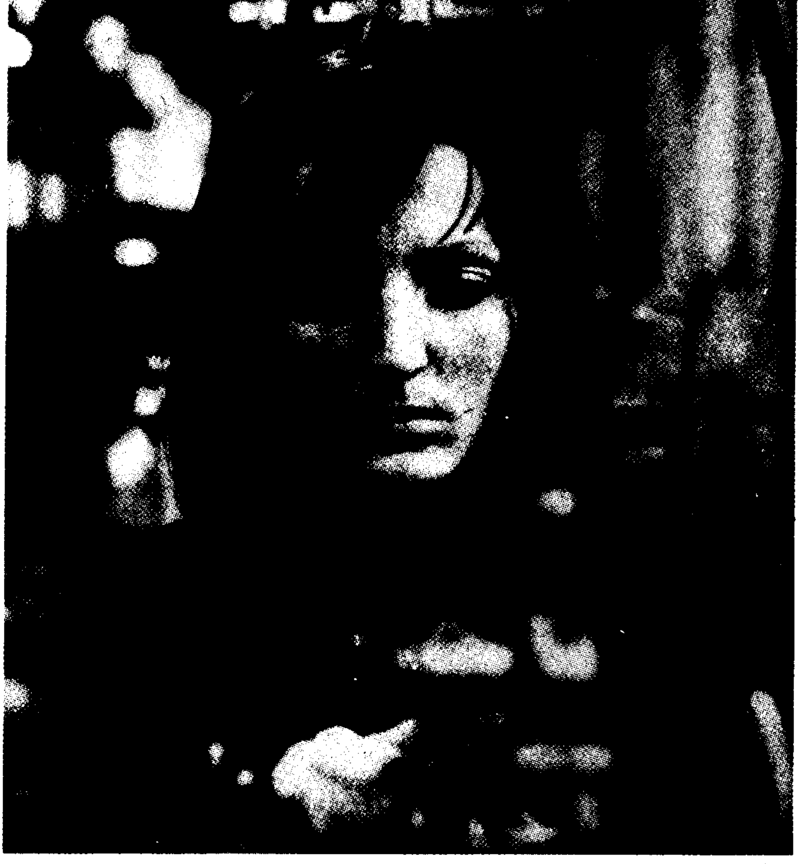


Foto: T. Oberheitmann

Frauenarbeit – Leichtlohngruppe (Postkartenserie).

	Zählrate (cpm)	max gemessene Radioaktivität (nCi/cm^2)	geschätzte Gesamt Radioaktivität vor 2 Jahren (nCi)
- Rock (hellblau) vorderer Teil	31000	0,65	1200
- Kleid (dunkelblau) vorderer Teil	20000	0,42	
+ Gürtel	4500	0,09	
- Schuhe (Stoff)	6000	0,13	
- Bluse (kariert)	4000	0,08	
- Bluse (grün) Ärmel	2000	0,11	
- Kittel	1000	0,01	
- Lederteile	1000	0,01	
-Schuhe (Leder)	1000	0,01	

sönliche Kleidungsstücke, die Gülseren Özener bereits mehrmals gewaschen hatte oder fast zwei Jahre nicht mehr getragen hatte, starke radioaktive Strahlung auf. Ein hellblauer Rock strahlte – statt der als „normal" geltenden 500–31.000 Impulse pro Minute aus, bei Stoffschuhen waren es 6.000 (s. Abbildung).

Ungefähr seit drei Monaten fühlt sich Gülseren Özener etwas besser. Sie ist immer noch sehr nervös und hat noch stechende Schmerzen an der Seite. 1977 hat sie, weil sie sich im klaren über die Folgen war, einen Schwangerschaftsabbruch durchgeführt. Danach hat es vier Monate gedauert, bis sie wieder einen normalen Zyklus hatte. Die vielen Ärzte, die sie begutachteten, bescheinigen ihr, daß sie zwar zu jenem Zeitpunkt krank war, daß es ihr heute aber wieder gut gehe. Mir sagte sie, daß sie ihre frühere Kraft und Energie noch nicht wieder zurück hat.

Gülseren Özener klagt gegen Siemens, weil sie davon überzeugt ist, daß sie durch ihre Tätigkeit in der Ableitereinschmelze an Anämie erkrankte. Die Diagnosen, die ihr ihr Hausarzt und die Ärzte im Paulinenkrankenhaus und im Krankenhaus Westend stellten, reichen inzwischen nicht mehr aus. Es ist ein hämatologisches Fachgutachten angefordert, das die Frage klären soll, ob es sich bei ihrer Blutkrankheit um Anämie oder Eisenmangel handele. Zudem läuft seit Dezember 1977 ein Berufskrankheitsverfahren, in dem überprüft wird, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen ihrer Krankheit und ihrer Tätigkeit bei Siemens bestehe.

Der Strahlenschutzbeauftragte von Siemens hat im August 1978 ein Informationsblatt verteilt. Darin wird dargestellt, daß die Ableitereinschmelzabteilung nach dem „modernsten Stand der Technik" ausgerüstet sei. Die Abteilung verfüge über kontaminationssichere Wascheinrichtungen, Schleusen, Kittel, Arbeitsschutzräume, Hand- und Fußmonitore mit Alarmeinrichtungen. Über die Gefährdung durch Radioaktivität gäbe es mehrsprachige Informationsblätter.

Diese Maßnahmen können meine Bedenken nicht ausräumen, die durch Aussagen wie dieser aus der Strahlenschutzfibel aufrechterhalten werden: „Mit zunehmender Kenntnis der biologischen Strahleneinwirkungen hat sich im Laufe der letzten Jahre die zulässige Strahlendosis pro Jahr für den Menschen laufend verringert: betrug sie im Jahre 1934 noch 100 Rem/Jahr, so gilt heute die 1956 festgesetzte Dosis/Jahr von 5 Rem."

Gülsener Özener macht sich Sorgen um die Frauen bei Siemens, die aus Angst um ihre Existenz schweigen. „Wir müssen da arbeiten, wovon sollen wir sonst leben." Sie fordert für alle Frauen, die dort arbeiten, ein Fachgutachten über ihre Gesundheit. Schlaflose Nächte bekommt Gülsener Özener, wenn sie daran denkt, daß sie allein gegen Siemens kämpft. Doch die andere Angst, die vor den Schäden durch Radioaktivität, ist größer. Der Tod ihrer Kollegin Fatma Bülbül geht ihr nicht aus dem Kopf und sie fürchtet, daß sie sterben könnte, bevor sie die Klage gewonnen hat.

Christa Müller
In Zusammenarbeit mit Gülseren Özener und Sema Poyraz, die übersetzte.

Nachtrag der Redaktion:
Der Prozeß läuft noch, ein Urteil ist noch nicht ergangen. Angeblich soll Prof. Scheer in der mündlichen Verhandlung als Gutachter gehört werden. Die Situation für die betroffenen Arbeiterinnen hat sich also nicht geändert. Red.

Prof. Dr. J.Scheer
UNIVERSITÄT BREMEN
Fachsektion Physik

AZ.: Projekt Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz

28 BREMEN 33, DEN 11.12.72
ACHTERSTRASSE
POSTFACH
TEL. [illegible]

UNIVERSITÄT BREMEN, 28 BREMEN 33, POSTFACH

Herrn
Dipl.-Ing. Schmölling
Strahlenschutzbeauftragter beim
Senator für Arbeit und Soziales
1 Berlin Charlottenburg
An der Urania

GUTACHTEN
von Prof.Dr.J.Scheer
-Universität Bremen-
Darin wird die RADIOAKTIVE VERSEUCHUNG anhand von Proben nachgewiesen !

Sehr geehrter Herr Schmölling!

Ihrem Wunsche entsprechend übersende ich Ihnen die folgende

Gutachtliche Stellungnahme zur Kontamination mit Pm^{147}.

Von Herrn Dipl.-Phys.B.Lehmann erhielt ich einige Proben,bei denen Verdacht auf radioaktive Kontamination mit Pm-147 vorlag.
Es handelt sich um Staubfilter,Putzwasserproben sowie körnigen Aufwisch-Schlamm.
Wir haben diese in der hiesigen Fachsektion mithilfe eines fensterfreien Methandurchflußzählers untersucht und kommen zu folgenden Resultaten,die aufgrund noch anzubringender Korrekturen auf Selbstabsorption in jedem Fall als untere Grenzwerte aufzufassen sind.

Aus der gefundenen Radioaktivität der Wasser - und Schlammproben verbunden mit den Angaben über die Herkunft (30 m^2 nichtaktiven und nichtüberwachten Gebietes) folgt eine mindestens 10 fache Überschreitung der maximal zulässigen Flächenaktivität von $10^{-10} C\ cm^{-2}$, die von der IAEA für Isotope hoher Toxizität,zu denen Pm^{147} zählt, festgelegt wurde.

Aus der Aktivität der Staubfilter und den angegebenen Durchsatzmengen folgt eine Luftkonzentration,die nur um eine knappe Größenordnung unter der lt.I.Strahlenschutzverordnung maximal zulässigen Konzentration von $2.1o^{-14}$ C cm^{-3} liegt.

Somit bestätigen unsere Befunde die Ergebnisse,die Herr Lehmann in seinem beachtlichen und gründlichen Report vom 6.11.72 über"Gefahren durch radioaktives Promethium" vorgelegt hat.
Besonders bedenklich scheint mir die unkontrollierte Kontamination außerhalb des zu überwachenden Gebietes,aber auch die geschilderten Zustände in Labor und Fertigung stehe ich nicht an als skandalös zu bezeichnen.
Besonderen Hinweis verdient die Tatsache,daß Pm vorzugsweise durch Einatmen inkorporiert wird und daß etwa ein Zahntel der aufgenommenen Menge im Knochen deponiert wird.Die besondere Gefährdung gerade bei der Arbeit mit Pm-haltigem Staub liegt auf der Hand.Bei schwangeren Frauen kommt eine spezielle Gefährdung des Embryo hinzu,wobei die biologische Wirkung noch keineswegs genügend geklärt ist,weswegen zu besonderer Vorsicht zu raten ist.
Aus diesem Grund ist zusätzlich zu dem von Herrn Lehmann vorgeschlagenen Monitor ein tragbarer Staubmonitor mit Saugöffnung in der Mundgegend zu empfehlen.

„Wir brauchen nicht Hilfe, wir brauchen Mitmachen"

Türkische Frauen in Berlin

Die besonderen Schwierigkeiten, denen ausländische Frauen in der Bundesrepublik ausgesetzt sind, kommen in der Diskussion um Probleme von Arbeitsemigranten meist zu kurz. Im folgenden drucken wir daher ein Interview mit Cornelia Mansfeld ab, die in Berlin seit Jahren Beratung und Deutschkurse für türkische Frauen durchführt. Wir hätten lieber mit türkischen Frauen selber gesprochen, doch erfordert dies langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit diesen Frauen, um eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre zu gewährleisten. Über diese Erfahrungen verfügen wir derzeit nicht.

Red.

Cornelia, Du machst in Berlin Ausländerberatung – was ist das für eine Beratungsstelle, in der Du arbeitest, was für Leute kommen da hin?

Ich habe drei Jahre in einer Beratungsstelle des Bezirksamts, d.h. der Kommunalverwaltung, Kreuzberg gearbeitet. Diese Beratungsstelle war ursprünglich im Rahmen einer Einrichtung für Elternarbeit mit Unterschichtsfamilien – in erster Linie für Deutsche – entstanden. Das Arbeitsprinzip war, daß jede/jeder mit jedem Problem in die Beratung kommen konnte, also mit juristischen, pädagogischen und psychologischen Angelegenheiten, aber auch mit Mietproblemen und Behördenschwierigkeiten. Während der Arbeit stellte sich heraus, daß die Beratungsstelle fast nur von Ausländern in Anspruch genommen wurde. Von den Ratsuchenden waren ungefähr 80 % Türken, davon wiederum 40 % Frauen. Das ist für eine Ausländerberatungsstelle ein enorm hoher Frauenanteil, der sicher dadurch erklärbar ist, daß im Beratungsteam Frauen überrepräsentiert waren. Den Türkinnen fiel es leichter, mit uns zu reden, als mit männlichen Sozialarbeitern.

Mit welchen Problemen kamen die Türkinnen zu Euch, welches waren die ersten Impulse, die Beratungsstelle aufzusuchen?

Viele von den Frauen, die in die Beratungsstelle kamen, waren bereits ziemlich „emanzipiert", d.h. zumindest äußerlich orientiert an westlichen Verhaltensnormen. (Ihr konkretes Verhalten war eine andere Sache.) Verheiratete Türkinnen, die nicht erwerbstätig waren und mehrere Kinder zu hause hatten, sind ganz selten in die Beratung gekommen, meistens in Begleitung ihrer Männer. Oft kamen Männer, ältere Söhne oder Brüder stellvertretend für solche Frauen. So gibt es Fälle, in denen Frauen wegen Ladendiebstahls angezeigt waren und Hilfe durch einen Rechtsanwalt brauchten, da haben wir die Frau gar nicht gesehen, sondern nur den Mann oder den Bruder.
Die Frauen, die zu uns gekommen sind, waren also in erster Linie, einfach ausgedrückt, schon etwas emanzipierter und waren oft auch alleinstehend. Entweder waren sie alleine nach Deutschland gekommen oder überhaupt noch nicht verheiratet, z.T. sogar ledige Mütter. Insofern war das schon eine besondere Gruppe von Frauen, die die Beratung aufsuchte.

Die Probleme, mit denen sowohl die Frauen als auch die Männer zu uns kamen, haben sich im Lauf der drei Jahre geändert. Zu Beginn unserer Arbeit wurden ungeheuer viele Schwierigkeiten mit Arbeitserlaubnis, Arbeitslosengeld und -hilfe an uns herangetragen. 1976/77 konnten wir feststellen, daß Arbeiterinnen und Arbeiter, die häufiger krank waren oder, wenn sie mit Stellen unzufrieden waren, diese öfter wechselten,
Schwierigkeiten hatten beim Bezug von Arbeitslosengeld, obwohl sie Anspruch darauf hatten. Da wurde dann einfach die Bewilligung des Antrags hinausgezögert, oder es wurden Unterlagen angefordert, die schon da waren usw. Wir hatten damals das Gefühl, daß die Behörden auf diese Weise versuchten, Arbeiter, die nicht angepaßt erschienen, loszuwerden, also das Angebot an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt krisengerecht zu halten.
Diese Probleme bestehen heute kaum mehr, weil Rechte, die die ausländischen Arbeiter haben, jetzt auch durchgesetzt werden können, nachdem es mehrere diesbezügliche Gerichtsurteile gegeben hat.
Wobei wir heute sehr viel helfen, ist das Stellen von Anträgen bei Behörden und das Ausfüllen von Formularen. Hiermit haben oft genug auch Deutsche Schwierigkeiten. Die Formulare sind fast immer in Deutsch gehalten und für die Arbeitsemigrantinnen und -emigranten deshalb nicht verständlich. Es gibt gelegentlich jetzt auch Formulare in Deutsch-Türkisch, aber auch diese sind meist noch zu schwierig formuliert.
Die Frauen haben im Unterschied zu den Männern nach einiger Zeit, in der sie Vertrauen zu uns entwickeln konnten, auch weitergehende Probleme an uns herangetragen, und zwar Schwierigkeiten in der Kindererziehung und Eheprobleme. In solchen Fällen Unterstützung zu leisten, ist ungeheuer schwierig, weil das Aufeinander-Angewiesensein von Frau und Mann durch Emigration und Tradition viel stärker ist als bei deutschen Eheleuten. Außerdem gibt es kulturelle und sprachliche Verständigungsbarrieren. Aber trotzdem lassen sich klärende Gespräche führen, klärend für die türkische und die deutsche Frau.

Kannst Du die Situation türkischer Frauen in Berlin etwas genauer beschreiben? Wie sind etwa ihre Arbeitsbedingungen, im Haushalt und in der Fabrik?

Zur Erwerbstätigkeit: zu Beginn meiner Arbeit 1976/77 waren die ausländischen Frauen vor allem in der Metallindustrie beschäftigt. In diesem Bereich finden Türkinnen heute kaum noch Arbeitsstellen, sondern inzwischen arbeiten die meisten als Textilarbeiterinnen mit Stundenlöhnen zwischen 5 und 6 Mark brutto (während in der Metallindustrie Stundenlöhne von 7 bis 8 Mark gezahlt werden), außerdem in Dienstleistungsbetrieben, also vor allem in großen Reinigungsfirmen und Wäschereien. Auch hier sind die Stundenlöhne lächerlich, sie liegen bei etwa 5 Mark. Häufig arbeiten die Frauen im Schichtdienst, vor allem in den Wäschereien. In den großen Reinigungsfirmen gibt es geteilte Dienste. Das heißt konkret, daß etwa eine Frau morgens von 5 bis 8 Uhr die ersten Büroräume reinigen muß, dann hat sie zwei oder drei Stunden Pause, hetzt nach Hause, versorgt teilweise den Haushalt, rast dann los, arbeitet in

einer Kantine eines großen Werks als Putzhilfe nochmal zwei bis drei Stunden, läuft dann wieder nach Hause und hat spätabends nochmal einen Reinigungsdienst in irgendeinem Großraumbüro. Sie arbeitet also für einen Arbeitgeber, der Putzfrauen, „Reinigungskräfte", an verschiedene Firmen verleiht. Das sind mörderische Arbeitsbedingungen!
Denn dazu kommt die Hausarbeit, die zwischendurch erledigt werden muß und die für Türkinnen, überhaupt für Arbeitsemigrantinnen, bedeutet: kleine Wohnungen und viele Kinder. Im Schnitt haben Ausländerinnen zwei bis fünf Kinder, deutsche Frauen meist nur ein, zwei oder drei Kinder. Die Wohnungen sind schlechter ausgestattet als die Wohnungen deutscher Familien. Dies nicht deshalb, weil die Arbeitsemigranten weniger Miete bezahlen wollen und deshalb schlechtere Wohnqualität in Kauf nehmen – das war vielleicht früher so, jetzt aber nicht mehr. Die meisten Emigrantenfamilien sind jetzt durchaus bereit, höhere Mieten auch im sozialen Wohnungsbau zu bezahlen, weil sie längerfristig hierbleiben möchten, sie bekommen aber solche Wohnungen nicht, das ist das Entscheidende. Nur 10 % der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau werden an Ausländer vergeben. Deshalb wohnen die meisten ausländischen Familien in schlechten kleinen Wohnungen in Kreuzberg: 1 bis 2 Zimmer, Außentoilette, Altbau, Stromleitungen, die den Anschluß von Waschmaschinen nicht immer gestatten usw. Unter solchen Bedingungen ist es natürlich viel schwieriger, einen Haushalt zu führen als in einer gut ausgestatteten Wohnung.



Weiter erschwert wird die Situation türkischer Frauen durch folgendes Problem: in Berlin hat die Elektroindustrie zuerst sehr viele Frauen angeworben, deren Ehemänner und Kinder dann später eingereist sind und hier keine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Frauen müssen also mit ihrem bekanntermaßen geringen Frauen-Verdienst die gesamte Familie ernähren. Ich kenne eine Familie mit vier Kindern, da verdient die Frau 900,– DM und muß damit Essen, Miete, Elektrizität, Heizung, Kleidung usw. für eine sechsköpfige Familie finanzieren. Deutsche Familien könnten unter diesen Umständen Sozialhilfe beantragen, denn das Sozialhilfegesetz garantiert jeder Familie ein Mindesteinkommen, den Regelunterhalt. Wenn Ausländer Sozialhilfe beantragen, ist das nach dem Ausländergesetz ein Ausweisungsgrund. Die Frau muß also auf jeden Fall mit ihrem Verdienst auskommen, selbst wenn dieser unter dem Existenzminimum liegt. Zusätzlich zu den schwierigen Arbeitsbedingungen im Haushalt und in der Fabrik ist diese Aufgabe natürlich nochmal eine immense Zusatzbelastung, die auch voll auf Kosten der Frauen geht. Lieber verzichten sie selber auf Essen, als ihren Kindern weniger zu geben. In den Frauen kulminieren diese ganzen Probleme, weil Frauen zuständig sind für das Wohlergehen der Familie.

Was sind die grundlegenden Probleme in der Kindererziehung, mit denen türkische Frauen die Beratungsstelle aufgesucht haben?

Zu diesen Fragen habe ich nur einen eingeschränkten Einblick. Eine Lehrerin, die türkische Kinder unterrichtet, könnte da sicher mehr erzählen. Was ich immer wieder erfahre: es fällt den Frauen ungeheuer schwer, die Ausbildung ihrer Kinder zu planen, weil sie nicht wissen, wie lange sie in der Bundesrepublik oder in Berlin noch Arbeit finden können, wie lange sie noch gebraucht werden. Wenn sie erst mal arbeitslos sind, und das über ein Jahr hinweg – bis zu einem Jahr haben Arbeitsemigranten Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe –, dann ist ihre hiesige Existenz nicht mehr gesichert, dann müssen sie zurück. In der Türkei ist ihre Existenz zwar genausowenig gesichert, aber trotzdem werden sie aus der Bundesrepublik praktisch rausgeworfen, und damit sind natürlich auch die Möglichkeiten für ihre Kinder, hier eine Ausbildung zu erhalten, beendet.
Ein weiteres Problem für die Mütter ist folgendes: selbst wenn sie sich einen langfristigen Aufenthalt in der Bundesrepublik wünschen und ihre Kinder entsprechend deutscher Norm erziehen wollen, sind sie damit konfrontiert, daß sie als Ausländer in der Bundesrepublik diskriminiert sind, d.h. ihre Kinder für eine Gesellschaft erziehen, die diese Kinder ablehnt. Daraus entwickeln sich zahlreiche Konflikte.
Ein Indikator, wie sich Mütter zu diesen Schwierigkeiten verhalten, ist vielleicht die Spracherziehung. So kenne ich einige Mütter, die mit ihren Kindern konsequent türkisch reden, und andere, die mit ihren Kindern deutsch reden, ohne diese Sprache selbst richtig zu können. So lernen die Kinder selber auch nicht korrekt Deutsch, ihre Muttersprache verlernen sie aber auch und werden so zu Analphabeten in zwei Sprachen, wie das mal genannt wurde. Die Schule kann diese Entwicklung nicht aufhalten, weil zumindest in Berlin die Ausbildungsbedingungen für türkische Kinder derart miserabel sind, daß sie weder deutsch noch türkisch richtig lernen können.
Ungeheuer große Probleme entstehen in der Pubertät und wenn die Kinder ins heiratsfähige Alter kommen. Sie sind unterschiedlich für Mädchen und Jungen.
Jungen werden oft mit jungen Frauen aus der Türkei verheiratet, etwa während eines Sommerurlaubs. Diese jungen Frauen kommen dann aus kleinen anatolischen Dörfern ganz neu in die Bundesrepublik. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn ein Jugendlicher, der seit seinem 5. oder 10. Lebensjahr in der Bundesrepublik gelebt hat, hier groß geworden ist, die Schule besucht hat, hier Arbeit sucht (und meist nicht findet), sich an deutschen Normen orientiert, wenn so ein Jugendlicher mit einem türkischen Mädchen vom Land verheiratet wird. Diese Ehen sind meistens durch die Eltern gewollt, manchmal auch erzwungen. Die jungen Männer wehren sich aber nicht dagegen, weil sie es als vorteilhaft ansehen, eine Frau zu haben, die gelernt hat, zu gehorchen und Hausarbeit widerspruchslos zu verrichten. Oft haben diese jungen Männer noch eine deutsche Freundin neben der Ehefrau, wodurch ungeheure Konflikte entstehen können, die auch oft in Mißhandlungen ausarten. Diese Fälle werden ganz selten öffentlich, weil die jungen Frauen keine andere Möglichkeit sehen, als dies alles zu ertragen. Fast immer wollen sie nicht in die Türkei zurück, denn die wirtschaftliche Situation in ihrer Heimat, z.B. die Inflation und die hohe Arbeitslosigkeit, macht es für die dort lebenden Frauen immer schwerer, Lebensmittel und Kleidung für Kinder und Mann zu beschaffen. Aufenthaltsrechtlich sind diese nach Deutschland gezogenen Frauen aber abhängig von ihren Ehemännern, d.h. sie bekom-

men ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, wenn sie nicht mit ihrem Mann verheiratet bleiben. Erst nach fünf Jahren erwirbt sich eine solche Frau einen eigenen Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis. Außerdem besteht für die Frau auch kein Anspruch auf Arbeitserlaubnis, sie ist abhängig vom Geld ihres Mannes.



Bei den Mädchen der „zweiten Generation", die in der Bundesrepublik aufwachsen, sieht es anders aus als bei ihren Brüdern. Sie werden von ihren Eltern nach türkischen Vorstellungen erzogen, d.h. sie müssen bedingungslos enthaltsam leben, dürfen keine Freundschaften mit Jungen schließen, auch nicht mit Jungen über die Straße gehen, spätestens ab 10 Jahren ist der Umgang mit Jungen völlig verboten. Diesen Moralvorstellungen total entgegengesetzt sind die Bedingungen in der Schule, wo die türkischen Mädchen ständig mit Jungen konfrontiert werden. Wenn mehrtägige Ausflüge organisiert werden, dürfen die türkischen Mädchen oft nicht mitfahren. Aus diesen unterschiedlichen Bedingungen in Familie und Schule entstehen oft schwere familiäre Konflikte, die teilweise dazu führen, daß die Mädchen nicht mehr in die Schule gehen dürfen, oder daß sie mißhandelt werden, wenn die Eltern oder ältere Brüder vermuten, daß das Mädchen Freundschaften mit Jungen hat. Auf der anderen Seite hat das türkische Mädchen ständig deutsche Schulkameradinnen vor Augen, die weniger Schwierigkeiten haben, Freundschaften mit Jungen auszuleben und die oft auch eigene Berufsvorstellungen entwickeln. Auch letzteres bekommen türkische Mädchen häufig von ihren Eltern verboten, aus Angst, daß sie nicht mehr als Jungfrau verheiratet werden können.

Diese problematische Situation führt häufig dazu, daß Mädchen mißhandelt werden, daß sie nach 10 Jahren Aufenthalt hier von den Eltern in die Türkei zurückgeschickt werden, daß sie ganz schnell verheiratet werden. Die Widersprüche zwischen der türkischen und der deutschen Welt sind für Mädchen viel schwerer zu ertragen als für Jungen. Die Mädchen versuchen sich zu wehren, reißen von zu Hause aus und wollen freiwillig in ein Heim gebracht werden, sie gehen auf Trebe oder auf den Strich. Die Zahl der Selbstmordversuche und Selbstmorde bei den türkischen Mädchen der zweiten Generation steigt ständig.
Ich möchte als Beispiel von zwei Frauen erzählen, die ich kenne. Ein geschiedener 36jähriger Mann mit einem 11jährigen Sohn holt sich nach seiner Scheidung eine neue Frau aus dem Nordosten der Türkei. Diese Frau war bei der Heirat 17 Jahre alt, Analphabetin und völlig hilflos den Lebensbedingungen in der Bundesrepublik ausgesetzt, somit von ihrem Mann in jeder Hinsicht total abhängig, aufenthaltsrechtlich und bei jeglichem Umgang mit Menschen, mit Behörden usw. Auch auf die Unterstützung des 11jährigen Sohnes, der kaum jünger war als seine neue Mutter, war sie stark angewiesen. Trotzdem wollte diese Frau nicht zurück in die Türkei, weil sie aus einem völlig verarmten Dorf kam und ihr der Aufenthalt in der Bundesrepublik immer noch als Verbesserung ihres Lebensstandards erschien.
Die zweite Frau, von der ich erzählen will, ist ein sehr intelligentes 16jähriges Mädchen, das fließend deutsch spricht. In ihrer Familie spielt der ältere Bruder eine sehr restriktive Rolle: als sich herausstellte, daß das Mädchen platonisch mit einem Jungen befreundet war, durfte sie eine Woche nicht zur Schule gehen und sollte die Schule auf Wunsch ihres Bruders auch nach der 8. Klasse verlassen – das ist rechtlich zum Glück nicht mehr möglich. Das Mädchen darf aber an keinem Schulausflug mehr teilnehmen, kommt außerhalb der Schulzeit kaum aus dem Haus, wird immer mehr von anderen Jugendlichen isoliert und hat bereits zwei Selbstmordversuche hinter sich. Das ist kein Einzelfall!

Wie verhält sich die Beratungsstelle in solchen Fällen? Glaubst Du, daß Beratung in einer solchen Situation überhaupt positive Funktionen erfüllen kann?

Ein Grund, weshalb ich die Arbeit in der Beratungsstelle jetzt aufgegeben habe, liegt darin, daß diese Beratung eine absolute Sisyphosarbeit ist. In den drei Jahren, in denen ich Ausländer beraten habe, konnte ich sehen, daß sich die Situation in den ausländischen Familien ständig verschlechtert. Während meiner Arbeit habe ich das Schicksal von etwa 20 Familien intensiv und kontinuierlich verfolgt. Bei ein oder zwei dieser Familien kann ich sagen, daß sich ihre Situation ansatzweise verbessert hat. Bei einigen ist sie erträglich geblieben. Bei den meisten aber gab es zunehmend materielle Notlagen, die immer häufiger zu psychosomatischen Erkrankungen führten und damit zu neuer materieller Not, ein Teufelskreis. Meine Arbeit war ein Wassertropfen auf einen heißen Stein, und deshalb konnte ich sie nicht länger ertragen.
Im Rahmen einer Beratungsstelle sehe ich wenig Möglichkeiten, die Situation der ausländischen Familien grundlegend verbessern zu helfen. Für mich habe ich die Konsequenz gezogen, daß alle Leute, die Erfahrungen mit Ausländerinnenarbeit haben, ihre Erfahrungen öffentlich machen müssen, um ein breites Bewußtsein über dieses Elend zu schaffen.
Außerdem möchte ich neue Ansätze in der Ausländerinnenarbeit versuchen, die dazu führen sollen, daß Mütter – d.h. die Frauen der ersten Generation – sich in Gruppen zusammenfinden und gemeinsam reflektieren, was ihr Leben bisher war, und auf diese Weise ein bißchen Abstand zu ihren Lebensbedingungen bekommen und damit auch neue Formen, sich den Problemen zu stellen, entwickeln können. Auch für türkische Mädchen halte ich das für eine notwendige Arbeitsform. Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik mit Ausländerinnen muß meiner Meinung nach einen intensiven Dialog zwischen Müttern und Töchtern auszulösen suchen.

Das heißt auch, man müßte wegkommen von der Praxis der Einzelberatung, wie sie von vielen Ausländerbetreuungsorganisationen durchgeführt wird?

Ganz bestimmt. Wir haben in der Beratungsstelle nie Einzelberatung, sondern immer Gruppenberatung durchgeführt, in dem Sinn, daß alle Leute an einem großen Tisch gesessen und gewartet haben. Wir haben dann der Reihe nach den Leuten bei ihren Problemen geholfen. Auf diese Weise haben alle mitgekriegt, was die Schwierigkeiten waren und konnten teilweise auch ihre eigenen Erfahrungen einbringen und haben so gelernt, sich in vergleichbaren Situationen, die sie selbst erleben, zu verhalten.
Diese Form der Beratungspraxis wurde als positiv empfunden und hatte auch teilweise eine Treffpunktfunktion für die Besucherinnen und Besucher. Wenn es persönlicher wurde, z.B. Ehe- und Beziehungsprobleme zur Sprache kamen, hatten wir aber immer noch einen Extra-Raum und auch eine kleine Sitzecke im Abseits. Häufig entstanden dann kleine Gruppen von Frauen, die diese Dinge gemeinsam besprachen. Als Beraterinnen waren wir dann oft überflüssig, wir nahmen als Frauen an diesen Gesprächen teil.

Kannst Du noch ein bißchen konkretisieren, was Du an Möglichkeiten siehst, daß türkische Frauen, wie Du es ausdrückst, lernen, sich ihren Lebensbedingungen mehr zu stellen? Kennst Du Ansätze von Selbst- oder Nachbarschaftshilfe? Weißt Du von Gesprächskreisen oder ähnlichem, die türkische Frauen organisieren, um nicht mehr in allen Schwierigkeiten auf die Beratungsstelle oder irgendwelche Sozialarbeiter angewiesen zu sein? In welchen Bereichen unterstützen sich die Türkinnen schon jetzt gegenseitig?

Nach meinen Erfahrungen unterstützen türkische Nachbarinnen sich sehr viel stärker als deutsche Frauen das tun. Dabei knüpfen sie an die türkischen Traditionen des Zusammenlebens der Frauen an. In der Türkei wie in allen islamischen Ländern ist die Gesellschaft ja stark getrennt in einen Frauen- und einen Männerbereich. Innerhalb des Frauenbereiches findet für die Frauen der größte Teil von Kommunikation, von zwischenmenschlichen Beziehungen, sogar Zärtlichkeit statt, wesentlich mehr jedenfalls als zwischen Männern und Frauen. Normalerweise werden diese Beziehungen durch die Emigration zerstört – ein Grund, weshalb Ausländerinnen oft isoliert leben. In der türkischen Sozialstruktur im Südosten Kreuzbergs hat sich diese Frauengemeinschaft aber in Ansätzen erhalten bzw. neu entwickelt. Die türkischen Frauen, die dort leben, haben es deshalb auch ein ganzes Stück besser als türkische Frauen, die recht vereinzelt in einer sonst deutschen Umgebung leben. In Kreuzberg gibt es ja faktisch eine türkische Subkultur, von daher bestehen für die dort lebenden türkischen Frauen bessere Kommunikationsmöglichkeiten als in anderen Berliner Stadtteilen.



In Kreuzberg existiert auch eine Initiative von türkischen und deutschen Frauen, die an das Leben der Frauen in türkischen Dörfern anknüpft, das ist der „Treff- und Informationsort für türkische Frauen", ein kleiner Laden, der nur für (türkische) Frauen zugänglich ist. Hier wird Beratung zu den gleichen Problemen, die wir auch in der Beratungsstelle vom Bezirksamt bearbeitet haben, angeboten, außerdem gibt es Deutsch- und Alphabetisierungskurse und schließlich ein sonntägliches Frühstück, wo die Frauen sich treffen und erzählen können, ähnlich wie die Treffen mit Nachbarinnen, die in türkischen Dörfern, Kleinstädten und den Zuwandererviertel der großen Städte üblich sind.

Wieviele Frauen kommen in diesen Laden, wieviele arbeiten dort regelmäßig bzw. nutzen das Gesprächs- und Bildungsangebot?

Im Laden haben wir bisher alle nebenberuflich in unserer Freizeit gearbeitet, sowohl die Türkinnen, die meist Arbeiterinnen und Studentinnen sind, als auch die deutschen Frauen, die meist über Sozialarbeit angefangen haben, mit Türkinnen zu arbeiten. Deshalb hatten wir bisher im Laden nur sehr beschränkte Möglichkeiten. Dennoch wird der Deutschkurs von etwa zehn Frauen regelmäßig besucht. Auch der Deutschkurs hat übrigens die Funktion, nicht nur die deutsche Sprache zu lernen, sondern sich auf deutsch über die Lebenssituation zu unterhalten, Rollenspiele zu machen usw. Zur Beratung kommen so viele Frauen, daß wir die Arbeit gerade schaffen. Dabei haben wir den Laden bisher weiter gar nicht bekannt gemacht im Stadtteil, sondern haben einfach Frauen, die wir aus anderen Bereichen kannten und dort nicht weiterbetreuen konnten, in den Laden geschickt. Der Rest läuft über Mund-zu-Mund-Propaganda. Ab Herbst dieses Jahres werden wir wahrscheinlich gefördert und werden dann auch mehrere Stellen fest besetzen können, dann können wir unsere Arbeit stärker ausweiten, also auch in der Öffentlichkeit über den Laden informieren.

Wie reagieren die türkischen Ehemänner auf die Möglichkeiten, die der „Treff- und Informationsort" ihren Frauen eröffnet? Habt Ihr Fälle erlebt, in denen Männer ihren Frauen verboten haben, zu Euch zu kommen?

Bisher eigentlich nicht. Wichtig ist, daß in den Laden keine Männer kommen dürfen, so gibt es für die Ehemänner auch kein Argument, ihren Frauen Besuche dort zu verbieten. Der Laden entspricht den Traditionen in der Türkei, wo sich Frauen getrennt von Männern treffen. Ich habe auch den Eindruck, daß die Ehemänner tatsächlich keine Sorge haben, ihre Frauen könnten ihnen dort abhanden kommen. Einige Frauen werden von ihrem Mann zum Deutschkurs gebracht und wieder abgeholt, aber immerhin, sie haben zwei Stunden Freiraum.

Ich möchte noch auf ein Problem hinweisen, das in den Diskussionen über die Situation von Arbeitsemigranten oft nicht beachtet wird, das ich aber wichtig finde. Ausländische Männer, die alleine in der Bundesrepublik leben, haben im allgemeinen noch Frauen im Heimatland. Diese Ehefrauen leben oft über 10 oder 15 Jahre allein und sind für die Landwirtschaft sowie für die Erziehung der Kinder zuständig.
Die Arbeitsemigration verursacht große Schwierigkeiten für diese in den Heimatländern gebliebenen „unsichtbaren" Ehefrauen. So konnte ich auf Reisen durch die Türkei feststellen, daß diese Frauen fast grundsätzlich an psychosomatischen Erkrankungen leiden, vor allem an

Kopf- und Magenschmerzen. Bei einigen, die ich kenne, gehen diese Leiden soweit, daß sie beispielsweise nicht mehr an Alphabetisierungskursen teilnehmen können, sie können vor Schmerzen nicht lernen.
Je länger die Familien getrennt sind, desto mehr haben diese Frauen Angst, daß ihr Mann nicht zurückkommt — das ist auch eine ganz reale Angst —, sondern daß er sich in der Bundesrepublik eine andere Frau sucht, womöglich eine blonde Deutsche, von den Türkinnen als Konkurrenz gefürchtet.
Dabei sind die Familien der Arbeitsemigranten aber von deren Geldüberweisungen abhängig. Selbst wenn die Frau auf einem Stück Land doppelt so viel wie vorher arbeitet, weil sie die Arbeit des Mannes mitmacht, wirft die Landwirtschaft nicht mehr genügend Erträge ab, um die Existenz der Familie zu sichern — dies war ja auch der eigentliche Grund für den Mann, auszuwandern —, so daß die Familie von den Geldüberweisungen abhängig wird.
Die Arbeit der Frau wird in dem Moment, in dem ihr Mann im Ausland Geld verdient, nicht mehr so anerkannt wie früher. Es tritt eine Spaltung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ein, die im traditionellen türkischen Dorf unbekannt war. Dort arbeiteten Frau und Mann unbezahlt, die Arbeit beider war zur Existenz der Familie lebensnotwendig und damit auch anerkannt. In dem Moment, wo der Mann anfängt, Lohnarbeit zu verrichten und die Geldüberweisungen einen wichtigen Teil der Lebenssicherung darstellen, erscheint die unbezahlte Arbeit nicht mehr als Arbeit und wird sozial herabgewürdigt.
Sehr beeindruckt hat mich ein Bericht aus einem türkischen Dorf, wonach ein Emigrant, der seine Ferien in seinem Heimatdorf verbringt, auf die Frage, warum er bei der Erntearbeit nicht hilft, antwortet: „Was soll ich jetzt arbeiten? Ich hab doch jetzt Ferien! Meine Frau arbeitet das ganze Jahr nicht, die soll das mal machen." Die gesamte Landarbeit, jedenfalls soweit sie unbezahlt geleistet wird, ist nicht mehr als Arbeit anerkannt — durchaus entsprechend den Verhältnissen in der Bundesrepublik, wo die Hausarbeit auch nicht als Arbeit anerkannt ist.

Letzte Frage: wie bist du darauf gekommen, Dich gerade mit türkischen Frauen zu beschäftigen? Was für politische Perspektiven verbindest Du als in der Frauenbewegung engagierte Frau mit der Arbeit mit Türkinnen? Siehst Du Möglichkeiten, die über eine karitative Betreuung hinausgehen, Ansätze für eine bessere Kommunikation zwischen deutschen und ausländischen Frauen hier und auch in den Herkunftsländern, Perspektiven auch für weitere Teile der Frauenbewegung?

Mich mit Türkinnen und dem Problem der Arbeitsemigration auseinanderzusetzen, war ich gezwungen, weil in die Beratungsstelle, in der ich angefangen habe zu arbeiten, hauptsächlich türkische Familien, türkische Frauen, kamen und um Rat suchten.
Ich selber habe in dieser Zeit ungeheuer viel gelernt.
Die erste ganz wesentliche Erfahrung war für mich, daß ich zu türkischen Frauen sehr viel leichter Kontakt bekommen habe als zu deutschen Frauen, weil ihr Verhalten zu anderen Frauen wesentlich weniger von Konkurrenzangst und Isolation geprägt ist als das von deutschen Frauen untereinander. Ich kann mich sehr genau erinnern, wie wir zu Anfang der Frauenbewegung mühselig damit beschäftigt waren, die Konkurrenz untereinander, die Angst voreinander abzubauen und als Frauen wieder Gruppen bilden zu können, unsere Isolation zu zerstören.
Bei den türkischen Frauen ist dies überhaupt nicht das Problem. Alle türkischen Frauen haben ganz intensive Erfahrungen mit dem Zusammenleben mit anderen Frauen. Das wird durch die Emigtation häufig gestört oder gar zerstört. Die Emigration isoliert die türkischen Frauen voneinander, aber trotzdem haben sie alle diese Erfahrungen und stehen nicht so in Konkurrenz untereinander wie dies die deutschen Frauen auch heute noch zum großen Teil tun.
Daß das so ist, liegt z.B. daran, daß türkische Frauen im allgemeinen den Mann, den sie heiraten, nicht aussuchen können. Sowohl Frau als auch Mann werden oft noch von den Eltern zwangsverheiratet, d.h. daß Liebe bei einer solchen Ehe fast nie im Spiel ist, sondern wirtschaftliche Erwägungen, ob die Frau eine gute Arbeitskraft ist, ob der Mann einen reellen Brautpreis bezahlen kann usw. Nach unseren Kriterien ist das natürlich ganz eindeutig eine Form von Unfreiheit. Aber diese Form von Unfreiheit führt auch dazu, daß türkische Frauen emotional sehr viel weniger an ihre Männer gebunden sind als deutsche Frauen, daß sie psychisch viel unabhängiger von den Männern sind und daß sie ihre psychische Stärke, ihre Stabilität hauptsächlich aus der Frauengruppe beziehen, aus der Gruppe der weiblichen Verwandten und der Nachbarinnen. Das sind Erfahrungen, die sie den deutschen Frauen bei weitem voraus haben.
Die meisten Frauen in der Frauenbewegung betrachten türkische Frauen mit sehr mitleidigen Augen und sehen sie als arme, unfreie, unterdrückte Wesen an. Dem liegt ein verkürzter Begriff von Freiheit zugrunde, bei dem die Analyse der eigenen Unfreiheit ausgespart wurde. Ich habe auch in der Türkei Frauen aus der Mittelschicht kennengelernt, die unseren Normen an Emanzipation entsprochen haben, eine Berufsausbildung hatten, erwerbstätig waren, die aber ein wesentlich geringeres Selbstwertgefühl hatten als die Arbeiterinnen und die Frauen auf dem Land, die ich kennengelernt habe, was einfach damit zusammenhängt, daß sie die Freiheit erhalten haben, sich ihren Mann selbst auszusuchen, was aber auch heißt, daß sie mit allen ihren statusgleichen Schwestern um diese Männer konkurrieren, vereinzeln, emotional abhängig von ihrem Mann werden und dadurch eine andere Form von Unterdrückung erleben, ähnlich wie die meisten deutschen Frauen.
Es war also eine wichtige Erfahrung für mich, daß türkische Emigrantinnen von ihren Männern psychisch viel unabhängiger sind, deshalb auch viel schneller die Konsequenz ziehen, sich zu trennen oder sich scheiden zu lassen, sofern sie eine Möglichkeit zur Existenzsicherung sehen. Die Scheidungsrate von Emigrantenehen ist sehr viel höher als die Scheidungsrate in der Türkei.
Daraus ergibt sich dann auch die politische Bedeutung, die das für mich hat. Ich bin der Meinung, daß türkische Frauen uns deutschen Frauen viel zu erzählen haben, und daß auf der anderen Seite deutsche Frauen auch den türkischen Frauen über ihre Erfahrungen mit Abhängigkeit und Kleinfamilien, mit Isolation und mit finanzieller Abhängigkeit von Männern sehr viel zu erzählen haben. Viele türkische Arbeiterinnen träumen davon, mit einem gut verdienenden Mann verheiratet zu sein und selbst nicht mehr erwerbstätig sein zu müssen — was natürlich bei ihren Arbeitsbedingungen auch absolut verständlich ist —, was aber nicht die Lösung des Problems ist, sondern eine Sackgasse. Das haben die deutschen Frauen mittlerweile gelernt.
Wenn türkische und deutsche Frauen ihre Erfahrungen zusammenbringen, stellt sich heraus, daß ein Dasein als Hausfrau keine bessere Lebensqualität bedeutet als doppelte Arbeit, und dann ist die notwendige Konsequenz, daß Hausarbeit endlich bezahlt werden muß. Ein Dialog zwischen türkischen und deutschen Frauen, wie überhaupt zwischen Frauen, die über unterschiedliche Lebenserfahrungen verfügen, gibt uns allen Stärke.

Rechtliche Situation von Ausländern in der BRD

Katsoulis, Haris

Bürger zweiter Klasse – Ausländer in der BRD 1978, 244 S.

Zu beziehen bei der AGG für 15,80 DM

In der Einleitung seiner Dissertation geht Katsoulis zunächst auf die geschichtliche Entwicklung des Arbeitskräfteimports ein: Im Altertum wurden durch Kriege ganze Völker versklavt. So bildeten beispielsweise in den griechischen Städten – die als Mutter der Demokratie gerühmt werden – Sklaven den Rückhalt jeglicher produktiver Arbeit. Die alten Griechen haben „ihre" Wunderwerke durch Sklavenarbeit schaffen lassen!
Nach der Eroberung Nordamerikas waren es wiederum Sklaven, die zum Reichtum der „Neuen Welt" beitrugen. Erst der Durchbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems machte deutlich, daß es unwirtschaftlich war, Sklaven zu besitzen, da diese auch in der unproduktiven Zeit, beispielsweise zwischen den Ernten, ernährt werden mußten. Die Industrie mit der „freien" Lohnarbeit hatte den Weg gewiesen: In der Zeit, in welcher die Arbeitskräfte nicht benötigt wurden, werden sie sich selbst überlassen.
In Deutschland, aus dem bis Mitte des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl von Menschen zum Arbeiten nach Frankreich, England, Amerika etc. auswandern mußten, führte erst die fortschreitende Industrialisierung in der 2. Hälfte des letzten Jahrhunderts dazu, daß der Bedarf an Arbeitskräften den natürlichen inländischen Zuwachs überstieg: Die Zahl ausländischer Wanderarbeiter stieg von ca. 200 000 1871 über 800 000 im Jahre 1900 auf ca. 1,2 Millionen in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg.
Schon „damals lag der Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung in den Bereichen, die für einheimische Arbeiter nicht attraktiv genug waren, schwere körperliche Arbeit forderten und keine besondere Ausbildung und Geschicklichkeit voraussetzten. Dies waren vor allem der Hoch- und Tiefbau, Eisenbahn-, Kanal- und Chausseebau, die Ziegelindustrie, Torfstecherei und der Bergbau. Da die ausländischen Wanderarbeiter bereit waren, weit unter den vereinbarten Tarifen zu arbeiten, unterliefen sie die Bemühungen der Gewerkschaften. Sie erfüllten damit die Funktion einer industriellen Reservearmee, was die Unternehmer wiederum veranlaßte, den Forderungen der einheimischen Arbeiter nach höheren Löhnen und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen ablehnender gegenüberzustehen." (S. 15)
Der Hauptteil des Buches befaßt sich mit dem Ausländerrecht, seinen Verfügungen, Verordnungen und Ausführungen, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden:

Möglichkeiten der Einreise und Arbeitsaufnahme

Nach dem im November 1973 von der Bundesregierung beschlossenen grundsätzlichen Anwerbestop gibt es für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten nur noch eine legale Möglichkeit, zur Arbeitsaufnahme in die BRD einzureisen: Sie benötigen einen Sichtvermerk, der bei den bundesdeutschen Konsulaten oder Botschaften in ihren Heimatländern zu beantragen ist. Die westdeutschen Auslandsvertretungen leiten die Anträge auf Erteilung eines Sichtvermerkes zur Einreise in die BRD zum Zwecke der Arbeitsaufnahme an die für den vorgesehenen Aufenthalt zuständige Ausländerbehörde weiter. Diese wiederum muß sich in Verbindung mit dem Arbeitsamt setzen, um festzustellen, ob und für welche Dauer mit der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu rechnen ist. Nur wenn dies gegeben ist und die Ausländerbehörde zustimmt, kann die Auslandsvertretung einen Sichtvermerk ausstellen, der zur Einreise und zum vorläufigen Aufenthalt berechtigt. Nach der Einreise muß der Ausländer der Behörde seinen Aufenthalt anzeigen, beim Arbeitsamt eine Arbeitserlaubnis und danach eine endgültige Aufenthaltserlaubnis beantragen, beide „Erlaubnisse" werden zunächst für ein Jahr ausgestellt.
Nach Erscheinen des Buches wurde das Arbeitserlaubnisrecht geändert. Danach können mit einer Arbeitserlaubnis problemlos lediglich EG-Bürger rechnen. Andere Ausländer, die nach dem Anwerbestop einreisen wollen, bekommen in der Regel keine Arbeitserlaubnis mehr. Die Arbeitserlaubnis wird nach Arbeitsmarktgesichtspunkten erteilt, d. h. in der Regel nur für Arbeiten, für die Deutsche nicht zu haben sind. Die Arbeitserlaubnis wird bei der erstmaligen Erteilung auf ein Jahr befristet und anschließend jeweils um zwei Jahre verlängert. Diese Arbeitserlaubnis ist an einen bestimmten Betrieb gebunden; kündigt der Ausländer oder wird er entlassen, endet mit dem Arbeitsverhältnis auch die Arbeitserlaubnis.
Unter bestimmten Voraussetzungen wird eine besondere Arbeitserlaubnis erteilt. Diese setzt in der Regel einen fünfjährigen ununterbrochenen rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland voraus. Diese Arbeitserlaubnis ist nicht mehr an einen Betrieb gebunden. Unbefristet wird die besondere Arbeitserlaubnis dann erteilt, wenn einfache Deutschkenntnisse vorhanden sind, eine „angemessene" Wohnung vorhanden ist und die Kinder der Schulpflicht genügen. Das bedeutet, daß, je eher ein Ausländer integriert ist, er um so eher auch eine sichere Stellung auf dem Arbeitsmarkt bekommt. Wer also Schwierigkeiten hat, bleibt weiterhin zur Disposition des Arbeitsamtes.
Bürger aus EG-Staaten, dies betrifft hauptsächlich die italienischen Arbeiter, brauchen zur Einreise nur ihren Personalausweis oder Paß. Wenn sie einen Arbeitsvertrag vorweisen, erhalten sie eine Aufenthaltserlaubnis von 5 Jahren (EG-Bürger benötigen keine Arbeitserlaubnis), die ohne weiteres verlängert werden kann. Auf die Aufenthaltserlaubnis haben EG-Bürger im Gegensatz zu „gewöhnlichen Ausländern" einen Rechtsanspruch!

Einreise „Illegaler"

„Die lange Wartezeit und die im Grunde nur angedeuteten Umstände bei der Anwerbung und Vermittlung sowie der Arbeitskräftedruck und die unsichere sozio-ökonomische Situation der Auswanderer in ihren Heimatländern auf der anderen Seite, das nach wie vor bestehende Interesse von Unternehmern in der Bundesrepublik an besonders billigen, rechtlosen und nicht aufmuckenden Arbeitskräften, die

jede Arbeit zu verrichten bereit sind, auf der anderen Seite, lassen das Geschäft mit der Illegalen-Vermittlung blühen, und dies trotz Konjunkturflaute und Anwerbestops." (S. 24)
Die so angeworbenen „Illegalen", z. B. diejenigen, die mit einem Touristenvisum oder über die „grüne Grenze" in die BRD zur Arbeitsaufnahme gereist sind, leben ohne Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Rentenversicherung, ohne Kindergeld, Urlaub und Rechtsschutz, oftmals fehlt ihnen gar eine feste Wohnung. In jedem Fall leben sie in ständiger Angst, entdeckt und ausgewiesen zu werden.



Illegal eingereiste Türken

Aufenthaltserlaubnis

„Die Aufenthaltserlaubnis **darf** erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der BRD nicht beeinträchtigt", heißt es im § 2 des Ausländergesetzes (AuslG). Welches die Belange der Bundesrepublik im einzelnen sind, wird im Gesetz und der Verwaltungsvorschrift (Vwv) zum Ausländergesetz nicht klar definiert. Vielmehr wird den Behörden ein erheblicher Ermessensspielraum zugebilligt, aus der sich die Ausländerbehörden einen beliebigen Grund zur Versagung der Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis herauspicken können.
„Soweit die Aufenthaltserlaubnis nicht zwingend wegen der Beeinträchtigung der Belange der BRD abgelehnt werden muß, entscheidet die Behörde nach pflichtgemäßem, der Natur der Sache nach weitem Ermessen. Hierbei sind alle einschlägigen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Außer Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, sind insbesondere auch Gründe politischer und wirtschaftlicher Art sowie Belange des Arbeitsmarktes zu beachten. Zu den Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, gehören auch solche gesundheitlicher Art." (S. 29)
Katsoulis zitiert hierzu zustimmend Rechtskommentatoren, die die Aufenthaltserlaubnis „an den Rand des Gnadenaktes gerückt" sehen (S. 28). Jeder weitere Kommentar erübrigt sich.

Auflagen und Beschränkungen

Die Aufenthaltserlaubnis kann bei ihrer Ausstellung oder nachträglich mit Auflagen und Bestimmungen versehen oder räumlich und zeitlich beschränkt werden.
Katsoulis führt als Beispiel für die bisher repressivsten Beschränkungen diejenigen auf, die gegenüber iranischen und anderen Ausländern, die als potentielle Störenfriede galten, während des „totalen Staatsbesuches" des ehemaligen Schah von Iran 1967 in der BRD verhängt wurden: Entweder wurden die Betroffenen mit Stadtarrest belegt, d. h. sie mußten sich mehrfach täglich bei der Polizei melden, oder „sie mußten zum Teil sogar ihre Wohnorte und bestimmte Regierungsbezirke (Oberbayern und Mittelfranken), d. h. ihre Arbeitsplätze, Geschäfte, Studienplätze und Familien, für mehrere Tage verlassen und dies noch auf eigene Kosten!
Die Auflagen und Beschränkungen wurden z. T. unter Androhung der Ausweisung, der sofortigen Abschiebung, einer „Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr" oder durch entsprechende Eintragungen in die Reisepässe vollzogen." (S. 34)
Die Planungen für den Staatsbesuch gingen sogar noch weiter: so wurde „ernsthaft erwogen, die als potentielle Störer erfaßten Ausländer auf einer Nordseeinsel zu internieren; speziell in München, sie im Gefängnis zu beherbergen, bis der Staatsgast wieder außer Landes wäre" (S. 34, Katsoulis zitiert hier H. H. Heldmanns Textsammlung zum Ausländerrecht von 1974).
Eine für den betroffenen Ausländer folgenschwere Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis ist die Bindung an eine bestimmte Tätigkeit oder einen bestimmten Betrieb. Der Stempel im Paß lautet dann „Die Aufenthaltserlaubnis wird ungültig bei der Aufgabe der Tätigkeit bei der Firma X." (S. 35) Dies führt dazu, daß mit dem Verlust des Arbeitsplatzes die Ausweisung droht. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß die betroffenen Ausländer aus Angst vor Ausweisung sich mit schlechten Arbeitsbedingungen und Bezahlung zufriedengeben (müssen).

Aufenthaltsberechtigung

„1. Ausländern, die sich seit **mindestens** fünf Jahren rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten und sich in das wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland eingefügt haben, **kann** (d. h. es besteht kein Anspruch darauf, Anm. und Hervorhebungen von mir) die Erlaubnis zum Aufenthalt als Aufenthaltsberechtigung erteilt werden.
2. Die Aufenthaltsberechtigung ist räumlich und zeitlich unbeschränkt und kann nicht mit Bedingungen versehen werden. Auflagen sind zulässig; sie können auch nachträglich auferlegt werden." (§ 8 AuslG)
Diese Voraussetzungen werden als Mindestvoraussetzungen von den Behörden betrachtet. Obwohl die Aufenthaltsberechtigung keine Einbürgerung darstellt, werden bei ihr gleiche gesetzliche Voraussetzungen wie bei der Einbürgerung aufgestellt. Nach einer Untersuchung von Heldmann besitzen nur etwa 0,5 % der Ausländer, für die die Voraussetzungen zutreffen, auch die Aufenthaltsberechtigung. Ausländischen Arbeitern ist in der Regel schon deswegen von der Stellung eines Antrages auf Aufenthaltsberechtigung abzuraten, weil dieser mit der Begründung, die BRD sei kein Einwanderungsland und der Betroffene mache mit seinem Antrag deutlich, daß er sich noch längere Zeit in der BRD aufzuhalten gewillt sei – dies verstößt gegen die Interessen der Bundesrepublik – abgelehnt werden und gar eine Ausweisung zur Folge haben kann.

Familienzusammenführung

Die Möglichkeit, Familienangehörige in die BRD nachkommen zu lassen, ist durch Bestimmungen erschwert worden,

so muß eine „angemessene Wohnung", ein ungekündigtes Arbeitsverhältnis u. ä. nachgewiesen werden; diese Bestimmungen sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.
Interessant ist, daß besonders der Nachzug von Familienangehörigen durch ökonomisch bedingte Gründe geregelt wird. So steht dem Interesse des ausländischen Arbeiters, seine Familie in die BRD zu holen, das Interesse des Staates gegenüber, die Folgekosten der ausländischen Arbeitskräfte möglichst gering zu halten und die Mobilität der ausländischen Arbeitskräfte möglichst hoch zu halten – bekanntlich lassen sich Arbeiter, die mit ihren Familien zusammenleben, nicht so leicht wie solche ohne Familien„anhang" entsprechend den Erfordernissen des Arbeitsmarktes verlagern.



Abreise, Istanbul

Auf der anderen Seite kann es durchaus das Interesse eines einzelnen Betriebes sein, durch den Familiennachzug „seine" Arbeiter längerfristig an den Betrieb zu binden und die nachgezogenen Familienangehörigen ebenfalls an den Betrieb als Arbeitskräfte zu binden, um so über einen festen und durch die Beschäftigung ganzer Familien besonders anhängigen Stamm ausländischer Arbeiter zu verfügen. (S. 55)
In diesem Interessenkonflikt zwischen verschiedenen staatlichen, gesamtwirtschaftlichen auf der einen und einzelbetrieblichen Interessen auf der anderen Seite wird der Familiennachzug ausländischer Arbeiter geregelt – ausgetragen auf dem Rücken der Betroffenen.
Andere Beispiele belegen die rein ökonomischen Gründe, die den Nachzug von Familienangehörigen fördern bzw. verhindern können.
So wurde einer spanischen Arbeiterin durch das bayrische Verwaltungsgericht verboten, ihren pflegebedürftigen Vater in die BRD nachkommen zu lassen, da sie zum Arbeiten und nicht zur Pflege ihres kranken Vaters hier sei. (S. 49)

Als die bundesdeutsche Zahlungsbilanz in der Rezension 1965 passiv abgeschlossen wurde, wies die Bundesanstalt für „Arbeitslosenverwaltung" (offiziell auch „Bundesanstalt für Arbeit" genannt) darauf hin, daß „sich in diesem besonderen Fall das Nachreisen der Gastarbeiter-Familien empfehle, da sie den Devisenabfluß drosselten. Löhne und Gehälter würden nicht mehr zum Familienunterhalt nach Hause überwiesen und Ersparnisse in Deutschland zur Anschaffung von Hausrat und Konsumgütern verwandt. Ein Vergleich zwischen den Geldüberweisungen in die Heimat bei Griechen, die am häufigsten ihre Familie in Deutschland haben, und jener der Türken, bei denen das am seltensten der Fall ist, bestätige das". (S. 54)

Ausweisung

Verschiedene Gründe können für den Ausländer die Ausweisung zur Folge haben: Die Inanspruchnahme oder Beantragung der **Sozialhilfe**, die im Bundessozialhilfegesetz in bestimmten Fällen auch Ausländern zusteht, kann auf Grund des § 10 des Ausländergesetzes zu einer Ausweisung führen: „Wenn er (der Ausländer) den Lebensunterhalt für sich oder seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet."
Die Gefährdung der **„öffentlichen Sittlichkeit"** durch nicht strafbares Verhalten wie Ehebruch, lesbische Liebe, Homosexualität oder „wilde Ehe" mit einer deutschen Frau, können zur Ausweisung führen.
Eine **Verurteilung** wegen eines Vergehens oder Verbrechens begründet in jedem Fall schon die Ausweisung eines Ausländers (§ 10 AuslG). In der Praxis hat es Fälle gegeben, wo ein einfacher Ladendiebstahl schon die Ausweisung zur Folge hatte. Aber auch die durch die EG-Verträge privilegierten Ausländer können ausgewiesen werden: „Wie die Rechtsprechung zeigt, kann demnach beispielsweise ein Italiener, der während seines zehnjährigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland drei Mal wegen Übertretungen und geringfügiger Vergehen zu insgesamt 465 DM Geldstrafe, ersatzweise 45 Tagen Gefängnis und einem Tag Haft, verurteilt worden war, trotz der EG-Sonderregelungen für die Dauer von 5 Jahren ausgewiesen werden." (S. 59)

„Die Ausweisung eines wegen solcher Fälle straffällig gewordenen Ausländers durch die Ausländerbehörde bedeutet im Vergleich zur deutschen Bevölkerung eine Diskriminierung, die einer Doppelbestrafung gleichkommt, da ihn dieser Verwaltungsakt – zusätzlich zu seiner gerichtlichen Strafe – auch seiner Existenzgrundlage in der Bundesrepublik beraubt. Dabei trifft ihn die Ausweisung oft viel härter als das gerichtliche Strafmaß selbst." (S. 59)

Abschiebung

„Wer keine Aufenthaltserlaubnis (§ 5) oder keine Aufenthaltsberechtigung (§ 8) besitzt, hat nach (12 AuslG die Bundesrepublik „unverzüglich" zu verlassen. Das gleiche gilt für einen nach § 10 AuslG ausgewiesenen Ausländer. Da das Ausländergesetz Ausländern grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt einräumt, können Ausländer, die nicht mehr gebraucht werden, so z. B. in einer Rezession, durch die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis leicht zum Verlassen des Bundesgebietes gezwungen werden.
Kommt ein Ausländer seiner Pflicht zur Ausreise innerhalb der ihm eingeräumten Frist nicht freiwillig nach, so ist er nach § 13 AuslG abzuschieben. Unter dem Begriff „Abschiebung" versteht man demnach die zwangsweise Entfernung eines Ausländers. (Zuweilen werden die Begriffe „Ausweisung" und „Abschiebung" im täglichen Sprachgebrauch verwechselt oder miteinander gleichgesetzt.)
Zur Sicherung bzw. Durchführung der Abschiebung kann der betroffene Ausländer gemäß § 16 AuslG durch richterliche Anordnung in Haft bis zu einem Jahr genommen werden." (S. 62)

Internationaler Rechtsvergleich

Da von den Verteidigern dieser repressiven (Ausländer)-Rechtsordnung immer wieder zu hören und zu lesen ist, das Ausländergesetz der BRD sei weltoffen und liberal, oder es gar als das liberalste Ausländergesetz der Welt bezeichnet wird, ist ein internationaler Rechtsvergleich für die politische Diskussion nicht bedeutungslos.
So kennen zwar andere Staaten wie Frankreich, Italien und die Schweiz die mit der „Abschiebung" vergleichbare „Ausschaffung", doch lassen sie einen so langfristigen Freiheitsentzug wie ein Jahr in der bundesdeutschen Abschiebehaft nicht zu. „Österreich begrenzt die Höchstdauer für die Schubhaft auf 2 Monate, Schweden, Belgien und die Niederlande auf einen Monat. In der DDR darf ein Ausländer nicht länger als 10 Tage in Abschiebehaft genommen werden." (S. 63) Selbst die „Ausländerpolizeiverordnung" von 1938, die durch das Ausländergesetz von 1965 abgelöst wurde, ist in der Frage der Abschiebehaft liberaler. So war in der Naziverordnung die Abschiebehaft auf 6 Monate begrenzt.
In einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten internationalen Rechtsvergleich wichtiger ausländerrechtlicher Bestimmungen Österreichs, der Schweiz, Belgiens, Frankreichs und der Niederlande mit der Bundesrepublik kommt der Autor zu dem Ergebnis:

„Anhand dieses nur kursorischen Überblicks ergibt sich bereits, daß das deutsche Ausländergesetz auf den meisten der erörterten Gebiete enger und restriktiver als die Vergleichsrechte gefaßt ist und häufig weit mehr als diese mit Generalklauseln arbeitet. Sicher gilt für alle Länder, daß die Liberalität des Ausländerrechts sich danach richtet, ‚wie liberal die Ausländerbehörden sind'. Jedoch zeigen sich bereits in der Formulierung, in dem Verhältnis Regel und Ausnahmetatbestand sowie in der Verwendung von Weite von Generalklauseln Geist und Intention eines Gesetzes. Das deutsche Ausländergesetz ist dabei häufig von einer Restriktion und Kleinlichkeit, die sich deutlich gegenüber anderen Ländern abheben." (S. 92)

Ausreiseverbot

Durch die Notstandsgesetze und das Ausländerrecht können auch in der BRD lebende Ausländer im Verteidigungsfalle einer allgemeinen Dienstpflicht unterworfen werden.
„Einem Ausländer kann die Ausreise untersagt werden, wenn er, . . . 5. sich einer öffentlichen Dienstleistungspflicht entziehen will." (§ 19,2 AuslG).

Wie viele Bestimmungen des Ausländergesetzes, auf deren Verfassungswidrigkeit Katsoulis an verschiedenen Stellen hinweist, widerspricht auch ein Ausreiseverbot dem Grundgesetz (Art. 2,1) und unmittelbar geltenden internationalen Vereinbarungen wie der Europäischen Sozialcharta, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Menschenrechtsdeklaration der UNO. In der UNO-Menschenrechtsdeklaration heißt es im Art. 13: „Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates. 2. Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen, sowie in sein Land zurückzukehren." (zitiert nach Katsoulis, S. 67).

Einbürgerung

Katsoulis untersucht – nach der Darstellung des betreffenden Gesetzestextes – eine Statistik Baden-Württembergs („Die Ausländer 1973") und kommt zu dem Ergebnis, daß „die überwiegende Mehrheit (etwa 70 %) der eingebürgerten Ausländer aus einem Ostblockstaat stammen. Aus dieser Gruppe kommen wiederum über 86 % allein aus drei Ostblockländern (Jugoslawien, Ungarn, Rumänien). Daraus geht hervor, daß es sich bei etwa drei von vier Eingebürgerten wahrscheinlich um ehemalige Deutsche handelt. Sieht man von den Italienern ab, die als EG-Angehörige innerhalb der ausländischen Arbeiter eine relativ privilegierte Stellung einnehmen und die etwa 8 % der Eingebürgerten stellen, kommt man zum Ergebnis, daß nur ein minimaler Teil von weit unter 1 % der Einbürgerungen auf die übrigen Gastarbeiterländer entfallen; davon wiederum entfällt ein noch um ein Vielfaches kleinerer Teil auf „echte Gastarbeiter" – also auf ausländische Arbeiter und nicht auf Akademiker, Kaufleute, Führungskräfte, Künstler etc. Mit anderen Worten: Für den einbürgerungswilligen angeworbenen ausländischen Arbeiter besteht praktisch so gut wie keine Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.



Und nicht nur dies. Wird der Antrag eines Ausländers auf Einbürgerung bekannt, so kann es ihm passieren – wie das Beispiel eines einbürgerungswilligen Ausländers, der nach 11-jährigem Aufenthalt einen solchen Antrag beim Landratsamt Kaufbeuren stellte, zeigt –, daß sein langjähriger Aufenthalt erst recht als bedrohlich empfunden und zum Anlaß genommen wird, ihm den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu versagen." (S. 87)

Politische Aspekte des Ausländerrechts

Die Kapitel: Zu den politischen Rechten der Ausländer in der Bundesrepublik (13), Bestrebungen zur Reform des Ausländerrechts (14) und Verschärfungen des Ausländer-

rechts und der Ausländerpolitik (15) haben zu einem großen Teil – obwohl das Buch erst im letzten Jahr veröffentlicht wurde – nur noch historische Bedeutung. Die zunehmende staatliche Repression in der Bundesrepublik, die zunächst „nur" die Ausländer treffen sollte, ist längst auf Deutsche, wenn auch nicht ganz so stark, mit ausgedehnt worden. Nachträglich hat sich die Analyse Katsoulis, daß mit der Einschränkung politischer Rechte nicht die Ausländer allein, sondern jegliche kritische Artikulation, beschnitten werden soll, als richtig erwiesen. Bleibt eigentlich nur der Tatbestand, daß Deutsche (noch?) nicht aus der BRD ausgewiesen werden können.

Wir haben in den „blättern des iz3w" fortlaufend über die zunehmende Repression in der BRD berichtet. In Erinnerung gerufen seien hier nur die Repressalien gegen linke iranische Studenten und Arbeiter im Anschluß an die letzte Anti-Schah-Demonstration im Dezember 1978 in Frankfurt. (Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 74, S. 12 f.) Selbstverständlich hat diese Demonstration den Belangen der Bundesrepublik Deutschland geschadet, die ja bis zum bitteren Schah-Ende sich bester Beziehungen zum Iran erfreute.

Schlußbemerkungen:

Nicht erst das vorletzte Kapitel „Bewußtwerdung und Organisierung als Mittel und Aufgabe einer emanzipatorischen Migrationspolitik" macht deutlich, daß der Autor nicht über ein für ihn abstraktes Rechtsproblem schreibt, sondern als engagierter Wissenschaftler einen sozialistischen Standpunkt vertritt. Für ihn sind Nationalvereine wie die dargestellte „Griechische Gemeinde des Rhein-Neckar-Raumes", in welcher sich griechische Arbeiter organisieren, um sich gegenseitig zu helfen, ihre Interessen zu vertreten, ein wichtiger Schritt zur Politisierung von Arbeitsemigranten.

„Solche Ausländergemeinden, -vereine und -komitees sind zwar – allein schon wegen der Sprache und anderer spezifischer Merkmale und Probleme – notwendig; sie können aber die Organisation in Gewerkschaften und Arbeiterparteien keineswegs ersetzen. Sie können deren nationale, über- und internationale Arbeit lediglich ergänzen und unterstützen." (S. 199)

Bestimmte Diskussionspunkte Katsoulis, die in anderen Artikeln dieses Themenblocks angesprochen werden, wie beispielsweise die Rechtlosigkeit der mit Ausländern verheirateten Frauen, sind von mir in dieser Rezension nicht angesprochen worden. Aus den sehr interessanten Schlußfolgerungen Katsoulis sei nur die folgende These zitiert:

„Eine Vermenschlichung der Existenz der ausländischen Arbeiter ist unmittelbar mit der Vermenschlichung der Existenz aller Arbeiter verbunden. Denn genauso wenig wie sich Frauen (die Majorität mit den Minoritätsmerkmalen), Schwarze oder sonstige Teil- oder Randgruppen allein aus sich selbst heraus befreien können, genauso wenig sind bestimmte Teilkollektive der Lohnabhängigen in der Lage, sich zu befreien, ohne daß sich gleichzeitig die gesamte Arbeiterschaft befreit." (S. 211).

Das Buch ist trotz seiner wissenschaftlichen Sprache auch für „Nichtjuristen" größtenteils verständlich geschrieben. Allerdings sollte man/frau nicht der Illusion verfallen, auch nur irgendeine juristische Schwierigkeit, in die ein Ausländer in der BRD geraten kann – nach der Lektüre dieses Buches – im Selbsthilfeverfahren lösen zu können. Bei der selbst für Anwälte schwierigen Materie Ausländerrecht bleibt der Gang zum engagierten und mit dem Ausländerrecht vertrauten Anwalt ein notwendiger Schritt.

wo

Kommunales Wahlrecht für Ausländer?

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

In jüngerer Zeit wird von Ausländerkomitees und Gruppen, die mit Ausländern arbeiten, immer häufiger das Recht für Ausländer, sich an kommunalen Wahlen zu beteiligen, gefordert. Das Ausländerkomitee hat zu diesem Thema eine Broschüre herausgegeben: „Warum kein kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger?", aus der wir einzelne Passagen und ein Diskussionspapier abdrucken. Die Broschüre, die Anfang dieses Jahres erschien, hat 46 Seiten und kann zum Preis von DM 3.- beim Ausländerkomitee Berlin e.V., Langenscheidtstr. 3, 1000 Berlin 62 bestellt werden. Red.

...Warum kein kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger?

Wie kam es zur Kampagne ‚Kommunales Wahlrecht für Ausländer'?

Die Diskussion über das kommunale Wahlrecht für Ausländer begann bei uns, nachdem wir von Ende 1977 bis Mitte 1978 eine Kampagne gegen die Zuzugsperre für Ausländer in die Westberliner Bezirke Kreuzberg, Tiergarten und Wedding durchgeführt hatten. Mit der Forderung nach Aufhebung der Zuzugsperre hatten wir zwar die betroffenen Ausländer hinter uns, aber die ständige Wiederholung dieser Forderung mit Hilfe von Unterschriftenaktionen, Informationsständen in den Stadtteilen, Presseerklärungen und einer Dokumentation konnte den Westberliner Senat bisher nicht zur Aufhebung dieser ausländerdiskriminierenden Maßnahme bewegen.

Während dieser Zuzugsperrenkampagne machten wir die Erfahrung, daß es sehr schwer ist, über Monate und Jahre hinweg nur die Aufhebung einer oder mehrerer ausländerdiskriminierender Maßnahmen zu fordern. Wenn solchen isolierten Forderungen von Staatsseite nicht nachgegeben wird, wenn solche Forderungen offensichtlich noch nicht so brisant sind, daß sie die Ausländer massenhaft auf die Straßen bringen, dann verlieren Einzelkampagnen, wie ‚weg mit der Zuzugsperre' oder ‚weg mit der diskriminierenden Kindergeldregelung' sehr schnell ihren Schwung.

Hinzu kommt, daß selbst die Erfüllung solcher Forderungen an der diskriminierten Stellung der Ausländer insgesamt nichts ändern würde. Man hätte dann nur wieder einmal von deutscher Seite aus über die Ausländer bestimmt, man hätte ihnen ein paar Zuckerstückchen hingeworfen nach dem Motto: „Friß und sei ruhig!"

Uns muß es um etwas anderes gehen, nämlich um politische Rechte für Ausländer, Rechte, die es ihnen ermöglichen, zu bestimmen und mitzubestimmen, wo es um ihre Angelegenheiten geht.

Wir werden Forderungen nach Aufhebung der Zuzugsperre und nach Aufhebung der Kindergeldregelung nicht fallenlassen. Aber wir haben gemerkt, daß solche Forderungen erst im Rahmen gleicher politischer Rechte für Ausländer und Deutsche politisch durchsetzbar werden. Der Kampf gegen die Diskriminierung ist nur zu führen als Kampf um politische Rechte!

Deshalb haben wir im Frühjahr 1978 begonnen, innerhalb des Ausländerkomitees und der dort mitarbeitenden Vereine über das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu diskutieren. Von Anfang an war uns klar, daß wir für völlige politische und rechtliche Gleichstellung von Ausländern und Deutschen sind. Man könnte uns fragen, weshalb wir nicht diese allgemeine Forderung zum Inhalt einer Kampagne gemacht haben. Die Antwort ist sehr einfach, wenn vielleicht auch unbefriedigend: Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse und angesichts des Bewußtseinsstandes der deutschen Bevölkerung halten wir es für taktisch sinnvoll, schrittweise vorzugehen.

Außerdem ist die Forderung nach der völligen Gleichstellung verhältnismäßig allgemein und gibt keine praktischen Schritte an. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht. Wir wissen auch, daß das kommunale Wahlrecht auf das Alltagsleben von Ausländern nicht allzu große Auswirkungen haben wird. Dennoch meinen wir, daß ein erkämpftes Kommunalwahlrecht einen ersten Durchbruch zu politischen Rechten und eine Aufweichung der politische Betätigung verhindernden Bestimmungen des Ausländergesetzes darstellt.

Selbst Reaktionäre müssen widerwillig zugestehen, daß Ausländer auch politische Menschen sind, daß ihnen deshalb auch politische Rechte zustehen, wenn sie sich nicht als undemokratisch bezeichnen lassen wollen. ‚Ausländerbeiräte' und ‚Ausländerparlamente' sind Ausdruck eines solchen Eingeständisses.

Weiter sagen solche Reaktionäre dann aber: „Sollen die Ausländer ihre politischen Rechte doch im Heimatland wahrnehmen!" Wir müssen deshalb immer wieder darauf hinweisen, daß politische Rechte auf den Spielwiesen der Ausländerparlamente und Ausländerbeiräte eine Farce sind, und daß politische Rechte nicht abstrakt, nämlich nicht an einem weit entfernten Herkunftsort ausübbar sind.

Das kommunale Wahlrecht für deutsche Bürger ist ja auch an den Wohnsitz und nicht an den Geburtsort gebunden!

Teile des SPD und vor allem der FDP stimmen der Forderung inhaltlich zu, siehe dazu Dokumente. Praktische Initiativen zu Einführung sind aber nirgendwo in Gang gebracht worden.

Das Ausländerkomitee Berlin ist ein Verein, in dem sich ausländische und deutsche Gruppen und Einzelpersonen zusammengeschlossen haben, um die rechtliche und soziale Lage der ausländischen Arbeiter, Studenten und ihrer Familienangehörigen öffentlich zu machen, Mißstände aufzuzeigen und sich dafür einzusetzen, daß sie beseitigt werden.
Bisher wurden nach der Gründung im Mai 1977 an folgenden Zielen gearbeitet:

- Aufenthaltsberechtigung nach 5jährigem Aufenthalt in der BRD und Berlin (West) für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familienangehörigen
- Abschaffung der Beschränkung der Arbeitserlaubnis; Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes auch für Ausländer
- Keine Abschiebung bei Arbeitslosigkeit und Inanspruchnahme von Sozialhilfe; Arbeitslosenhilfe auch für Ausländer
- Erteilung der Arbeitserlaubnis an nachgezogene Ehepartner und an alle ausländischen Jugendlichen, deren Eltern sich als Arbeitnehmer in der BRD und Berlin (West) aufhalten
- Abschaffung der kleinen und großen Zuzugssperre; Freizügigkeit auch für Ausländer (dazu ist auch eine Kampagne gemacht worden. Eine Broschüre liegt ebenfalls vor.)
- Gleichbehandlung von ausländischen Kindern, Jugendlichen und Studenten in Schule, Ausbildung und Beruf; Schaffung von Institutionen und Ausbildungsgängen, die diese Gleichbehandlung garantieren und insbesondere das Sprachproblem berücksichtigen
- uneingeschränkte Anwendung des Grundrechts auf Asyl.
- Verbot aller faschistischen Ausländerorganisationen; Ausweisung ihrer Funktionäre; keine Zusammenarbeit mit den entsprechenden ausländischen Geheimdiensten
- für freie politische Betätigung der Ausländer.

Die Parteien müssen sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß sie sich im Zweifelsfall an fremdenfeindlichen Tendenzen der deutschen Bevölkerung orientieren und Angst vor Stimmverlusten wegen einer fortschrittlichen Ausländerpolitik haben. (Ob diese Angst berechtigt ist, sei einmal dahingestellt.) Dennoch müssen wir die Vertreter der Parteien immer wieder beim Wort nehmen und nachfragen, was sie konkret für die Verwirklichung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer tun.

Unsere Chance beim Kampf um diese Forderung liegt darin, daß selbst der allerletzte Demokrat sie guten Gewissens nicht pauschal ablehen kann. Im Grunde handelt es sich um dieselbe Situation, wie sie einmal während des Kampfes für das Frauenwahlrecht bestand. Man wird mit allen möglichen Spitzfindigkeiten — vor allem juristischen Spitzfindigkeiten — diese Forderung abblocken wollen. Wir werden deshalb immer wieder die deutlichen Fragen stellen:

Seid ihr als ‚Demokraten' für oder gegen das kommunale Wahlrecht für Ausländer!
und
Wenn ihr dafür seid, was tut ihr für seine Verwirklichung?

Diskussionspapier

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Als Ausländer fordern wir: Wir wollen ebenso wie Deutsche die West - Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (von Kreuzberg, Wedding, Spandau usw.) wählen und das Recht haben, als Bezirksverordnete in diese Bezirksparlamente gewählt zu werden!

Weshalb diese Forderung?

In West - Berlin leben mehr als 180 000 Ausländer; das sind fast 10 % der gesamten Bevölkerung dieser Stadt. Die meisten von uns Ausländern leben und arbeiten seit Jahren hier. Viele von uns werden wahrscheinlich noch länger hier bleiben müssen. Die ausländischen Kinder, die hier geboren wurden, und die ausländischen Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, kennen die Heimat ihrer Eltern kaum noch.

Der deutsche Staat hat sich inzwischen daran gewöhnt, uns die dreckigsten und schwersten Arbeiten verrichten zu lassen, die die deutschen Arbeiter nicht mehr machen wollen. Er hat sich weiterhin daran gewöhnt, unsere Steuergelder zu kassieren. Und schließlich haben sich die deutschen Politiker und Beamten daran gewöhnt, Entscheidungen, die wesentliche Lebensbereiche von uns Ausländern betreffen, ohne uns und gegen unsere Interessen zu fällen. Das beste Beispiel hierfür ist die Zuzugsperre für Ausländer in den drei West - Berliner Bezirken Kreuzberg, Tiergarten und Wedding.

Unserer Meinung nach ist eine der Grundlagen der Demokratie in der West - Berliner und der westdeutschen Gesellschaft nicht verwirklicht, wenn uns als einem wesentlichen Teil ihrer Bevölkerung grundlegende Bürgerrechte auf Dauer verweigert werden. Die Mitbestimmungsmöglichkeit in den Bezirken ist solch ein grundlegendes Bürgerrecht. Die Bezirke bilden in West - Berlin die unterste Ebene der gesellschaftlichen Verwaltung. Wird uns die Mitbestimmung in den Parlamenten der Bezirke verwehrt, so können wir weiterhin nicht den geringsten Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen. Die Ausländerbeiräte in einigen West - Berliner Bezirken sind kein Ersatz für eine bürgerlich - demokratische Mitbestimmung. Denn erstens sind die Mitglieder dieser Beiräte nicht gewählt worden, und zweitens dürfen diese Beiräte nicht mitbestimmen, sondern höchstens unverbindliche Empfehlungen geben.

Das Recht, die West - Berliner Bezirksverordnetenversammlungen zu wählen und als Abgeordnete gewählt zu werden, gäbe uns wenigstens eine Möglichkeit zur Mitbestimmung des öffentlichen, politischen Lebens in West -Berlin. An der Einstellung des West - Berliner Senats, der Parteien und Organisationen zur Frage dieses Wahlrechts zeigt sich unserer Meinung nach die Einstellung zur Demokratie: Ist man von deutscher Seite aus grundsätzlich bereit, uns, den Ausländern, bürgerlich - demokratische Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Leben einzuräumen, oder orientiert man sich immer noch an antiquierten vordemokratischen Einstellungen und schließt weiterhin Teile der Bevölkerung, nämlich uns Ausländer, aufgrund von Klassen- und Volkszugehörigkeit sogar von der Mitbestimmung auf der Ebene der Bezirksverwaltung aus?



Was könnte sich konkret verändern?

Die positiven Änderungen, die durch das Kommunalwahlrecht für Ausländer erreicht werden können, sollten nicht überschätzt werden. Denn wir wissen, daß die wichtigsten Entscheidungen, die uns betreffen, z.B. das Ausländerrecht, nicht in den Bezirken, sondern unter anderem im West - Berliner Senat und von der Bundesregierung getroffen werden. Trotzdem könnte uns ein solches Wahlrecht ganz konkrete Verbesserungen bringen. Besondere Bedeutung kommt dabei den Bereichen Volksbildung, Sozialwesen, Jugend und Sport und Bauwesen zu. In diesen Bereichen müssen wir z. B. durchsetzen, daß mehr Ausländer als Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieher usw. eingesetzt werden, daß wir Ausländer das Konzept der Erziehung und Ausbildung unserer Kinder mitbestimmen und daß mehr Räume und Sportanlagen sowie insgesamt mehr Geldmitel für unsere Kinder und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Wir könnten auch durchsetzen, daß in den Bezirken mehr Interesse für unsere nationalen Kulturen entwickelt wird, und daß wir Räume und Geldmittel für unsere kulturellen Veranstaltungen bekommen. Im Bereich der medizinischen Versorgung, für dessen Verwaltung ebenfalls der Bezirk verantwortlich ist, müßten unsere sprachlichen Schwierigkeiten und unsere spezifischen Gesundheits- und Ernährungsprobleme viel stärker berücksichtigt werden als es bisher geschieht.

Allgemein wären Maßnahmen, die sich gegen unsere Interessen richten, wie z.B. die Zuzugsperre, nicht mehr so einfach durchzusetzen wie bisher. Die deutschen Parteien müßten sich stärker als bisher mit unseren Interessen befassen, weil sie uns dann als Wähler brauchen werden.

Ist dieses Wahlrecht nach den deutschen Gesetzen möglich?

Die bundesdeutsche Verfassung, die teilweise auch für

West - Berlin gilt, schließt eine Beteiligung der Ausländer an Wahlen zum Abgeordnetenhaus aus. Laut Verfassung dürfen sich nämlich bei Bundes- und Länderwahlen nur deutsche Staatsbürger beteiligen. Die Verfassung schließt aber nicht aus, daß Ausländer Gemeindevertretungen (in West - Berlin Bezirksvertretungen) wählen können und in diese gewählt werden dürfen. Genauso wie jeder ausländische Betriebsangehörige in den Betriebsrat wählen und gewählt werden kann, so könnte auch jeder ausländische Bewohner des Bezirks in die Bezirksverordnetenversammlung wählen und gewählt werden. Als weitere rechtliche Grundlage ist anzusehen:

— die Schlußakte der Konferenz von Helsinki 1975, in der den ‚nationalen Minderheiten' der tatsächliche Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zugebilligt wird;
— der Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Gibt es das kommunale Wahlrecht für Ausländer in anderen Ländern?

Im Dezember 1975 hat der schwedische Reichstag ein Gesetz verabschiedet, das allen ausländischen Bürgern, die seit mindestens drei Jahren in Schweden wohnhaft sind, auf kommunaler und regionaler Ebene das gleiche Recht auf Wahlbeteiligung einräumt wie den schwedischen Staatsangehörigen. Um alle Ausländer über die Wahlrechtsreform und die für sie daraus resultierenden Möglichkeiten zu informieren, stellte der schwedische Reichstag ca. 3,7 Millionen Mark bereit. Das Einwohneramt hat u.a. eine Schrift über Wahlen und die schwedische Gesellschaft in 15 Sprachen herausgebracht, die alle Ausländer ab 16 Jahren erhalten haben.

Was in Schweden möglich ist, muß auch in West - Berlin und in den anderen Ländern der Bundesrepublik verwirklicht werden. Deshalb fordern wir das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer für die West - Berliner Bezirksverordnetenversammlungen!

Türkische Faschisten in der Bundesrepublik

„Wir werden alle Türken niedriger Abstammung ausschalten" – über die Aktivitäten türkischer Faschisten in der Bundesrepublik

An Berliner Schulen werden türkische Kinder von faschistischen Lehrern indoktriniert. In Köln demonstrierten kürzlich 10 000 rechtsgerichtete Türken gegen die angeblich kommunistenfreundliche und antireligiöse Berichterstattung der türkischen Redaktion im Westdeutschen Rundfunk. In Stuttgart und Berlin wurden linke Türken unter den Augen bundesdeutscher Polizisten von reaktionären Landsleuten zusammengeschlagen. In Berlin konnte im Oktober 1978 der Führer der türkischen „Nationalen Bewegungspartei" (MHP), A. Türkesch, vor mehreren tausend Zuhörern ungehindert seine faschistischen Überzeugungen propagieren. In Dellenburg/Hessen wurde ein als fortschrittlich bekannter türkischer Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt durch Messerstiche schwer verletzt, in Waiblingen ein Türke von den „Grauen Wölfen", einer Unterorganisation der faschistischen MHP, erstochen. In Schwarzenborn bei Kassel warb die „Europäische Föderation demokratisch-türkischer Idealistenvereine", eine Tarnorganisation der MHP, mit Parolen wie „Jede Mark ist eine Kugel, die in die Köpfe der Kommunisten gehört" um Spenden.

Daß in der Bundesrepublik lebende Türken von reaktionären Landsleuten verprügelt werden, wenn sie am Bahnhof eine liberale oder sozialdemokratische türkische Zeitung kaufen, ist schon fast alltäglich. Repressalien gegen fortschrittliche Türken seitens fanatischer türkischer Nationalisten sind in Betrieben und Stadtvierteln an der Tagesordnung.

Was sagen die deutschen Behörden zu derartigen Vorfällen? „Wir wissen nichts"; „Die Auseinandersetzungen zwischen den Türken sind Familienfehden"; „Es gibt keine Hinweise auf extremistische Aktivitäten" (vgl. METALL, Zeitschrift der IG Metall, 4. 4. 79) lauten die gängigen Antworten der bundesdeutschen Obrigkeit. Gelegentlich hüllen sich Polizei und Behörden auch völlig in Schweigen: als in Berlin am 4. Mai 1979 türkische Schlägerkommandos einige linke Türken mit Fahrradketten, Schlagstöcken und langen Messern krankenhausreif schlugen, sah die Polizei seelenruhig zu und dachte nicht daran, einzugreifen oder gar Ermittlungen gegen die Angreifer einzuleiten (TAZ 10. 5. 79, Berliner Stimme 12. 5. 79).

Interessanterweise gelingt es den Behörden jedoch, bei derartigen „Sippenstreitigkeiten" de facto immer jene zu begünstigen oder zu schützen, die die Errichtung des „Türkischen Großreichs" auf ihre Fahnen geschrieben haben. So ließ man nicht nur die faschistischen Schläger in Berlin ungehindert gewähren, man verbot auch in Köln die Gegendemonstration zur reaktionären Anti-WDR-Kundgebung, und zum Bundestagshearing über die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der BRD, das am 23. April 1979 in Bonn stattfand, lud man als Vertreter der Türken nur das von Faschisten organisierte „Islamische Kulturzentrum e.V." aus Köln ein, nicht jedoch die demokratische FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik), die erst später, aufgrund massiver Proteste in der Öffentlichkeit, zugelassen wurde. Eine bemerkenswerte Treffsicherheit der deutschen Behörden also, in diesen angeblich so unpolitischen „Familienfehden" kritische Äußerungen von Türken zu verhindern!

Erst in allerjüngster Zeit, nach jahrelanger Informationsarbeit durch den DGB und nach mehreren parlamentarischen Anfragen seitens einiger SPD-Abgeordneter, scheint die Bundesregierung zuzugestehen, daß es sich bei den Auseinandersetzungen unter den Türken nicht um orientalische Stammesrangeleien, sondern um handfeste politische Streitigkeiten handelt, die nur ein Abbild der in der Türkei herrschenden Kämpfe zwischen Demokraten und Faschisten sind. Das Bonner Innenministerium hat inzwischen zugebilligt, die Aktivitäten insbesondere der rechten türkischen Gruppen in Zukunft stärker zu überprüfen, nachdem die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre die Situation recht verharmlost hatten.

Eine Überprüfung der reaktionären Machenschaften der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik ist auch dringend geboten! Jeder türkische Faschist kann nämlich bisher das bundesdeutsche Asylrecht ungehindert für sich in Anspruch nehmen, indem er behauptet, unter der jetzigen, der Sozialdemokratie nahestehenden, Regierung Ecevit Repressalien in der Türkei ausgesetzt zu sein (während türkische und andere ausländische Linke immense Schwierigkeiten haben, in der BRD politisches Asyl zu erhalten). Das ist aber genau die Strategie, die der MHP-Führer Türkesch verfolgt:

„Die weitere dauerhafte und positive Entwicklung unserer Partei in der Türkei erfordert eine Aktivierung unserer Landsleute, die in Deutschland arbeiten und studieren, die beschleunigte Tätigkeit des Vorstandes des Exekutivkomitees der MHP in Deutschland sowie der autonomen Sektionen in Kempten, Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart. In den obengenannten Städten und Regionen sind Bemühungen um die Organisierung Bedeutung beizumessen; um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen", so Türkesch in einem Brief vom 28. 7. 77 an seine Gesinnungsgenossen in der BRD (Arbeiterkampf 2. 4. 79).

Die in der Bundesrepublik lebenden Türken (ca. 1 Million) sind für den Faschistenführer eine wichtige Basis. Inzwischen ist die Auslandsorganisation der MHP offiziell verboten. Ihre Nachfolge trat die „Föderation Türkisch-Demokratischer Idealistenvereine in Europa" an, die im Februar dieses Jahres gegründet wurde und nach eigenen Aussagen die erste und einzige Anlaufstelle für Türkesch ist (vgl. METALL 4. 4. 79). Sie führt die Arbeit der verbotenen Auslands-MHP unter wohlklingenderem Namen fort.

Während in der Türkei die Rechten mit Attentaten und Massakern wie in Karamanmaras im Dezember 1978 einen bürgerkriegsartigen Zustand zu schaffen suchen, in dem sie die Macht übernehmen und jegliche demokratischen Tendenzen ersticken können, versuchen sie auch unter den in der BRD lebenden Türken mit Hetzpropaganda, Drohungen, Erpressungen und Mordanschlägen, ihre Landsleute einzuschüchtern bzw. für ihre Ziele zu gewinnen (vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst 30. 3. 79).

Ein weiteres Zitat aus dem Türkesch-Brief:

„Als Gegengewicht gegen die Versuche derer, denen die Erfolge . . . der MHP ein Dorn im Auge sind . . . und gleichzeitig, um nicht die Aufmerksamkeit der örtlichen Behörden auf sich zu lenken, ist es notwendig, die Parteiaktivitäten so zu betreiben, als hätte man das Vereinsrecht vor Augen" (Arbeiterkampf 2. 4. 79).

Dementsprechend haben sich überall in der BRD die faschistischen Türken in – angeblich völlig unpolitischen – sog. „Idealistenvereinen", „Islamischen Zentren" und „Islamischen Kulturvereinen" organisiert. Nach Schätzungen des Bundesinnenministeriums haben diese Tarnorganisationen der MHP ca. 15 000 aktive Mitglieder; zusätzlich sollen ca. 5 000 Türken in militanten türkischen faschistischen Gruppen organisiert sein. Nicht nur in der Türkei, sondern inzwischen auch ganz massiv in der BRD, agiert die Unterorganisation der MHP, die berüchtigten „Grauen Wölfe", auf deren Konto praktisch alle gewalttätigen Angriffe gegen fortschrittliche Türken gehen.

Über die Zeitungen „Anadolu" (herausgegeben vom Islamischen Kulturzentrum Köln) und „Tercüman" (in der Tercüman-eigenen Druckerei TER sollte kürzlich die Auslandsausgabe der englischen TIMES gedruckt werden) versuchen die türkischen Reaktionäre, ihre Propaganda zu verbreiten. Aber auch arbeitslose türkische Jugendliche werden von den Faschisten in Karate ausgebildet (Sozialdemokratischer Pressedienst 30. 3. 79).



Plakat der Grauen Wölfe, Anhänger: „Vor Grausamkeiten nicht zurückschrecken"

In einigen Städten, so auch in Freiburg, scheinen reaktionäre Türken auch die örtlichen Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt, die für die soziale Betreuung der türkischen Arbeitsemigranten in der BRD zuständig ist, fest in ihren Händen zu haben.

Eine besonders verheerende Wirkung übt die Arbeit der „Idealistenvereine" im Rahmen der Schulbildung für türkische Kinder aus. Alle Bundesländer haben für die ausländischen Schüler einen freiwilligen Ergänzungsunterricht in ihrer Muttersprache, in Landeskunde und Landesgeschichte eingerichtet. Die Durchführung dieses Ergänzungsunterrichts wird unterschiedlich gehandhabt. In Berlin etwa haben die Generalkonsulate bzw. Militärmissionen von Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei die Möglichkeit, den Kindern einen selbstverantworteten Ergänzungsunterricht anzubieten, der nicht der deutschen Schulaufsicht unterliegt. Die Kosten hierfür werden weitgehend vom Land Berlin getragen. Dies ist der sog. „Konsulatsunterricht", den im Schuljahr 1976/77 in Berlin knapp ein Viertel der türkischen Schüler – 2 809 von insgesamt 12 522 türkischen Schülern – besuchte (Der Demokrat – Zeitung demokratischer antifaschistischer Lehrer, Kassel, 15. 1. 79).

Die MHP bemüht sich seit langem, und auch durchaus mit Erfolg, Einfluß auf diesen Konsulatsunterricht zu bekommen. Während der Regierungszeit der rechts-konservativen „Nationalen-Front-Koalition" unter Demirel (1975-77) mußten sich die Konsulatslehrer, die von den türkischen Behörden ausgewählt werden, eher auf ihre politischen Einstellungen als ihre pädagogischen Fähigkeiten abklopfen lassen. Heutzutage kann die MHP sogar erreichen, daß rechtsradikale türkische Lehrer, die aus politischen Gründen von der Regierung Ecevit in die Türkei zurückbeordert wurden, von deutschen Schulbehörden eingestellt werden! (Berliner Stimme 10. 3. 79; päd-extra-Sozialarbeit 4/1979)

In den für den Konsulatsunterricht benutzten Materialien ist ständig von Rassenhaß, Gewalt und Militarismus die Rede; überall stößt man auf den „Grauen Wolf", auf die siegreichen türkischen Truppen, auf den „großen nationallen Führer" Türkesch, auf die große Armee aller Türken (vgl. Der Demokrat 15. 1. 79; Entwicklungspolitische Korrespondenz 4/1973, S. 36).

Zusätzlich zum Konsulatsunterricht existieren in zahl-

reichen Städten der Bundesrepublik noch die sog, „Koranschulen", die von den „Kulturzentren", „Idealistenvereinen" usw. betrieben werden. Nach Angaben des Verbands türkischer Lehrer in Nordrhein-Westfalen, NRW-TÖB, besuchen 70–80 % der türkischen Schüler neben der deutschen Schule noch diese Korankurse (FR 18. 4. 79). Für diesen Lehrerverband sind die Koranschulen jedoch nichts anderes als private Erziehungslager der reaktionären türkischen Parteien, insbesondere der MHP (ebenda). In einem Flugblatt des „Vereins für Koranschulen Westberlin" wurde geschrieben:

„Die türkischen Kinder, die ohne nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald du die freundliche Maske herunterreißt, taucht dahinter ein häßliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent auf." (nach: Der Demokrat, 15. 1. 79)
Dementsprechend lernen die türkischen Kinder in den Koranschulen laut Aussagen, die der Verband türkischer Lehrer in Nordrhein-Westfalen von den Kindern selbst erhielt:

- Türkische Kinder dürfen nicht mit Deutschen Freundschaft schließen, da diese Christen sind, Schweinefleisch essen, tanzen gehen und keine Kopftücher tragen.
- Eine Frau darf ihrem Mann nicht widersprechen.
- Die Frauen müssen auf der Straße hinter dem Mann gehen, da sie ihm gegenüber minderwertig sind.
- Für Mädchen ist der Schulbesuch sowie das Lernen der türkischen und deutschen Schrift nicht angebracht.
- Das türkische Volk ist heldenhaft und überragt alle anderen Völker.
- Der islamische Glaube wird die Welt erobern.

Das Resultat dieser Indoktrinierung: immer mehr türkische Kinder in der BRD singen Kriegslieder, malen Kriegsbilder, weigern sich, mit deutschen Kindern Kontakt zu haben, finden sich nicht mehr zurecht zwischen dem, was sie im deutschen Schulunterricht lernen und dem, was ihnen in den Koranschulen beigebracht wird. Eine eigene kulturelle Identität können sie kaum entwickeln.
Die türkischen Jugendlichen, die keinen Arbeitsplatz und keine Ausbildungsstelle erhalten, und die türkischen Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder in einer fremden Umgebung Schwierigkeiten haben, sind ähnlich verunsichert und bilden eine vortrefflich geeignete Zielgruppe für die faschistische Agitation. Aus realen Schwierigkeiten, denen die in der Bundesrepublik lebenden Türken ausgesetzt sind, schlagen die „Idealistenvereine" und die Koranschulen also politisches Kapital zugunsten ihrer faschistischen Bestrebungen; daran ändern auch ihre gegenteiligen Beteuerungen nichts (vgl. etwa FR 18. 4. 79).
Als ungeheuerlich erscheint in diesem Zusammenhang die bisherige „Zusammenarbeit" der bundesdeutschen Behörden mit den türkischen Faschisten: deren Machenschaften werden nicht nur geduldet, sondern in angeblicher Verkennung ihrer politischen Zielsetzungen auch gefördert! Oder wie sonst läßt sich erklären, daß ein Berliner Stadtrat türkische Faschisten in den deutschen Schuldienst übernimmt? Oder daß der Berliner „Große Idealistenverein" reaktionärer Türken Verhandlungen mit dem Berliner Senat über finanzielle Unterstützung führen kann? Weiter oben wurden schon andere Beispiele angeführt.
Offensichtlich sind den deutschen Behörden die Aktivitäten der „Idealistenvereine" gar nicht unangenehm, weil sie die Energien vieler enttäuschter türkischer Eltern und Jugendlichen kanalisieren, die sich vielleicht sonst, anstatt gegen fortschrittliche Türken, gegen die Repräsentanten der kapitalistischen Ordnung in der BRD als Verursacher ihrer schlechten Lebensbedingungen wenden würden!
Die gespielte Naivität der bundesdeutschen Behörden und der Bundesregierung ist sowohl völlig unglaubwürdig als auch ein politischer Skandal! Es ist zu hoffen, daß die zögernd eingeleiteten Untersuchungen über die Aktivitäten türkischer Faschisten in der Bundesrepublik endlich Konsequenzen haben, nämlich das Verbot der Idealistenvereine, der Koranschulen und aller türkischen faschistischen Gruppen sowie Ausweisung der faschistischen Führer aus der Bundesrepublik – aber auch Maßnahmen, die zur Verbesserung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der türkischen Familien in der BRD führen.
Allerdings bleibt außer Hoffnungen auch noch mehr zu tun: über die Machenschaften der türkischen Faschisten überall ausführlich zu informieren, Druck auf die bundesdeutschen Behörden auszuüben und nicht zuletzt die unter den vielfältigen Repressalien leidenden fortschrittlichen Türken in der BRD zu unterstützen. In vielen Städten gibt es Ausländerkomitees (Adressen über die TAZ, Wattstr. 11/12, 1000 Berlin 65, oder den ID, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, oder die AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn), die über weitere Möglichkeiten, praktische Solidarität zu üben, informieren können.
In Berlin kann man sich etwa an das Ausländerkomitee Berlin, Langenscheidtstr. 3, 1000 Berlin 62, wenden. Und seit kurzem gibt es eine türkisch-deutsche Initiative gegen die Machenschaften der Grauen Wölfe. Kontakt: RAGH, J. Pohl, 2000 Hamburg 13, Postlagerkarte 083528 A.

sh

Der Terror türkischer Faschisten hat Tradition

Organisiert sind die türkischen Faschisten in der „Nationalen Bewegungspartei" MHP unter A. Türkesch. Diese Partei ging 1965 aus der ehemals „Republikanischen Bauern- und Nationalpartei" CKMP hervor. Über Mitgliederzahlen der MHP liegen bisher keine Informationen vor. Bei den Wahlen erreichte sie folgende Ergebnisse:

1965: 2,2 % der abgegebenen Stimmen
1969: 3,0 %
1973: 3,3 %
1977: 6,4 %

1969 hatte die MHP einen Abgeordneten im Parlament, 1977 erhielt sie 16 von 446 Abgeordnetensitzen.
Somit hatte die MHP bisher keinerlei Chancen, auf legale Weise an die Macht zu gelangen. In Anlehnung an Hitler und Mussolini, denen die Partei in jeder Beziehung nacheifert, greift sie deshalb zum Mittel des Terrors, um einen bürgerkriegsähnlichen Zustand in der Türkei zu schaffen, der ein Eingreifen rechter Militärs auslösen soll.
Am 12. März 1971 ist ihr das bereits einmal gelungen: damals hatten sich die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche in der Türkei derart zugespitzt, daß die reaktionäre Regierung Demirel sich nicht mehr halten konnte und durch die Machtergreifung faschistischer Militärs abgelöst wurde. Dem 12. März 1971 war ein regelrechter Bürgerkrieg vorausgegangen: faschistische Kommandos verübten bewaffnete Überfälle auf Linke, was wegen des tatenlosen Zusehens der Polizei eine Bewaffnung der Linken und damit ständige Zusammenstöße auslöste. Auf den 12. März 1971 folgte eine Zeit beispielloser Repression: die Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt, 40 Artikel der türkischen Verfassung von 1961 geändert, sämtliche Opposition von links verboten, verfolgt und liquidiert. An der „Vorbereitung" dieses Zustands hatte die MHP wesentlichen Anteil.
Nach dieser faschistischen Periode und einem kurzen sozialdemokratischen Intermezzo war die MHP dann zwischen März 1975 und Juni 1977 an der Regierung der sog, „Nationalen Front" beteiligt, ihr Führer Türkesch war stellvertretender Ministerpräsident und Chef des Geheimdienstes MIT. Die „Nationale Front" war eine Koalition mehrerer konservativer und rechter Parteien unter Ministerpräsident Demirel.
Diese Regierung verschärfte „nicht nur die vorhandene ökonomische Krise, sie führte das Land zunehmend an den Rand eines Bürgerkrieges. In zwei Jahren ihrer Regierung wurden über 300 Menschen Opfer politischer Mordanschläge und Tausende verletzt. Insbesondere für Oppositionelle gab es eine permanente Bedrohung von Leib und Leben. Der organisierte Terror und die blutigen Exzesse gingen primär von den Kommandos „Graue Wölfe" aus, der Jugendorganisation der „Nationalistischen Bewegungspartei", welche eine NS-ähnliche Organisationsstruktur und Zielsetzung bei ihren Aktionen verfolgt . . . Türkesch genoß die Rückendeckung des von Demirel geführten rechten Flügels der „Gerechtigkeitspartei" (damals wichtigste Koalitionspartei, sh). Die Terrorisierung oppositioneller Kräfte durch blutige Anschläge und Raubüberfälle geschah nicht nur auf der Straße, sie ging bis in die Schulen und Hochschulen, Wohnungen, Büros, Fabriken und Krankenhäuser. Vor allem die geschulten Kommandos wurden gesetzwidrig in den wichtigsten Dienststellen bei den Ministerien sowie sonstigen Stellen des Staatsapparates und bei der Polizei eingestellt, die dortigen Beamten wurden einfach versetzt. Auch die Pädagogischen Hochschulen, die Studentenwohnheime etc. wurden von den Sympathisanten der MHP gefüllt. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes zur Revidierung dieser Versetzungen und Einstellungen wurden ignoriert." (Hakki Keskin, Die Türkei, Berlin 1978, S. 258)

Wie sich die Zeiten gleichen . . . Die türkischen Faschisten verfolgen heute keine anderen Ziele als damals, haben keine andere Strategie. Nur können sie sich in Zeiten einer sozialdemokratischen Regierung in der Türkei keiner offiziellen Anerkennung erfreuen und müssen daher ein klein wenig mehr taktieren als sonst.
In der Bundesrepublik haben sie ihre Zentrale – seit die Auslandsorganisation der MHP vom türkischen Verfassungsgericht verboten wurde – in der „Europäischen Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine" (Türk-Föderation), die im Reuterweg 65 in 6000 Frankfurt ihren Sitz hat. Im Vorstand der Türk-Föderation sitzen altgediente MHP-Mitglieder, die ihre Befehle von Türkesch aus Ankara entgegennehmen und sie über die Zeitung „Tercüman" und interne Parteirundschreiben an die 65 Parteiorganisationen mit insgesamt ca. 20 000 Mitgliedern weitergeben (TAZ 21. 5. 79).
In den einzelnen Städten der BRD verbergen sich die türkischen Faschisten hinter Tarnorganisationen mit wohlklingenden Namen: Kulturverein, Kultur- und Solidaritätsverein, Großer Idealistenverein (Büyük Ülkü Demigi), Türk Ocagi (Türkischer Klub) usw.



Das ehemalige Büro der „Grauen Wölfe" in der Hamburger Eulenstr. Foto: taz

Ihr Symbol: ein grauer Wolf, den Kopf nach oben gestreckt. Ihre Parolen: „Jeder, der sich nicht als Türke und Moslem fühlt, ist ein Feind der Türken." „Unser Ziel ist es, die Feinde unserer Heimat, Nation und Religion zu vernichten, ohne Berücksichtigung von Partei, Sprache, Religion und Nation." „Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies."
Das oberste Ziel der türkischen Faschisten besteht in der Wiederherstellung des alten Osmanischen Reiches, das im Mittelalter alle angrenzenden Völker beherrschte, seinen Untergang dann aber dadurch besiegelte, daß es sich seit dem 16. Jahrhundert systematisch – durch sog. Kapitulationsverträge – den sich am Beginn des Kapitalismus befindlichen europäischen Mächten auslieferte. Die Faschisten träumen noch heute von diesem türkischen Großreich, das keine andere Nation als die türkische anerkennt. Nicht-Moslems, Kurden, Griechen und andere angrenzende Völker, Sozialisten und Kommunisten sind in den Augen der Türkesch-Anhänger die schlimmsten Feinde der türkischen Nation, die es auszurotten gilt. Der Staat soll, nach nationalsozialistischem Vorbild, strikt nach dem Führerprinzip organisiert werden.

Ihren Nährboden findet die MHP sowohl in der BRD unter den enttäuschten und ausgebeuteten türkischen Arbeitern und ihren Familien wie auch in der Türkei in den Bevölkerungsschichten, die besonders unter der seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Misere zu leiden haben: Arbeitslose, Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, Kleinbauern und Kleinhandwerker, denen die völlige Verelendung droht, aber auch Studenten, denen ihre Ausbildung nicht viel nützt, weil es keine Stellen für Akademiker gibt.

sh

„Komm' mir bloß nicht mit so einem!"

Von der Schwierigkeit, Völkerverständigung zu leben · Frauen von Ausländern setzen sich zur Wehr · Von Selbsthilfe zu politischem Einfluß.

von Marlies Ibrahim-Knoke (IAF)*

* Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V.

Ausländer – das sind Fremde. Sie sehen anders aus. Sie haben andere Gewohnheiten. Eine andere Sprache, Fremd. Und es steckt tief in allen drin – mehr oder weniger unbewußt: was fremd ist, davor nimm Dich in acht. Da muß man mit allem rechnen. Wer weiß, wie die reagieren.
Die Schlußfolgerung ist klar: Man muß sehen, daß man solche Fremden nicht hochkommen läßt. Man muß sie immer schön unter der eigenen Fuchtel halten, sie dürfen nicht zu selbständig werden, wer weiß, was die hier sonst noch für neue Moden einführen. Und wenn sie gar anfangen, zu selbstbewußt zu werden und sich der ihnen hier auferlegten Rolle vom „Gast-"arbeiter, sprich: Menschen zweiter Klasse, zu wehren, wo sollte das wohl hinführen. Wir, die Deutschen, wollen schließlich unsere nationale Identität nicht von denen untergraben lassen, denen wir aus lauter Menschenliebe hier Arbeit und Brot geben.
Und Frauen? Die gehören eigentlich an den Herd – immer noch. Sie nehmen den Männern mehr und mehr die Arbeitsplätze weg, anstatt sich, wie es ihnen zukommt, um Haushalt und Kinder zu kümmern –und darum, daß jeden Tag eine warme Mahlzeit auf dem Tisch steht. Es ist eigentlich eine glatte Anmaßung von den Frauen, die sich mehr und mehr sogar in Führungspositionen drängen, politisch mitreden wollen und sich nicht schämen, nun sogar in Regionen vorzudringen, die den Männern bisher allein vorbehalten waren. Und Ansprüche zu stellen.
Naja, wir sind ja alle so aufgeschlossen, sollen die Frauen doch mal sehen, sie werden sich noch mal nach ihrem Kochtopf zurücksehnen, sie werden den vorwitzigen Schritt nach vorn in die Männerdomänen noch mal bereuen.
So – da haben wir sie. Die Ausländer, die Fremden, die kaum einer versteht, weil sie ja noch nicht mal vernünftig Deutsch sprechen können. Und die nun langsam frech werden und Ansprüche stellen, anstatt still zu sein – und froh, daß sie hier von unserem Wirtschaftskuchen mitnaschen dürfen.



Und die Frauen. Die eigentlich doch nett und lieb sind, schön, sanft, still, freundlich, ausgleichend, der ruhende Pol der Familie ... und die nun plötzlich auch frech werden, Ansprüche stellen, gleiche Rechte wollen – obwohl sie die doch auf dem Papier schon längst haben – und Männern ihre Privilegien streitig machen.
Und da gibt's nun, wie wir's aus der Mengenlehre kennen, Überschneidungen. Die Schnittmengen. Die Frauen, die Ausländer geheiratet haben. Mit ihnen gar Kinder produziert. Sozusagen Grenzgänger zwischen der deutschen Gesellschaft und den mißtrauisch beäugten Fremden. Ein Deutscher war ihnen wohl nicht gut genug, was? Diese Ausländer, die können's wohl besser, wie? Schöne braune Augen, schwarzes Lockenhaar – sieht ja ganz nett aus, so ein Südländer, he? Na gut, ihr weiblichen Grenzgänger, wenn

Ihr Euch schon nicht bremsen könnt, dann tut's doch. Heiratet doch einen von denen. Aber dann – dann kommt nicht und beschwert Euch, daß Ihr weniger Rechte habt. Es war schließlich schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben. Und glaubt nicht, daß wir Euren Mann anders behandeln als jeden anderen Ausländer, nur weil er Euer Mann ist. Er ist ein Ausländer. Fertig. Er braucht eine Arbeitserlaubnis, auch mit Auflagen (z.B. Festlegung, daß er nur an einem bestimmten Ort, in einer bestimmten Firma arbeiten darf). Und er braucht eine Aufenthaltserlaubnis. Und er kann, verdammt noch mal, auch ausgewiesen werden – bildet Euch nur keine Schwachheiten ein. Nicht so schnell wie ein anderer Ausländer – aber schon bei geringer Straffälligkeit. Also: Glaubt nicht, daß Euer Mann und Ihr selbst an den Magengeschwüren vorbeikommt, die sich im Laufe der Jahre durch die ständige Existenzangst bei einem Großteil der Ausländer in Deutschland bilden. Ihr hättet ja so einen nicht zu heiraten brauchen. Damit habt Ihr Euch außerhalb unserer Gesellschaft gestellt. Und, wie es ja schon in der Bibel so schön heißt: Einer trage des anderen Last. Und nun tragt mal schön seine Last – das liberalste Ausländergesetz der Welt und die ach so tolerante und aufgeschlossene deutsche Gesellschaft in Nachbar- und Verwandtschaft – mit. Viel Spaß dabei!

Das war die Situation im Herbst 1972, als die IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V.) ins Leben gerufen wurde.
Von einer Handvoll Frauen, die es leid war, nur Objekt zu sein. Objekt karitativer Stellen, Objekt der Ausländerbehörden, unmündig, hin und hergeschoben, ausgestoßen. Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind, hatten und haben es schwer. Mit ihrer Umgebung, die sie nicht selten mißtrauisch beäugt, aber nicht integriert. Mit ihrer Familie, die sie oft ausstößt („Komm mir bloß nicht mit so einem ..."). Mit den Behörden, die sich oft die Unwissenheit dieser Frauen zunutze machte und sie in ständiger Angst und Abhängigkeit von einzelnen Beamten hielt. Macht ist ja ein so herrliches Gefühl ...
Aber die Ohnmacht der Frauen, die war gar nicht so herrlich. Und die Ohnmacht ihrer Männer schon gar nicht. Also traten die Frauen die Flucht nach vorn an. Sie taten sich zusammen. Gemeinsamkeit macht stark, das lädierte Selbstwertgefühl mußte kunstvoll geflickt werden, und mit diesem geflickten Selbstbewußtsein als einziger Waffe und dem Mut der Verzweiflung begannen wir dann, gegen Ungerechtigkeiten unserer Umwelt anzugehen.
Indem wir uns erst mal unsere Rechte ansahen, die uns aus dem Grundgesetz, den Menschenrechtserklärungen und dem Ausländergesetz zustanden.
Im Grundgesetz verankert ist z.B. das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 3 III „Niemand darf wegen seiner Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden). Wir stellten fest: Wir werden nicht gleichbehandelt. Ein deutscher Mann, der mit einer Ausländerin verheiratet ist, hat bei weitem nicht die gleichen Probleme wie eine deutsche Frau, die mit einem Ausländer verheiratet ist. Es passierte sehr häufig – und passiert auch heute noch –, daß ein Ausländer ausgewiesen wird, obwohl seine Frau und inzwischen auch seine Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Das bedeutet: Der Rest der Familie wird ebenfalls zur Emigration gezwungen – trotz der Tatsache, daß ihre deutsche Staatsbürgerschaft sie davor eigentlich schützen sollte. Oder, das wird den Frauen dann ganz lässig von den Beamten gesagt, sie können sich ja von ihrem Mann trennen. Sie müssen ja nicht mit auswandern ... und wo bleibt da der grundgesetzlich verankerte Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG?). Und da gibt's neben vielen anderen noch einen sehr interessanten Passus in den Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte , die die Bundesregierung als freiheitlich demokratischer Rechtsstaat selbstverständlich mit ratifiziert hat. Ein Passus, der jedem das Recht auf „freie Gattenwahl" zugesteht. Aber nun versuch mal, ganz frei einen Gatten aus Jordanien oder Indien oder gar aus Kenia zu wählen! Und vor allem: Versuch mal, Dir Informationen darüber zu besorgen, welche Rechte und Pflichten eine Frau in den betreffenden Ländern hätte. Oder, noch schlimmer, versuch mal, zu erfahren, wie Deine Situation als Ehefrau eines Jordaniers, Inders oder Kenianers hier in Deutschland ist! Such mal eine entsprechende Beratungsstelle – gibt's nicht! Das einzige, womit man Dir dienen kann, sind die „Auswandererberatungsstellen", die von den Kirchen getragen werden. Und da sagt Dir keiner, daß Du auch hier, in der Bundesrepublik, mit einem Kenianer nach kenianischem Familienrecht lebst. Auf die Idee kommst Du gar nicht – aber es ist ja wohl auch gar nicht vorgesehen, daß Du einen Ausländer heiratest und dann nicht mit ihm in sein Land gehst. Schließlich soll, laut Bibel und allgemeiner Lesart, das Weib dem Manne nachfolgen. Darum gibt's für unsere Personengruppe ja auch nur Auswandererberatungsstellen.
Na, und was das Ausländergesetz angeht – da mußten wir feststellen, daß es eigentlich überhaupt keine Rechte enthält. Sondern nur Soll- und Kann-Bestimmungen. Und daß unsere Männer diesem Gesetz ausgeliefert sind – und mit ihnen wir und unsere Kinder. Daß wir überhaupt eigentlich ziemlich ausgeliefert sind – trotz der schönen Rechte aus grundgesetz und Menschenrechtsproklamation. Wir stellten fest: Wir müssen um unsere Rechte kämpfen. Und das ist es, was wir seit 1972 tun.

Was wollen wir eigentlich?

WIR WOLLEN, daß der Gleichbehandlungsgrundsatz, den uns das deutsche Grundgesetz garantiert, verwirklicht wird. Wir wollen also die gleichen Rechte wie ein deutscher Mann, das Recht, mit unserer Familie innerhalb der Bundesrepublik zu leben, wo wir wollen. Und so lange wir wollen; ohne Einschränkungen. Schließlich ist das unser Heimatland – und wir zahlen genauso Steuern wie jeder andere auch.

WIR WOLLEN, daß unsere ausländischen Männer ebenso wie wir rechtlich und sozial hier integriert werden, wenn sie hier leben.

WIR WOLLEN, daß die Tatsache, daß die BRD seit über 15 Jahren de facto ein Einwanderungsland für viele ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien ist, endlich als Tatsache akzeptiert wird.

WIR WOLLEN, als Konsequenz daraus, daß die hier lebende ausländische Wohnbevölkerung endlich wirkungsvoll dabei unterstützt wird, in diese Gesellschaft integriert (nicht assimiliert!) zu werden. Das gilt insbesondere für die 2. und 3. Generation, die hier bei uns aufwächst und mit unseren Maßstäben gemessen wird und mißt.
Denn wir haben gelernt, daß wir als „Schnittmenge" der beiden Gruppen Ausländer und Frauen unsere Probleme nicht isoliert für uns lösen können. Die gesellschaftlichen Probleme, die wir haben, resultieren aus den gesellschaftlichen Problemen, die unsere Männer in dieser Gesellschaft haben. Und aus denen, die wir in unserer Eigenschaft als Frauen haben.
Und auch unsere rechtlichen Unsicherheiten und Probleme resultieren ebenso aus der Tatsache, daß wir indirekt vom Ausländergesetz mitbetroffen sind. Und daß wir Frauen sind (das deutsche Internationale Privatrecht verweist in binationalen Konflikten in den meisten Fällen automatisch

auf das Heimatrecht des Mannes – deshalb sind deutsche Männer grundsätzlich nicht ausländischem Privatrecht unterstellt, wir aber sehr wohl; und in den meisten Ländern gibt's eben – auch auf dem Papier – noch keine Gleichberechtigung. Außerdem hat's erst einen Fall seit Kriegsende gegeben, in denen die ausländische Frau eines deutschen Mannes ausgewiesen wurde – aber ungezählte ausländische Männer deutscher Frauen wurden schon rausgeschmissen).
Also: Wir können unsere Probleme nur politisch langfristig lösen, und wir müssen sie über die Lösung der Ausländer- und Frauenprobleme lösen. Wenn Ausländer und Frauen gesellschaftlich und rechtlich gleichgestellt sind, gibt's logischerweise auch keine Probleme mehr für uns als „Schnittmenge".
Also reisen wir zweigleisig. Zum einen gehen wir gezielt auf Probleme und Einzelfälle ein, die uns und unsere Familien betreffen. Und zum anderen bemühen wir uns, zusammen mit Ausländerorganisationen, um eine Verbesserung der Situation der ausländischen Wohnbevölkerung. Und zusammen mit Frauenorganisationen um eine Verbesserung der Situation von Frauen bei uns – bzw. um eine Durchsetzung der uns ohnehin rechtlich zustehenden Gleichberechtigung in der Praxis.
Das ist ein umfangreiches Programm. Und natürlich kann es, wenn überhaupt, so nur langfristig bewältigt werden.
Aber wir haben schon einiges erreicht.
Zum Beispiel eine Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes – das bedeutet, daß unsere Kinder, die nach dem 1.1.1975 geboren wurden, durch Geburt sowohl die Staatsangehörigkeit des Vaters (was bisher selbstverständlich war) als auch die der Mutter erwerben.
Oder eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation unserer Ehemänner. Sie erhalten jetzt in der Regel gleich nach der Eheschließung eine Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre und können danach einen Antrag auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis stellen (was aber noch längst nicht heißt, daß sie nicht immer noch bei Straffälligkeit ausgewiesen werden können!.
Weitere Erfolge der Vergangenheit: Erleichterte Einbürgerungsbedingungen für alle – auch nichteuropäische! – Ausländer bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen. Einreisegarantie für deutschverheiratete Ausländer, auch nach längerem Auslandsaufenthalt. Eheschließungsfreiheit (Einreise des Verlobten). Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis, gleiche Vermittlungschancen durch das Arbeitsamt. Keine Ausweisung mehr wegen Wehrpflicht-Ableistung – wenn der deutschverheiratete Ausländer mit seiner Frau mindestens 1 Kind hat. Einschränkung der Ausweisungsmöglichkeiten für deutschverheiratete Ausländer – er soll nur noch ausgewiesen werden können, wenn „schwerwiegende Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 10 AuslG) gefährdet sind" – übrigens ein leider sehr dehnbarer Begriff.
Aber immerhin – das sind schon Erfolge. Woraus der geneigte Leser vielleicht in etwa abschätzen kann, wie unsere Situation erst vorher war. . .
Und das alles konnten wir nur erreichen, weil wir uns zusammengetan haben, weil wir die Dinge selbst in die Hand genommen haben, weil wir auf die Idee gekommen sind, daß unsere Probleme keine individuellen Einzelfälle sind – sondern Auswirkungen eines großen, gesamtgesellschaftlichen Problems.
Aber wir sind noch längst nicht am Ziel:
Unsere nächsten Forderungen: Grundsätzlich keine Ausweisung deutschverheirateter Ausländer mehr! Wir wollen nicht ständig auf dem Pulverfaß einer vielleicht mal ins Haus stehenden erzwungenen Trennung oder Emigration leben – wir wollen Sicherheit für unsere Familien!
Also wollen wir für unsere Männer ein gesichertes Recht auf Aufenthalt. Nicht erst – wie bisher möglich – nach 3jähriger Ehe. Sondern sofort nach Eheschließung. Denn wir lehnen es ab, erst mal eine von den Behörden observierte „Ehe auf Probe" zu führen, ehe man uns die dazugehörige Sicherheit wie eine milde Gabe auf Anforderung zusteht. Wir haben schließlich ein Recht auf den Schutz unserer Ehe und Familie, wie jeder andere auch.

Reform des deutschen Internationalen Privatrechts.
Das deutsche Scheidungsrecht wurde auf der Basis der Gleichbehandlung von Mann und Frau reformiert. Schön. Aber das betrifft uns nicht, solange nicht das deutsche internationale Privatrecht dem angepaßt wird. Denn nach diesem Gesetz, dem binationale Familien unterstehen, untersteht die deutsche Frau eines Ausländers nach wie vor dem Heimatrecht ihres Mannes – zumindest in den meisten Fällen. Das bedeutet: Bei einer Scheidung erhält sie z.B. keinen Versorgungsausgleich – und ist im Rentenalter nicht abgesichert, wenn sie nicht selbst gearbeitet hat.
Wo bleibt da der Gleichbehandlungsgrundsatz? Wir wollen, daß das internationale Privatrecht nach dem Domizilprinzip reformiert wird, das heißt, daß wir den Gesetzen des Landes unterstehen, in dem wir leben.

Integration der ausländischen Wohnbevölkerung.
Unsere Situation steht und fällt mit der der Ausländer, die bei uns leben. Wir können keine Verbesserungen für unsere Männer und unsere Familien erreichen, wenn wir dabei alle anderen Ausländer ausklammern. Wir gehören zusammen! Ausländer jedoch werden in unserer weltoffenen, aufgeschlossenen Gesellschaft mit den weltweiten Wirtschaftsbeziehungen trotz ihrer oft jahrzehntelangen Anwesenheit nicht als Teil der Bevölkerung betrachtet. Sie sitzen am Katzentischchen der Nation, bekommen die Krumen, die von der Herren Tischefallen, werden nach Sonderrechten behandelt – die keine Rechte beinhalten – und in Ghettos abgedrängt. Wir als „Schnittmenge" sehen uns da in einer Mittlerfunktion zwischen unserer deutschen Gesellschaft und unseren ausländischen Freunden und Nachbarn. Und wir arbeiten dafür, daß die ständige Existenzangst und Diskriminierung unserer ausländischen Nachbarn endlich ein Ende hat.

Wie arbeitet die IAF?
Inzwischen hat die IAF bundesweit mehr als 800 Mitglieder. Das ist viel – wenn man von der Handvoll Frauen aus unserer „Gründerzeit" ausgeht. Und es ist wenig – wenn man die enorme Zahl von inzwischen ca. 300.000 betroffenen Familien in der BRD betrachtet.
Wir vertreten bundesweit die Interessen der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen und der ausländischen Wohnbevölkerung. Gegenüber der Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsarbeit zählt zu unseren wichtigsten Aufgaben). Und gegenüber den Behörden (eine zweite sehr wichtige Aufgabe unserer Vereinigung ist die Einzelfallbetreuung). Bei der Öffentlichkeitsarbeit ist es uns besonders wichtig, unsere Situation als Folge der Ausländerdiskriminierung deutlich zu machen. Ein Bewußtsein für das große Potential an Ungerechtigkeiten in diesem Bereich zu schaffen. Diskussionen anzuregen. Wir tun das, indem wir z.B. Veranstaltungen durchführen (Podiumsdiskussionen, Filmnachmittage, Folkloreveranstaltungen, „Kaffeekränzchen" Feste usw.), bei denen wir dann auch gern mit anderen Gruppen gleicher Zielsetzungen zusammenarbeiten. Wenn irgend möglich, koppeln wir solche Veranstaltungen auch mit Pres-

searbeit, indem wir z.B. Presseinformationen verfassen und versenden oder Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen einladen. Solche Veranstaltungen laufen sowohl zentral von Frankfurt aus, wo der Bundesvorstand seinen Sitz hat, als auch dezentral in den einzelnen Städten im Bundesgebiet, in denen eine der ca. 40 Kontaktstellen oder Initiativgruppen der IAF ihren Sitz hat.
Wir versuchen sowohl innerhalb der IAF (z.B. durch Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, Wochenendseminaren usw.) als auch in der Öffentlichkeit die speziellen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und psychologischen Probleme einer bi-nationalen Partnerschaft aufzuarbeiten und darüber zu informieren.
Wir vermitteln im Einzelfall Rechtsbeistände – denn sowohl das Ausländerrecht als auch das Internationale Privatrecht sind so speziell und verzwickt, daß wir schon oft die Erfahrung machen mußten, daß längst nicht alle Anwälte hier so weit durchblicken, wie es zur Durchsetzung unserer Interessen notwendig ist. Und wir vermitteln Familienberatungsstellen.
Wir geben im Einzelfall soziale Beratung vor der Eheschließung mit einem Ausländer, und zwar durch
a) Erfahrungsaustausch mit Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind,
b) Angabe von Kontaktstellen zur Auswanderungs- und Eheberatung vor der Heirat
c) Vermittlung von Informationsmaterial über das jeweilige Heimatland des Ehemannes in spe, Informationen über Eheschließung (z.B. Eheverträge usw.)
d) Allgemeine Beratung über Fragen der Verwaltung, Staatsangehörigkeit, Einreiseerlaubnis, Aufenthaltserlaubsnis, Arbeitserlaubnis, Einbürgerung usw.
Wir leisten aber keine Rechtsberatung! Und wir verfügen über keinen Finanzfonds für Härtefälle!
Die IAF hat inzwischen ein gewisses Gewicht innerhalb der „Ausländerszene", gegenüber Behörden und Ämtern und gegenüber maßgeblichen Politikern. Warum? Weil wir emsig nach der guten alten Methode „steter Tropfen höhlt den Stein" arbeiten: Über alle Einzelfälle, die wir betreuen, werden sämtliche in irgendeiner Form damit zusammenhängenden Stellen (Behörden, Ministerien, einzelne Politiker) informiert – oder, besser gesagt, sie werden mit Informationen regelrecht bombardiert. Bis ihnen die Luft ausgeht – bzw. die Argumente. Oft hilft diese Taktik, manchmal geht sie allerdings auch in die Hose – in jedem Fall bleiben wir so im Gespräch. Außerdem führen wir auch in Einzelfällen regelrechte Kampagnen durch, die wir durch sämtliche Medien ziehen. Die Öffentlichkeitswirkung ist häufig das letzte Mittel, wenn bereits alle anderen Bemühungen, z.B. im Falle einer Ausweisung, vergeblich waren.
Die IAF – das sind hauptsächlich Frauen. Mit Kindern. Mit Beruf. Mit Haushalt. Das muß alles versorgt werden. IAF – das ist Freizeit. Wir alle opfern nicht nur Geld sondern auch das bißchen Freizeit, das wir haben, und machen diese wichtige gesellschaftspolitische Arbeit „nebenbei".
Und es wird der Tag kommen, an dem sie uns über den Kopf wächst. Weil die Problematik nicht ab- sondern eher noch zunimmt. Und weil wir keine hilfe bekommen.
Jetzt hatten wir beantragt, daß man uns eine Sozialarbeiterin im Rahmen des Arbeitsplatzbeschaffungsgesetzes zur Verfügung stellt, die sich ganztags um die IAF-Arbeit kümmern kann. Damit wir wenigstens e i n e Full-Time-Kraft im ganzen Bundesgebiet haben. Und damit wir überhaupt weitermachen können.
Unser Antrag wurde abgelehnt.

Rezensionen

Materialien zur Arbeit mit ausländischen Jugendlichen, Hg. AGG Bonn, Rheinweg 34, 5300 Bonn, Juli 1978, 378 S., 10,– DM

Diese AGG-Materialien (AGG: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden) des Projektbereiches „Ausländische Arbeiter" ist eine Materialsammlung, die ihr Geld wert ist. Für jede(n), der/die sich mit ausländischen Jugendlichen beschäftigen will oder beruflich mit ihnen konfrontiert wird und sich für sie und ihre Interessen einsetzen will, liegt hiermit eine unentbehrliche Materialsammlung vor: Analytische Artikel, kommentierte Literaturhinweise und Beispiele aus der Praxis wechseln sich ab und ergänzen sich zu den einzelnen Schwerpunktthemen der Materialien.
Im folgenden die Inhaltsübersicht:

TEIL 1 INTERNATIONALE ARBEITERJUGEND IN DER BRD OHNE HEIMAT: SITUATION IN DEN HERKUNFTSLÄNDERN
„woher sie kamen" – Einleitung
Gründe für die Arbeitsemigration
Einzelne Länder: Spanien, Italien
SITUATION IN DER BRD UND WEST-BERLIN
DIE EMIGRANTENFAMILIE
Familie und Wohnen – mit **Literaturliste**
Ausländische Arbeiterfrauen und Mädchen
Kommentierte Literatur: **Sozialisationsbedingungen**
OHNE AUSBILDUNG UND ARBEITSLOS
Ausbildung – Schule – Beruf
Förderung der beruflichen Bildung ausländischer Jugendlicher (Dokumentation des Ausländerbeirats München)
Kommentierte Literatur: **Jugendarbeitslosigkeit**
FREIZEIT
Freizeitverhalten ausländischer Jugendlicher
RECHTLICHE SITUATION
Die rechtliche Situation ausländischer Jugendlicher
FRITZ FRANZ: Ausnahmezustand im Ausländer- und Asylrecht
Überblick über die wesentlichsten aufenthaltsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Ausländerrechts
Die politischen Rechte der Ausländer
Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für ausl. Jugendliche
Kommentierte Literatur: **Ausländerrecht**
RECHTSINFORMATIONEN FÜR DIE PRAXIS
Allgemeine Rechtsinformationen und Verhaltenstips
Formularmuster zum Selber-ausfüllen

TEIL 2 POLITISCHE SITUATION
ÜBERSICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER AUSLÄNDERPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG
DIETRICH SCHMIDT-HACKENBERG: DIE SITUATION DER AUSLÄNDISCHEN JUGENDLICHEN
KNUTH DOHSE: AUSLÄNDERPOLITIK IN DER KRISE
DIE VORSCHLÄGE DER BUND-LÄNDER-KOMMISSION UND IHRE FOLGEN

TEIL 3 MATERIELLE BEDINGUNGEN FÜR DIE ARBEIT MIT AUSLÄNDISCHEN JUGENDLICHEN
Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten für Initiativen
Die Gründung eines gemeinnützigen Vereins mit Mustersatzung

TEIL 4 PRAKTISCHE ARBEIT MIT AUSLÄNDISCHEN JUGENDLICHEN
ZIELSETZUNGEN UND BEGRÜNDUNGEN
METHODISCH-DIDAKTISCHE ÜBERLEGUNGEN
Beispiel: Projekt Ludwigshafen
Kriterienkatalog zur Beurteilung von Sprachlehrbüchern
MARIA-ELEONORA KARSTEN: HANDLUNGSORIENTIERTER SPRACHUNTERRICHT in berufsvorbereitenden Sprachkursen mit ausländischen Jugendlichen
HEINZ MEYER-WILMS: Sprechanlässe: „Ländervergleiche"
Unterrichtsmaterial zum Thema:
Berufsperspektive ausländischer arbeitsloser Jugendlicher
BEISPIELE AUS DER PRAXIS
Interview mit ausländischen Jugendlichen
Werkwochen des AKSOM Bergisch Gladbach
Lernstatt im Wohnbezirk – Kommunikationsprojekt mit Ausländern in Berlin-Wedding
Gruppenangebote für deutsche und ausländische Jugendliche im Jugendfreizeitzentrum „Paula" in Berlin-Schöneberg und Bericht über eine türkische Theatergruppe Kreuzberg

Im Anhang wird noch einmal die weiterführende Literatur (leider unkommentiert und ohne Preisangaben) angegeben und auf verschiedene Examensarbeiten, die zu dem Themenbereich erschienen sind, verwiesen. Es schließen sich Adressenlisten an von Organisationen, Behörden und Initiativgruppen, die mit ausländischen Jugendlichen arbeiten, und von Rechtsanwälten, die über Erfahrungen und Kenntnisse im Ausländerrecht verfügen. Beide Listen befinden sich inzwischen nicht mehr auf dem neuesten Stand (vom Mai 76 bzw. Juni 77).

REZENSION

Vera Kamenko: Unter uns war Krieg – Autobiografie einer jugoslawischen Arbeiterin.
Berlin 1978, Rotbuch Nr. 180, 112 Seiten, DM 7,–

Veröffentlichungen über die Erfahrungen von Arbeitsemigranten in der Bundesrepublik, in denen die Betroffenen selbst zu Wort kommen, sind rar. Eine Ausnahme bildet der autobiografische Bericht der Jugoslawin Vera Kamenko.

„Unter uns war Krieg" gehört für mich zu den Büchern, die mich in den letzten Jahren am meisten erschütterten – weil Veras Erfahrungen für die von tausenden ausländischer Arbeiterinnen in der Emigration stehen, aber auch, weil ihre direkte und unerbittliche Sprache persönliche Betroffenheit auslöst. Die sprachliche Bearbeitung durch Marianne Herzog mindert diese Direktheit nur unwesentlich.
Veras Bericht: sie heiratet mit 17, bekommt ein Kind, die Ehe scheitert, Vera sucht Arbeit, geht nach Berlin, muß ihren Sohn in Jugoslawien lassen. Die Firma, in der sie als Montiererin arbeitet, kündigt ihr wegen Krankheit, damit fliegt sie auch aus dem Firmenwohnheim und zieht zu einem türkischen Bekannten. Ihr Zusammenleben mit ihm ist, wie so viele Beziehungen, zwiespältig: er schlägt sie, ist eifersüchtig und launisch, sie sucht ein Zuhause in der Fremde und läßt sich nach Trennungsversuchen immer wieder durch seine Versprechungen zurückholen. Wechselnde, immer gleich schlecht entlohnte Tätigkeiten in der Textilindustrie, bei Philips, am Band. Kaum Kontakt zu Deutschen, in ihren Auseinandersetzungen mit dem Mann isoliert. Besuche in Jugoslawien, sie holt ihr Kind nach Berlin. Das Kind spricht nicht deutsch, der Mann und das Kind haben keine gemeinsame Sprache. Das Kind ist viel allein, Vera und der Mann arbeiten Schicht. Alle wohnen in einem düsteren Zimmer. Am Bußtag, von dem sie nicht wußten, daß er ein Feiertag ist, haben sie kein Essen und keine Kohlen zum Heizen. Es gibt viel Streit, das Kind ärgert den Mann und seine Mutter, es wird geschlagen, wie so oft. Ein paar Tage später ist es tot, Vera Kamenko im Gefängnis.
Dort bleibt sie dreieinhalb Jahre, bis sie nach Jugoslawien abgeschoben wird. In dieser Zeit beginnt sie zu schreiben. Schreibt, um nicht verrückt zu werden, ihre Geschichte auf, ihre Gedanken dazu.
Beim Lesen wird deutlich, daß die Schläge gegen das Kind zwar den Gipfel ihrer Verzweiflung darstellten, daß der „Krieg" aber schon lange herrschte und unter vielen Ausländern in einer vergleichbaren Situation herrscht. Eine Tragödie, weil sich dieser „Krieg", die Enttäuschung, Unzufriedenheit, Wut in der Regel gegen die richten, die noch schwächer sind als man selbst - oft gegen die, die man liebt.

Vera Kamenko ist bis zuletzt fassungslos über ihre Tat. Sie sucht keinerlei Rechtfertigung, entschuldigt nichts.

Das „Gastland" aber greift erst ein, als es zu spät ist. Eine menschenwürdige Wohnung, einen Kindergartenplatz, Kinder, die mit ihrem Kind gespielt hätten, erträgliche Arbeitsbedingungen, alles das gab es nicht. Wenn eine Person in Veras Situation zusammenbricht, ist es allein ihre Schuld. Ausschließlich Vera wird für den Tod ihres Kindes zur Rechenschaft gezogen. Sie hat als Mutter versagt.
(Der Mann, der mit dem Prügeln begonnen hatte, sagte vor Gericht gegen sie aus.) Die Brutalität dieses Systems, einzelne für ihr Leiden an der Gesellschaft verantwortlich zu machen, aber auch die Fragwürdigkeit der bürgerlichen Justiz, werden auch Vera Kamenko deutlich, als sie im Gefängnis schreibt: „Was nutzt mir hier sitzen, ich werde nicht besser als jetzt." (S. 89)
Aus diesem Buch lernt man viel mehr, als daß es ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Bundesrepublik nicht gut geht.


sh



Weitere Veröffentlichungen zum Thema „Ausländische Frauen in der Emigration“

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit:
Situationsanalyse nichterwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland
1977 234 Seiten kostenlos zu bestellen

Diese Untersuchung, die auf Gesprächen mit 100 ausländischen Frauen beruht, will einen Überblick über die wichtigsten Faktoren geben, die das Leben nichterwerbstätiger Ausländerinnen in der BRD prägen – angefangen bei den Gründen für die Nichterwerbstätigkeit über Probleme mit den Kindern, Sprachschwierigkeiten, Wohnsituation bis hin zu sozialen Kontakten zu anderen Ausländern oder zu Deutschen. Wichtig ist dabei, daß auf die Rollenprägung von Mann und Frau in den Herkunftsländern, die in wenigen Jahren der Emigration meist nicht überwunden wird, ausführlich Bezug genommen wird und die Frauen sehr eingehend nach ihrer Einschätzung der verschiedenen Problemkreise befragt werden. Am interessantesten vielleicht die Antworten der Frauen auf Fragen nach der Zugänglichkeit von Informations- und Beratungsangeboten, nach Kontakten zu Deutschen und danach, ob sie sich in der BRD etwas emanzipieren würden. Das Ergebnis: solange ausländische Frauen nicht berufstätig sind – weil sie keine Arbeitserlaubnis erhalten oder ihre Kinder versorgen müssen – haben sie wenig Motivation, aber auch kaum reale Möglichkeiten, eigenständig auf eine Verbesserung ihrer Situation hinzuarbeiten.
Die lesenswerte Untersuchung formuliert einige Konsequenzen für eine Ausländerpolitik, die nicht nur sozialstaatliches Lippenbekenntnis bleiben will. Statistiken und Literaturangaben sowie methodische Hinweise und ein Fragebogen ergänzen den Bericht.

COURAGE 4/78
Berliner Frauenzeitung Bleibtreustr. 48 1000 Berlin 12

Das Aprilheft 1978 enthält eine Reihe von interessanten Artikeln über türkische Frauen in Berlin, Ausländerinnen im Haus für geschlagene Frauen, Kindergeld für Ausländerinnen, Ansätze zur Organisation von Spanierinnen in der BRD, die Ausweisung koreanischer Krankenschwestern.

Andrea Baumgartner-Karabak / Gisela Landesberger:
Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien.
Reinbek 1978 (Frauen aktuell 4268), 126 Seiten, DM 4,80

Mit Büchern zur Frauenproblematik versucht auch Rowohlt, in eine Marktlücke zu stoßen. Bedauerlich, daß dem Verlag das auch gelingt, und dazu mit relativ schlampig gemachten Büchern. „Die verkauften Bräute“ ist dabei ansprechend aufgemacht: ein populäres Thema, die Beschreibung des Lebens von Frauen in der ländlichen Türkei wird durch Fotos und Tagebuchauszüge einer Türkeireise aufgelockert und schließlich mit einem Bericht über das Leben von Türkinnen in Westberlin kontrastiert. Soweit, so gut – bloß ist das Ganze nicht nur schlampig und stellenweise fehlerhaft, sondern leider auch etwas überheblich geworden. Oder wie soll man es interpretieren, wenn behauptet wird, daß „türkische Frauen, die aus dem Dorf kommen, rationelles Arbeiten nicht gelernt haben“ und deshalb in der Bundesrepublik „in ihrer Freizeit (!) noch stärker mit Hausarbeit belastet (sind) als deutsche Frauen“ (S. 98)? Oder wenn von älteren türkischen Frauen in einer Tour als „Omas“ in „bunten Sachen“ gesprochen wird? Die Türkinnen selber kommen nicht zu Wort. Ob sie bestimmte Gründe haben, sich so oder so zu verhalten, wird nicht festgehalten, ob wir von ihnen etwas lernen können, nicht untersucht. Wichtige sozioökonomische Hintergründe bleiben unberücksichtigt, was die Situation im türkischen Dorf als auch in der Emigration angeht.
Wie gesagt: ein Verlag mit tönendem Namen und einem regen Vermarktungsapparat kann noch jedes gesellschaftliche Problem in Form eines hübschen Büchleins verhökern, indem einige Aspekte weggelassen, andere mit einer gewissen Exotik ausgestattet werden und auf das Ganze ein „rororo-aktuell-Emblem“ geklebt wird. Ein bißchen liegt das auch an uns, solange wir keine besseren Bücher in unseren eigenen Verlagen machen.

Ann Cornelisen:
Frauen im Schatten. Leben in einem süditalienischen Dorf.
Frankfurt 1978 (Fischertaschenbuch 3401), ca. 200 Seiten, DM 7,80

Das Leben von Frauen vor der Emigration – bzw. zu einer Zeit, in der ihre Männer schon ins Ausland zum Geldverdienen gegangen sind – schildert die Autorin in diesem Buch. Die Zähigkeit und Stärke, mit der sich Frauen gegen die trostlose Armut in einer der am stärksten „unterentwickelt“ gehaltenen Regionen Süditaliens wehren, werden deutlich herausgestellt. Leider läßt die Autorin die Frauen zu wenig selbst sprechen – der zwar aufgeschlossene, aber eben doch nicht direkt beteiligte Schreibstil der Autorin läßt die Frauen manchmal eher zu beschriebenen Objekten als zu sprechenden Personen werden. Trotzdem lesenswert und mit sehr schönen Fotos ausgestattet.

Ohne Verfasser:
Migrant Women Speak
London/Genf 1978 ca. 170 Seiten

Leider nur in Englisch oder Französisch erhältlich: Interviews, in denen italienische, portugiesische und nordafrikanische Frauen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in europäischen Industrieländern schildern. Breiten Raum nimmt dabei die Schilderung von Ansätzen zur Organisierung ausländischer Arbeiterinnen ein, es werden Konzepte wie „Lohn für Hausarbeit“ u. a. diskutiert. Sehr interessant: ein Manifest weiblicher Arbeitsemigranten. Unbedingt lesenswert!

Bestellungen bei: World Council of Churches
150 route de Ferney
CH-1211 Genève 20
(Französische Ausgabe)

oder: Community and Race Relations Unit
The British Council of Churches
2 Eaton Gate
London SW 1 W 4 B 2
(Englische Ausgabe)

Preis: 2,95 £

sh

AFGHANISTAN

Nach der schnellen Revolution – Ein Reisebericht

Überall Militär, überall Angst

Am 23.4.1979 erreichte ich zusammen mit 20 Afghanen die Grenzstation, die etwa acht Kilometer hinter der iranischen Grenze vor dem kleinen Dörfchen Islam-Qala liegt. Die Station besteht aus einem großen, gut bewachten Polizeigebäude, dessen Grundstück man nicht betreten darf, und, hundert Meter daneben, einem kleinen Flachbau, der ein Polizeibüro, ein Impfbüro und eine Bank enthält. Wir kamen um 12.45 Uhr dort an, und der Polizeioffizier sagte mir, nach 12.00 Uhr sei die Grenze für Ausländer geschlossen, ich könnte erst am nächsten Tag weiterreisen. Die Afghanen wurden, obwohl sie nur wenig Gepäck dabeihatten, drei Stunden lang durchsucht und konnten dann weiterfahren. Ich selbst war gezwungen, in dem einzigen Hotel dieses Ortes zu übernachten, in dem der Preis für eine Übernachtung in einem nicht abschließbaren Fünfbettzimmer doppelt so hoch war wie für ein Einzelzimmer in einem Hotel im Landesinneren. Von 19.30 h bis 22.30 h saß ich mit einem ausreisenden Franzosen vor dem Hotel in der Nähe der Straße, die zum Grenzbaum führt. Während dieser drei Stunden wurden vier Gefangene, die jeweils links und rechts von Soldaten festgehalten wurden, Richtung Polizeigebäude abgeführt. Wo sie verhaftet wurden, weiß ich nicht, ich sah nur, daß zwei sich heftig wehrten, einer schrie sogar.

Am nächsten Tag nahm mich ein Lastwagenfahrer mit nach Herat. Etwa fünfzehn Kilometer außerhalb der Stadt wurden wir zum ersten Mal von Militär kontrolliert. Der Fahrer und der Beifahrer mußten aussteigen und wurden auf Waffen durchsucht, danach wurde auch das Führerhaus und der Überbau des Führerhauses kontrolliert. Bis in das Stadtzentrum fanden noch vier weitere solcher Kontrollen statt, jedesmal da, wo neben der Straße Militäreinheiten mit jeweils fünf bis zwanzig Panzern stationiert waren. In der Stadt wurde das Straßenbild beherrscht von bewaffneten Soldaten, Militärfahrzeugen und Panzern auf den zentralen Plätzen der Stadt. Auch auf dem Dach der Moschee hielten Soldaten Wache, von unten konnte ich die Läufe mehrerer Kanonen sehen. Überall in den Straßen gab es rote Fahnen, jeder kleine Laden und jedes Teehaus mußte an seiner Außenwand ein Bild von Taraki und zwei bis drei rote Tücher anbringen, auf die „Khalq" geschrieben war, das ist die zur Zeit regierende Einheitspartei.

Ich war der einzige Ausländer, der in Herat weit und breit zu sehen war, obwohl es in Herat weit über fünfzig Geschäfte gibt, die nur Folkloresachen für Touristen anbieten. Sie verdienen seit einiger Zeit nichts mehr. Viele Hotels und Speiselokale sind leer. Von den Soldaten auf der Straße wurde ich genau beobachtet, oft durfte ich etwas nicht fotografieren, auch wenn ich kein Militärobjekt im Visier hatte. Auch die Menschen selbst hatten Angst, fotografiert zu werden, ganz im Gegensatz zu früher, wo von Ausländern fotografiert zu werden sehr beliebt war. Es fiel mir auch auf, daß die Leute auf der Straße wenig miteinander redeten, sie verhandelten nur über das, was gerade für ihre Arbeit nötig war.

Früh am nächsten Morgen ging ich in ein kleines Teehaus, und dort traf ich endlich vier Männer, die sich untereinander sehr gut kannten und einander vertrauten und auch mir nach und nach Vertrauen schenkten, nachdem sie erfahren hatten, daß ich aus Westdeutschland komme und mit der jetzigen Regierung nichts zu tun habe.

Sie wagten es, mit mir über die derzeitige politische Situation zu sprechen. Sie sagten, daß die jetzige Regierung von Rußland eingesetzt wurde und auch kontrolliert wird, daß dies das ganze Volk weiß und daß das Volk die Russen haßt. Es gibt im ganzen Land moslemische Widerstandskämpfer, die in den Bergen in abgelegenen Dörfern leben. Beim Volk, das zu 99,9 % der islamischen Religion angehört, sind sie sehr beliebt. Vor etwa zwanzig Tagen hätten sie mit Unterstützung der Bevölkerung Herat erobert und über eine Woche lang gehalten. Während der Kämpfe hatten sich einige Panzereinheiten auf die Seite des Volkes geschlagen und auf regierungstreue Offiziere geschossen anstatt auf die Aufständischen. Zehn Tage später nahm dann die Regierung die Stadt mit Hilfe von schwerer Artillerie und Luftangriffen wieder ein. Es wird behauptet, daß die Bomber aus der russischen Stadt Marwa gekommen und auch von russischen Piloten geflogen worden seien, da zwölf afghanische Piloten sich geweigert hatten, den Einsatz zu fliegen und deswegen im Flughafen Schin-Dand sofort hingerichtet worden sind. Auf meine Frage, wieviel Menschen



Von islamischen Widerstandskämpfern abgeschossener Sowjet-Helikopter

bei den Bombardierungen umgekommen seien, antworteten sie mir, etwa sechzigtausend. Die Angaben über die Todesopfer schwankten je nach Ort und befragten Personen von sechstausend bis sechzigtausend. Ich wollte die von Bomben zerstörten Häuser sehen, aber für sie war es zu gefährlich, mit mir dorthin zu gehen, und so gaben sie mir nur ungefähr die Richtung an, in der ich sie finden könne. Als ich dorthin ging, kam ich in die Nähe eines großen Wohngebietes, aber ein Soldat hinderte mich am Weitergehen und sagte, hier sei der Weg gesperrt. Auch ein Afghane in europäischem Anzug (die meisten Männer tragen afghanische Kleider) fragte mich, was ich hier zu suchen hätte, ich solle lieber in den Basar gehen, dort sei es doch viel schöner.

Die afghanische Tageszeitung „Anis" behauptete, daß 4000 als Afghanen verkleidete persische Soldaten in Herat eingefallen seien. Ganz abgesehen davon, daß keinerlei Beweise vorlagen für diese Behauptung, wie sollten die Perser wohl über die an diesem Abschnitt ausgezeichnet bewachte Grenze gekommen sein? Außerdem waren zu der Zeit – nach der Revolution – im Iran die Kasernen leer, und die neue Regierung hatte wohl mit ihren eigenen Angelegenheiten genug zu tun.
Anläßlich des bevorstehenden Festes zum ersten Jahrestag der Revolution wurde ein großer Umzug veranstaltet, an dem sämtliche Schulen, Kindergärten und Vereine teilnahmen. Jedes Kind hatte ein rotes „Khalq"-Fähnchen in der Hand. Über Lautsprecher wurden Parolen vorgesagt, nach jeder Parole mußten die Teilnehmer des Umzugs „Hurra!" rufen. Zur Sicherung gegen Anschläge standen auf beiden Seiten der Straße im Abstand von fünf Metern Soldaten, die Gewehre schußbereit unter dem Arm. Das Volk hockte stumm hinter den Linien der Soldaten, keiner sagte ein Wort, selbst die Kebab- und Eisverkäufer vergaßen ihre sonst unermüdlich lautstarke Werbung um Kunden.
Mitten in der Stadt befindet sich ein etwa 70 000 Quadratmeter großes Gebiet, das für Landwirtschaft genutzt wird. Die Arbeiter dort arbeiten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sechs bis sieben Tage in der Woche. Auch sie erzählten, daß Krieg sei und daß viele Bomben auf die Stadt gefallen seien, aber sie wüßten nicht, wer mit wem kämpft und warum. Wahrscheinlich hatten sie Angst, mit mir darüber zu reden. Einer ackerte den Boden um mit Hilfe eines primitiven, von Kühen gezogenen Holzpflugs, ein anderer pflückte reife Ähren mit der Hand. Ihre Frauen und Kinder knüpfen zu Hause Teppiche, damit die Familie genug zum Essen hat.



Staatschef Taraki (r.), Freund

Das Volk: Nach wie vor in bitterer Armut

Viele Männer können sich keine eigene Familie leisten, weil sie sich kaum selber ernähren können und erst recht nicht Frau und Kinder. Sie besitzen meistens nur die Kleider, die sie anhaben, essen dreimal täglich Brot, Tee und Zucker in den billigen Teehäusern und schlafen auch dort im oberen Stockwerk, zwanzig oder mehr in einem Raum. Damit man sich ein ungefähres Bild von den dortigen materiellen Verhältnissen machen kann, möchte ich einige Löhne und Preise aufzählen.

ein Arbeiter in einer ausländischen Kühlschrankfabrik verdient monatlich 1250 Afghanis
ein staatlich angestellter Landarbeiter 1500 Afs
ein staatlich angestellter Diener für öffentliche Gebäude 500 – 800 Afs
ein privat angestellter Diener, der auch putzt und kocht 500 – 800 Afs
Tagelöhner, wenn sie überhaupt Geld bekommen, verdienen pro Tag 40 Afs

Es gibt viele Arbeitslose; Lastenträger und Wasserträger verdienen so wenig, daß nach meinen Beobachtungen vor allem Menschen, die solche Tätigkeiten verrichten, nur von Brot und Tee leben, obwohl sie Schwerstarbeit leisten müssen. Für sie gibt es Reis nur an Festtagen, ein paarmal im Jahr.

ein kleines Lehmhaus ohne Trinkwasser kostet Miete pro Monat 600 (sehr schlechter Zustand) bis 1 000 Afghanis
ein Grundstück für den Hausbau, etwa 70 Quadratmeter, kostet 20 000 Afs

ein Brot (drei solcher Brote ist das absolute Existenzminimum an täglicher Nahrung) kostet 4 Afs, vor der Revolution lag der Preis für dasselbe Brot bei 2 Afs
ein kleines Kännchen Tee kostet 2 Afs

1 kg Mehl . . . . 20 Afs
1 kg trockene Bohnen . . . . 40 Afs
1 kg Fleisch (Hammel) . . . . 70 (mit Knochen) bis 120 Afs
1 kg Käse . . . . 60 – 80 Afs
1 kg Reis . . . . 40 Afs
1 kg Zwiebeln . . . . 15 Afs
10 Eier . . . . 30 Afs

ein Meter des billigsten Stoffes für Sommerkleider kostet 40 Afghanis

Vom 25. 4. bis 26. 4. fuhr ich mit einem Reisebus von Herat über Kandahar nach Kabul. Die Fahrt dauerte von 16.00 h nachmittags bis 10.30 h morgens, normalerweise hätten wir vier Stunden früher in Kabul ankommen sollen. In Herat waren wiederum von der Stadtmitte bis außerhalb vier Militärkontrollen, jedesmal mußten alle Männer den Bus verlassen und wurden nach Waffen durchsucht. Sie dürfen auch keine Messer mehr mitführen, denn in ihrem verzweifelten Haß haben schon manche Afghanen Russen mit ihren Messern getötet, auch wenn sie hinterher selber hingerichtet wurden. Nachts um 2.00 Uhr fand die ausführlichste Kontrolle statt. Jedes Gepäckstück wurde genau durchsucht, Briefe wurden aufgemacht und gelesen, Zeitschriften und Bücher durchgeblättert. Ein Afghane, der zwei Tage zuvor aus dem Iran gekommen war, hatte ein Bild von Chomeini, etwa so groß wie ein Paßbild, bei sich. Die Soldaten schlugen ihn ins Gesicht, durchsuchten noch einmal genau seine Kleider und schlugen ihn wieder, währenddessen zielten zwei andere Soldaten mit ihren Gewehren auf die übrigen Fahrgäste, die im Halbkreis drumherum standen, und sagten, sie könnten für niemanden garantieren, der den Versuch machen würde, sich einzumischen. Der Afghane mußte sich, Hände hinter dem Kopf, auf den Boden legen, und ein Soldat zielte auf ihn, als wolle er ihn erschießen. Nach ein paar Minuten durfte er aufstehen und wurde abgeführt. Die übrigen Fahrgäste warteten stumm und fast bewegungslos, bis er nach einer halben Stunde wieder zurückkam, fix und fertig, aber froh, weiterfahren zu dürfen.

Erzwungener Jubel: Wie sich das Taraki-Regime zur Schau stellt

Von Herat bis Kabul waren es etwa zehn Militärkontrollen, vor Kabul wieder in kürzeren Abständen. Kabul selbst ist umgeben von großen Armeelagern, auch hier an allen wichtigen Knotenpunkten Panzer, überall Soldaten, überall rote Khalq-Fahnen, auch an Privathäusern, und überall Bilder von Taraki. Zur Feier des Festes des ersten Jahrestages der Revolution waren viele Straßen bunt beleuchtet, auf einem Berg war gut sichtbar ein riesiges Bild von Taraki angebracht, das nachts aus Hunderten von Glühbirnen bestand, sogar die Panzer wurden durch bunte Lichter verschönt. Dieser ganze Aufwand wurde zum Teil finanziert durch die „freiwillige" Spende von fünf Tagen Lohn aller öffentlichen Bediensteten.
Am Feitag, dem 27. 4., wurde ein großer Umzug veranstaltet, an dem die Schüler sämtlicher Schulen und der Universität, die Angestellten vieler öffentlicher Einrichtungen und sogar Kinder teilnehmen mußten. Ich war in einer Familie, deren Tochter die letzte Klasse des Gymnasiums besuchte; den Schülern dort wurde gesagt, wenn sie nicht zu dem Umzug und zu den Übungen dafür einen Tag vorher kommen würden, müßten sie die Schule verlassen. Die Mädchen und Jungen mußten schöne (sehr teure) traditionelle afghanische Kleider anziehen, vor dem Präsidenten spielen und tanzen und ihn gemeinsam hochleben lassen.



Amin- Zweiter Mann in Afghanistan nach Taraki

Der Umzug wurde auf einer großen Straße veranstaltet, in deren Nähe es keine Häuser gibt. Das Volk selber durfte nicht zuschauen, das Gebiet im Umkreis von 500 bis 1 000 Meter dieser Straße wurde militärisch durch Panzer und Soldaten abgesperrt. Nur Mitglieder der Einheitspartei Khalq und von der Regierung geladene russische Gäste konnten die Sperren passieren. Über Fernsehen wurde dann das Ganze übertragen, mit Blick auf Tarakis Tribüne und die seiner Anhänger und mit Blick auf die schöngekleideten, tanzenden Jungen und Mädchen. Der übrige Straßenrand war leer. Einige tausend Menschen mußten an etwa 400 Khalq-Mitgliedern vorbeidefilieren, sich vor ihnen verbeugen und sie hochleben lassen. Gleichzeitig überflogen nacheinander Kampfbomber die Stadt.
Am nächsten Tag wurde das gleiche wieder veranstaltet, diesmal im Stadion, weil dieses gut zu bewachen war. Auch diesmal war wieder nur für Khalq-Mitglieder Einlaß, aber die Kontrollen waren nicht so sehr streng, so daß ich mit Hilfe der Karte eines Schulmädchens ins Innere gelangen konnte. Früh am Morgen versuchte ein Student mit einer selbstgebastelten Bombe im Jackett, ins Stadion zu kommen, um einen Anschlag auf Taraki zu verüben, er wurde aber gefaßt und verhaftet.
Das Programm wurde eröffnet von Delegationen aus verschiedenen „sozialistischen" Staaten, u. a. der UdSSR, Bulgarien, Tschechoslowakei und Polen. Es durften dort ausschließlich russische Journalisten fotografieren und filmen, ich habe gesehen, wie sie auch den Kameramännern vom afghanischen Fernsehen Anweisungen gaben, von wo und wie sie Taraki und die anderen Leute auf der Tribüne filmen sollten. Da das Programm sehr langweilig und die Sonne gegen Mittag sehr stechend war, wollten einige vor Schluß der Veranstaltung nach Hause gehen, aber niemand durfte das Stadion verlassen. Erst eine halbe Stunde, nachdem Taraki und alle wichtigen Regierungsmitglieder und Gäste weggefahren worden waren, konten auch die übrigen Zuschauer rausgehen.
Auch in den nächsten Tagen wurden immer wieder große Aufmärsche auf den Straßen veranstaltet, zu denen jeweils alle Mitglieder öffentlicher Einrichtungen, wie z. B. das Personal eines Krankenhauses, die Arbeiter einer Fabrik usw., gezwungen wurden. Über Lautsprecher wurden die Parolen vorgesagt, die die Teilnehmer des Aufmarsches dann wiederholen mußten. Hauptparole war: „Es lebe Taraki, Tod dem Chomeini". Immer wieder kommt es vor, daß einer „es lebe Chomeini!" ruft, solche Leute werden natürlich sofort festgenommen.

Denken verboten: Gleichschaltung der Kultur

Jeder, der ein Radio hat, hört in der Nacht trotz Verbot Radio Iran und BBC, denn der afghanische Rundfunk und das afghanische Fernsehen senden kaum Nachrichten, weder über die Kämpfe im Landesinneren noch über so heikle Themen wie Politik und Wirtschaft des Landes. Hauptsächlich werden Reden von Taraki und seinem ersten Minister Amin gesendet, ständig unterbrochen vom Hurrageschrei und Beifall der Anhänger. Das Hauptthema solcher Reden ist, daß die befreite (!) Arbeiterklasse es nicht zulassen werde, daß die Errungenschaft der Revolution von ein paar ausländischen reaktionären Konterrevolutionären zunichte gemacht werden. In der übrigen Zeit wird ganz neue Musik gesendet und Hörspiele, deren Texte auf das System abgestimmt sind. Filme kommen im Fernsehen und Kino nur solche, in denen politische Themen nicht berührt werden, z. B. einfache Familiengeschichten. Das übrige Kulturangebot ist äußerst dürftig, es gibt kaum Bücher, nur primitive Magazine über Mode etc., es gibt auch zwei Zeitungen, die ebensowenig wie Radio und Fernsehen anbieten.
In keiner einzigen Buchhandlung der Hauptstadt kann man einen Plan von Afghanistan kaufen, wahrscheinlich, um organisierte Widerstandstätigkeit zu erschweren.
Zwar gibt es aus früheren Zeiten in Kabul noch ein deutsches und ein französisches Gymnasium, aber die Absol-

venten derselben dürfen nicht mehr wie früher in Deutschland und Frankreich studieren, sondern nur noch in Russland.
In Kabul sieht man auf der Straße viele Russen, es gibt sogar ganze Häuserblocks, die ausschließlich von russischen Familien bewohnt werden.
Es gibt Bestimmungen, nach denen jeder, der von einer Stadt in eine andere reisen will, sich vorher ein Visum von der Polizei holen muß mit Angaben über Zielort, Reisegrund und Aufenthaltsdauer, aber bis jetzt machen das fast nur die Ausländer. Die Afghanen selber werden bei den Kontrollen auf den Straßen gefragt, woher sie kommen, wohin sie sollen, warum und wie lange.
Ins Ausland dürfen nur wenige Parteimitglieder reisen, von den anderen bekommt keiner einen Paß, auch wenn er krank ist und in Afghanistan nicht behandelt werden kann.

Obwohl der „endgültige Sieg der Arbeiterklasse" schon vor einem Jahr stattgefunden hat, besteht immer noch eine nächtliche Ausgangssperre. Sie fängt offiziell um 23.00 Uhr an, aber bereits eine Stunde nach Anbruch der Dunkelheit ist kein Mensch mehr auf der Straße.
Die Bevölkerung hat sehr viel Angst, keiner traut sich mehr, in der Öffentlichkeit etwas zu sagen über allgemeine Angelegenheiten, überall herrscht eine gedämpfte, drückende Atmosphäre. Ich war in der Universität, dort habe ich keine fünf Studenten zusammen stehen und diskutieren sehen. Es gab keinen Ort, an dem die Studenten sich versammeln. Sie zeigten mir ein Gebäude, in dem die Kantine untergebracht ist, die von 11.45 h bis 13.00 h geöffnet ist. Außer den üblichen roten Fahnen und Bildern von Taraki gab es auch dort keine anderen Plakate oder handgeschriebenen Zettel, alles war unnatürlich leer und ruhig. Ich fragte ein paar Studentinnen, ob sie mir die medizinische Fakultät zeigen könnten, aber auch davor hatten sie Angst und verwiesen mich an den amtlichen Vorsteher, der könne mir alles sagen, was ich wissen wolle.

Gefängnis und Folter: Aber der Widerstand läßt sich nicht unterdrücken

Im Nordosten der Stadt gibt es ein großes Gefängnis, das Pol-e-Charki-Gefängnis, das mit Hilfe der „sozialistischen Bruderländer" gebaut worden ist. Dort sind über 30 000 politische Gefangene untergebracht. Ich durfte es nicht besuchen, selbst ihre Angehörigen dürfen sie oft monatelang nicht besuchen, bis die Verhöre und Folterungen zu Ende sind und die Behörden das Besuchsverbot aufheben.

Angehörige politischer Gefangener haben mir von grausamen Folterungen erzählt, große Hautpartien wurden vollkommen zerstört, die Folgen sind nach wochenlangem Heilungsprozeß riesige Narbenzüge, die auch über Gelenke gehen und die Bewegungsfreiheit der Opfer für immer einschränken. Täglich verschwinden in Kabul junge Leute, ganze Familien werden nachts in ihren Häusern verhaftet, und niemand erfährt, wo sie hingekommen sind und was mit ihnen passiert.
Da es offiziell keine Nachrichten gibt über die Kämpfe im Land, werden sie nur von Mund zu Mund verbreitet. Es gab Nachrichten von Kämpfen in fast allen Provinzen, besonders in Jalalabad, nahe der pakistanischen Grenze. In dieser Stadt sollen durch Bombardierungen 25 % der Bevölkerung ausgelöscht worden sein. In diesem ganzen Gebiet, der Provinz Paktia, werden systematisch Dörfer bombardiert und vollständig ausgerottet, um den Widerstandskämpfern den Nachschub an Nahrungsmitteln zu erschweren. Dort, im Osten des Landes, haben sich die moslemischen Widerstandskämpfer inzwischen besser organisiert. Seit vier bis fünf Jahren operieren sie in Gruppen und überfallen Kasernen, um sich Waffen zu beschaffen. Diese Gruppen vergrößern sich täglich durch neu hinzukommende Bauern aus der Umgebung, viele Soldaten desertieren mit ihren Waffen und schließen sich solchen Gruppen an, aber auch viele Studenten, Professoren und Angehörige anderer Berufsgruppen aus den Städten kommen dorthin, um aktiv am Kampf gegen die unerträgliche Unterdrückung teilzunehmen. Dieser Widerstand wird täglich stärker und effektiver, zumal er die volle Sympathie und Unterstützung des Volkes auf seiner Seite hat.



Islamische Widerstandskämpfer haben Waffen erbeutet

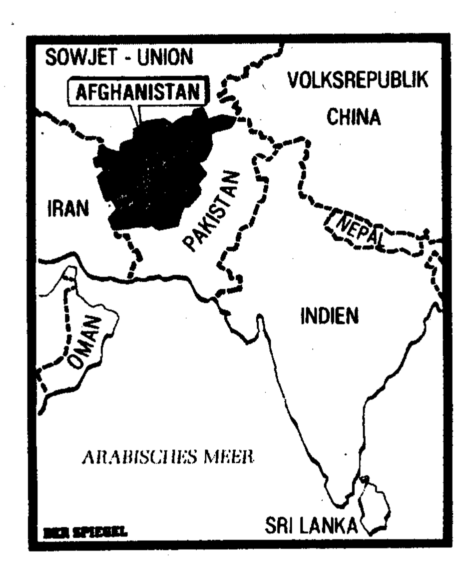


Auch Unterricht gehört zum Kampf gegen die Unterdrückung!

Tarakis letzter Trumpf: Einmarsch der Russen

In den Reden Tarakis und den Zeitungen wird ständig behauptet, daß dies von reaktionären Ausländern aus Pakistan und dem Iran geführte Unruhen seien, mit dem Ziel, die Errungenschaften der Arbeiterrevolution zu zerstören. Diese Behauptungen werden zwar nirgends bewiesen, sollen aber als Vorwand dienen, um die Sowjetunion gemäß Artikel 4 des Freundschaftsvertrages vom Dezember 1978 um direkte militärische Hilfe zu bitten. Denn trotz der gewaltigen Mengen an Artillerie, Panzern, Kampfflugzeugen und anderen Waffen, die täglich von den Russen geliefert werden, ist

abzusehen, daß die durch Desertionen, Meutereien und politische Säuberungen geschwächte Armee auf die Dauer den ständig wechselnden Widerstand nicht mehr eindämmen kann. Was werden aber die Folgen sein, wenn die Kreml-Führung im Falle eines Krieges in diesen Grenzgebieten nur noch die Möglichkeit der direkten Intervention sieht, um das strategisch äußerst wichtige Afghanistan in der Hand zu behalten?



Seit 1955 werden von russischen Beratern Fünfjahrespläne für die Landwirtschaft Afghanistans erstellt. Damals war das Land Selbstversorger, jetzt ist es vom Ausland abhängig und muß etwa 40 % seiner Nahrungsmittel importieren. Dafür werden große Flächen mit Baumwolle bepflanzt, die inzwischen zum Hauptexportartikel Afghanistans geworden ist und, genauso wie Erdgas, zu Billigstpreisen an die Sowjetunion geliefert wird. Die Entwicklung geht dahin, daß Afghanistan vollkommen abhängig vom Ausland werden soll und sich in den Verband der von der Sowjetunion beherrschten „sozialistischen" Staaten einordnen muß.

Kurzer Blick in die Geschichte Afghanistans

Afghanistan liegt in Zentralasien, umgeben von der Sowjetunion, mit der es 2 000 km Grenze hat, dem Iran, Pakistan und China. Auf seinen 650 000 Quadratkilometern Fläche leben nur etwa 16 Millionen Einwohner, 90 % leben auf dem Land, 95 % sind Analphabeten. Es gibt zwei asphaltierte Straßen, eine von West nach Ost, gebaut von den USA, und eine vom Norden über den Hindukusch bis zur Hauptstadt, gebaut von der Sowjetunion. Über zwei Millionen Nomaden müssen mit ihren Zelten und Tieren ständig wandern, um Nahrung zu finden.
Schon früh war Afghanistan, Knotenpunkt vieler Handelswege, den Angriffen fremder Eroberer ausgesetzt. Vor Chr. Geb. war es Alexander der Große, über 1 000 Jahre später die Mongolen Dschingis Khans, die dort einfielen und alles zerstörten.
Am Anfang des 19. Jahrhunderts geriet es in die Zange der Interessengegensätze zwischen England, das Indien zu seiner Kolonie gemacht hatte, und Rußland, das einen Weg zum arabischen Meer haben wollte. Ab 1893 fielen die Engländer dreimal in Afghanistan ein und wurden wieder zurückgeschlagen, bis sie endlich 1919 die Unabhängigkeit Afghanistans anerkennen mußten. Allerdings blieb ein Teil des Gebietes im Süden unter britischer Kontrolle.

Der absolutistische König Amandoullah, der danach zehn Jahre lang regierte, brachte gegen Ende seiner Herrschaft das Volk durch unsinnige Verordnungen (z. B. verlegte er den Feiertag auf Donnerstag) gegen sich auf, so daß es den Engländern gelang, Nader Schah an die Macht zu bringen. Dieser richtete ein Terrorregime ein; allein in der Stadt Kabul wurden täglich durchschnittlich zwanzig Menschen exekutiert. Unter seinem Sohn Zahir Schah (1933 – 1973) herrschte Armut und Hunger beim Volk, und die Korruption blühte bei den Beamten. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde das Land immer abhängiger von den westlichen imperialistischen Staaten. Danach wurde 1953 ein Vetter des Königs, Daud Khan, Ministerpräsident. Er brachte Afghanistan nach und nach in die Abhängigkeit der UdSSR, unter anderem durch einen Waffenlieferungsvertrag, der die Sowjetunion zum alleinigen Waffenlieferanten des afghanischen Heeres machte, außerdem kamen Tausende russischer Militärberater ins Land. Unterdessen wuchs die Unzufriedenheit des Volkes unter dem totalen Monarchismus, und die Untergrundbewegung nahm bedrohliche Formen an, so daß Zahir Schah 1963 ein Scheinparlament einrichtete und ein Grundgesetz erließ, um das Volk zu beruhigen. Gleichzeitig setzte er Daud ab, der ihm zu mächtig geworden war. Jedoch nahm die Armut der Menschen zu, Anfang der siebziger Jahre verhungerten eine halbe Million Menschen. Selbst mit Gewalt konnten die ständigen Aufstände und Demonstrationen gegen die schlechte politische und wirtschaftliche Lage des Volkes nicht mehr niedergeschlagen werden.
Diese Situation nutzte die UdSSR aus und inszenierte im Juli 1973 einen Militärputsch, der Daud Khan, den ehemaligen Ministerpräsidenten, an die Macht brachte. Die moskautreue, marxistisch-leninistische Partei feierte den Umsturz als „Weiße Revolution". Doch für das Volk brachte er solches Elend, daß Tausende gezwungen wurden, in die Nachbarländer (Iran, Naher Osten) auszuwandern und dort allein und ohne Familie ein kümmerliches Dasein als schlechtbezahlte Gelegenheitsarbeiter zu fristen. Daud ergriff verschiedene Maßnahmen und Taktiken, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken; er versuchte z. B., durch Bestechung einzelner Stammesgruppen verschiedene Volksstämme gegeneinander aufzuwiegeln, es gab Rede- und Versammlungsverbot, massenweise Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen. Aber trotzdem hörte das Volk nicht auf, für sein Recht und seine Freiheit zu kämpfen, außerdem nahm Daud auch zum Westen Beziehungen auf, so daß die Sowjetunion ihre Interessen von zwei Seiten her gefährdet sah und am 27. April 1978 zum zweiten Mal einen Militärputsch durchführte.

Diesmal kam die moskautreue Partei an die Macht, die bis dahin nur sehr wenige Mitglieder hatte, hauptsächlich beim Militär. Nach dem Umsturz gab es innerhalb dieser Partei Machtkämpfe, und ein Flügel, die Parcham-Gruppe, wurde als „konterrevolutionär" ausgeschaltet. Zur Zeit regiert unter dem direkten Diktat des Kreml die Khalq-Gruppe in Afghanistan, an der Spitze zwei Männer, Taraki als Präsident, Amin als sein erster Minister. Bis jetzt können sie ihre Macht aufrechterhalten mit Hilfe der von den Sowjets gut ausgerüsteten und kontrollierten Armee. Doch trotz brutalster, gut organisierter Unterdrückungsmaßnahmen (laut FAZ vom 23. 5. 79 gibt es 20 000 – 50 000 politische Gefangene) schaffen auch sie es nicht, den Widerstand des Volkes zu zerbrechen. Dieser hat es in der letzten Zeit geschafft, sich auf dem Land trotz schwieriger Bedingungen

besser zu organisieren und wird infolge der Sympathie und der Unterstützung durch das Volk täglich stärker.



Widerstandskämpfer gegen das Taraki-Regime

Die jüngste Entwicklung

Schon zu der Zeit der Daud-Regierung gab es bewaffnete Aufstände der Bevölkerung gegen das moskautreue Regime, hauptsächlich in den Nordostprovinzen. Das afghanische Innenministerium bezeichnete sie als „Gruppe von Reaktionären, von Pakistan ausgebildet und bewaffnet" (1). Sie breiteten sich mehr und mehr auch in anderen Provinzen aus, und wie man ihrer Herr werden wollte, drückte Taraki nach dem zweiten Putsch mit dem folgenden Satz aus: „Das Volk wird dem neuen Kurs folgen, entweder aus Überzeugung oder aus Angst" (2). In den nächsten drei Monaten vervierfachte sich die Zahl der Sowjets im afghanischen Staatsdienst, sie sitzen als Berater in allen Ministerien, in der Verwaltung und in der Wirtschaft. Diplomatische Quellen in Kabul sprachen Anfang dieses Jahres von 2 000 technischen und 3 000 militärischen Beratern (3). Zu der Zeit waren auch schon über 20 000 Menschen in die Berge geflüchtet, wo die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan verläuft; sie berichteten von Bombardierungen auf ihre Dörfer, auch Napalmbomben wurden dabei verwendet (4). Nach Schätzungen aller marxistischen und moslemischen Gruppen im Ausland wurden im letzten Jahr mindestens 80 000 Menschen hauptsächlich durch solche Bombardements getötet.

Mitte März gelang es den Aufständischen, zusammen mit der Bevölkerung und meuternden Soldaten, die westafghanische Stadt Herat einzunehmen. Sie konnten sich eine Woche lang halten, bis sie nach tagelangen Bombardierungen aufgeben mußten. Die Zahl der dadurch Umgekommenen schwankt zwischen 6 000 und 60 000. Daraufhin beschuldigte die afghanische Regierung Persien, Tausende von Soldaten, als ausgewiesene afghanische Gastarbeiter verkleidet, über die Grenze geschleust zu haben, um in Herat Unruhe zu stiften (5). Nach Ansicht Moskaus werden afghanische „Konterrevolutionäre" von pakistanischen, amerikanischen, chinesischen und ägyptischen Beratern ausgebildet. Auch pakistanische Soldaten hätten, afghanisch verkleidet, in der Provinz Paktia Stellungen der Regierungstruppen angegriffen. Die Regierung in Kabul richtete eine „ernste Warnung" an Pakistan (6). Anfang April wurde ein „Oberster Ausschuß zur Verteidigung des Landes" gegründet, geleitet von Taraki, der die Aufgabe hat, „Verschwörungen von Feinden im In- und Ausland abzuwenden, Verräter auszuschalten und die ruhmvolle April-Revolution zu beschützen" (7).

Da beim Aufstand in Herat vom Volk über hundert sowjetische Berater getötet wurden, hat die sowjetische Botschaft in Kabul Sicherheitsmaßnahmen getroffen: Frauen und Kinder der Berater werden zurückgeschickt in die Sowjetunion, und die Berater halten sich vor allem nachts provisorisch in Notquartieren auf dem Botschaftsgelände auf (8). Innerhalb von zwei Wochen wurden mindestens 1 000 Menschen bei nächtlichen Razzien festgenommen (9), wobei die Verhaftungswelle sich ganz besonders gegen die religiösen Kräfte richtete (10).

Der erste Minister Amin sagte ganz offen, was die Regierung zu tun gedenkt: „Je mehr die Feinde der Revolution ihre Angriffe und Sabotageakte verstärken, desto mehr werden wir um die brüderliche Hilfe der sozialistischen Bruderländer bitten" (11). Zusammen mit sechs anderen Generalen kam General Alexey Jepischew, Schlüsselfigur bei der Invasion der Tschechoslowakei, nach Kabul. Danach wurden die Waffenlieferungen erneut erhöht, u. a. passierten T-62-Panzer, MIG-21-Flugzeuge und Großraumhubschrauber für den Truppentransport in die unwegsamen Berge die sowjetisch-afghanische Grenze. Die Zerschlagung des Widerstandes wird immer brutaler. Am 4. Mai droschen Polizisten mit Gewehrkolben und schweren Ketten auf Frauen und Kinder vor dem Gefängnis in Kabul ein, als diese verlangten, ihre Männer zu sehen. Mehrere wurden verletzt, einige schwer (12). Beim gleichen Anlaß töteten Anfang Juni Soldaten 32 Frauen und Kinder vor dem Pol-e-Charqi Gefängnis, weil sie Nachricht von ihren gefangenen Verwandten haben wollten (13).

Immer mehr häufen sich die Nachrichten von Soldaten, die einzeln oder in Gruppen mit ihren Waffen überlaufen, um an der Seite der moslemischen Widerstandskämpfer gegen das Regime zu kämpfen. Die Rebellen haben zeitweise bis zu 80 % der Landgebiete unter ihrer Kontrolle (14). Die afghanische Luftwaffe bombardiert jetzt auch pakistanisches Territorium, etwa 80 km nordöstlich von Peschawar (15). Aus Assadabad berichteten Augenzeugen von Massakern, bei denen russische Berater dabeigewesen sind, während alle Männer des Dorfes niedergemäht wurden. „Die Armee befahl den Frauen, in die Moschee zu gehen, und sagte allen Männern, sie sollten mitkommen und eine Rede des Provinzgouverneurs hören. Als sie sie aus der Stadt rausgebracht hatten, erschossen sie sie alle" (16). 48 Schüler sind in der Stadt Herat vor den Augen ihrer Familien vor den Elternhäusern erschossen worden, weil sie dagegen protestiert hatten, daß ein Drittel jeder Unterrichtsstunde dafür verwendet wird, die neuesten Reden und Taten Tarakis und Amins zu wiederholen oder die kleinen Schüler nach der Meinung ihrer Eltern zu fragen (17).

Der Widerstand breitet sich immer mehr aus und greift auch über auf die Städte. Am 25. 6. berichtet die SZ, daß nur noch fünf der sechsundzwanzig Provinzen unter der Kontrolle der Regierungstruppen sind. Am 23. Juni gibt es erstmals auch in der Hauptstadt Kabul Auseinandersetzungen, die vom Morgen bis in die Nachmittagsstunden dauern. Dabei gab es über 90 Tote und zahlreiche Verletzte, auch Frauen und Kinder (18). Taraki hatte sich schon vorher auf einen Luftwaffenstützpunkt 19 km nördlich von Kabul zurückgezogen, nachdem er und Amin ihre Familien in der Sowjetunion in Sicherheit gebracht hatten. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreitete eine Warnung Tarakis an die Nachbarstaaten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten seines Landes einzumischen. Anfang Juli gelingt es den islamischen Aufständischen, die Stadt Gomal zu er-

obern. 250 russische Berater und Chalquis konnten in letzter Minute von der Regierung ausgeflogen werden (19).

Auch bei den im Ausland lebenden afghanischen Studenten zeigt sich mehr und mehr Widerstand gegen das Regime in ihrem Heimatland. 200 afghanische Studenten haben in Neu-Delhi vor der Botschaft ihres Landes gegen die Politik Tarakis demonstriert (20). Die afghanische Botschaft hier in der BRD ist dazu übergegangen, unliebsamen Studenten ihren Paß nicht wie üblich um ein Jahr zu verlängern, sondern einen Ersatzpaß auszustellen, der nur vier Wochen lang gültig ist und sie zur Heimreise zwingen soll, wo sie natürlich sofort verhaftet werden würden.

Im Augenblick kann sich das Regime nur noch dank der Hilfe der Sowjetunion an der Macht halten. Alle Offiziere der afghanischen Streitkräfte sind in der Sowjetunion ausgebildete geeichte Chalqis. Jedoch wird die Armee geschwächt durch politische Säuberungen, Meutereien und Desertionen. Es ist abzusehen, daß die Sowjetunion mit den bisherigen Methoden die Fäden nicht mehr in der Hand behalten kann und durch eine direkte militärische Besetzung versuchen wird, das strategisch äußerst wichtige Afghanistan für sich zu retten.

Quellen:

1 BZ 19. 8. 75
2 Welt und Wissen 1. 9. 78
3 the Guardian 16. 2. 79
4 FAZ 9. 1. 79
5 Süddeutsche Ztg. 20. 3. 79
6 SZ 11. 4. 79
7 SZ 1. 4. 79
8 SZ 17. 4. 79
9 SZ 21.-22. 4. 79
10 TAZ 27.-28. 4. 79
11 Le Monde 3. 5. 79
12 FAZ 23. 5. 79
13 Le Monde 13. 6. 79
14 SZ 7. 6. 79
15 Le Monde 8. 6. 79
16 Newsweek 11. 6. 79
17 FAZ 27. 6. 79
18 BZ 25. 6. 79 u.FAZ 27. 6. 79
19 BZ 6. 7. 79
20 BZ 6. 7. 79

A.E.

Hungerstreik afghanischer Studenten

Seit dem 9. Juli 1979 befinden sich 14 afghanische Studenten in Bonn im Hungerstreik. Sie sind Mitglieder der Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS), die in der Vergangenheit immer wieder mit Demonstrationen, Veranstaltungen und Flugblättern über die Repression in Afghanistan durch das Taraki-Regime informiert und Spenden für die politischen Gefangenen in ihrer Heimat gesammelt hat. Am 6. April 1979 besetzte die GUAFS schließlich die afghanische Botschaft in Bonn, um gegen den wachsenden Einfluß der Sowjetunion und die Verfolgung von Regimegegnern zu protestieren.

Die fortschrittlichen oppositionellen Afghanen sind nun heftigen Schikanen der afghanischen Botschaft und der deutschen Ausländerbehörden ausgesetzt. Die Pässe von mehreren oppositionellen Afghanen wurden von der Botschaft nicht mehr verlängert bzw. einbehalten. 25 Studenten erhielten nur ein Ausweispapier mit der Aufforderung, binnen zwei Monaten in ihre Heimat zurückzukehren! Ihre Pässe wurden einbehalten. Die Rückkehr nach Afghanistan würde für diese Studenten den sicheren Tod bedeuten, die Gefängnisse Afghanistans sind jetzt schon mit tausenden von Regimegegnern gefüllt, Folter und Mord sind an der Tagesordnung.

Alle Bemühungen, die afghanische Botschaft dazu zu bewegen, die Pässe zu verlängern bzw. die einbehaltenen Pässe zurückzugeben, blieben bis jetzt erfolglos. Die deutschen Ausländerbehörden weigerten sich ebenso, den betroffenen 25 Afghanen eine Aufenthaltserlaubsnis zu erteilen oder einen Fremdenpaß auszustellen. Eine Begründung für diese Weigerung erfolgte nicht.

Aus diesem Grund sind 14 Afghanen in einen Hungerstreik zur Durchsetzung folgender Forderungen getreten:

- Schluß mit dem Völkermord in Afghanistan!
- Russen raus aus Afghanistan!
- Schluß mit der Drohung und Schikanierung der oppositionellen Afghanen durch die afghanische Botschaft!
- Sofortige Rückgabe bzw. Verlängerung der einbehaltenen Pässe!
- Erteilung der Aufenthaltserlaubnis seitens der BRD für die Afghanen, deren Pässen eingezogen wurden!
- Wir verurteilen das Schweigen unddie einseitige Berichterstattung der deutschen Medien über die Kämpfe des afghanischen Volkes!

Solidaritätsadressen und Unterstützung für den Hungerstreik an:

GUAFS c/o KSG
Adenauer Allee 63, 5300 Bonn

Schreibt Protestbriefe an die afghanische Botschaft in Bonn!
Adresse: Liebfrauenweg 1a, 5300 Bonn-Röttgen 2

EKD unterstützt rassistische Gemeinden in Südafrika

EKD gibt 2 Millionen an rassistische Gemeinden in Südafrika

Am 7. 6. 1979 wurden vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD 2 085 Mio. DM aus Kirchensteuermitteln zugunsten der deutschen lutherischen Gemeinde in Johannesburg bewilligt. Diese Entscheidung nehmen wir zum Anlaß, uns erneut zu Wort zu melden. Folgender Tatbestand liegt dem zugrunde: Die deutsche lutherische Gemeinde in Johannesburg hat im weißen Stadtteil Hilbrow ein ungeheuer aufwendiges Gemeindezentrum mit einem Kostenaufwand von 5 – 6 Mio. DM gebaut. Schon früher versuchte sie, dafür Gelder von der EKD zu bekommen, allerdings ohne Erfolg, mit der Begründung, dieses Projekt genüge nicht den Kriterien. Wegen der zunehmenden Schuldenlast wurde die EKD erneut um Hilfe gebeten. Von der EKD aus wurde nun der Plan entwickelt, der weißen Gemeinde das Geld zu leihen mit der Maßgabe, es im Lauf von 25 Jahren (!!) in einen eigens gegründeten Fond zurückzuzahlen, aus dem dann auch Schwarze Geld bekommen können. Es ist offensichtlich, daß die Schulden der weißen Gemeinde den Hilfsfond für die Schwarzen nach sich gezogen haben. Dieser Erfindungsreichtum und die schnelle Abwicklung, die hier zutage traten, werden bei vielen die Schwarzen betreffenden Projekten vermißt. Wir befürchten, daß die behauptete ökumenische Stärkung und die Öffnung des Gemeindezentrums für Schwarze (EDV-Programmierer und Modezeichnerinnen!) auch nur zum Zwecke der Durchsetzbarkeit des Antrags in Deutschland eingeführt wurden. Wer dieses Projekt unter der Überschrift „Brückenbauen" verkaufen will, streut Sand in die Augen. Derartige Brücken, deren Pfeiler immer erst bei den Weißen eingerammt werden, können nicht bei den Schwarzen enden. Das geschickte Verfahren, sich schon vorab die Dankbarkeit der Schwarzen quittieren zu lassen, macht das Projekt nur noch fragwürdiger. Der Vorgang ist um so beschämender, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die vergleichsweise bescheidenen Summen für die Boykottaktion der Evangelischen Frauenarbeit oder den Sonderfond des Antirassismus-Programmes von den gleichen Gremien strikt abgelehnt werden.

Es gibt gewiß überzeugendere Möglichkeiten, Geld in die Überwindung des Rassismus zu investieren, als mit der Finanzierung der Projekte der Reichen angeblich neue Möglichkeiten für die Benachteiligten aufzuschließen.

Dieser Beschluß ist ein erneuter Beweis, daß die EKD schlecht beraten wird. Mit diesem Projekt leistet sie einen Beitrag zur Subventionierung des Rassismus. Als Glieder der Evangelischen Kirche und ehemalige Mitarbeiter in Südafrika protestieren wir auch im Interesse unserer vielen südafrikanischen Freunde gegen solche schlauen Machenschaften. Wir fordern erneut die Beendigung der Unterstützung der deutschen lutherischen Gemeinden in Südafrika, bis diese eindeutig zeigen, daß sie von ihren rassistischen Einstellungen Abschied nehmen.
Wir wünschen uns unsere Kirche überzeugender und weniger trickreich.

Der Sprecherkreis des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika (MAKSA) :

Seit seiner Gründung im Jahre 1972 hat der MAKSA, eine Gruppe kirchlicher Mitarbeiter und Pfarrer, immer wieder gefordert, daß die beträchtliche Unterstützung der deutschsprachigen lutherischen Gemeinden in Südafrika durch die EKD beendet werden soll. Diese Unterstützung stärkt nicht nur die getrennten Einrichtungen der Kirchen, sondern auch das Gefälle zwischen armen (schwarzen) und reichen (weißen) Gemeinden.

Der „Rührberger Kreis", eine Gruppe von ökumenisch engagierten kirchlichen Mitarbeitern aus den Werken der AGKED und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die sich für die Beteiligung der Betroffenen, Durchsichtigkeit und Glaubwürdigkeit bei entwicklungspolitischen Entscheidungen einsetzen, nimmt zu dem gleichen Vorgang folgendermaßen Stellung:

Die Kirchenkanzlei behauptet in ihrer auf dem Kirchentag verteilten Erklärung zu dem Vorgang, daß die „Bewilligung nach ausführlicher, offener Diskussion" mehrheitlich beschlossen wurde. Genau dies ist jedoch nicht geschehen. Die Diskussion verlief unter ungeheurem Zeitdruck und konnte nur einen ganz kleinen Teil aller zu hinterfragenden Probleme ansprechen. Die Entscheidung fiel mit knapper Mehrheit des gerade noch beschlußfähigen Ausschusses.
Die bei allen anderen Projekten üblichen Vorläufe wie Beratungen innerhalb der AGKED-Stäbe und sachverständiger Ausschüsse waren völlig ausgeblieben. Es besteht der unabweisliche Eindruck, daß hier ein höchst problematisches Projekt durchgepeitscht werden sollte, obgleich keine Notwendigkeit für eine Eilentscheidung gegeben war.

Wir halten das Projekt für so fragwürdig, daß ein solches Verfahren trotz „mehrheitlicher Entscheidung" keinesfalls adäquat ist, sondern daß hier unbedingt eine breite Information gegeben und Zustimmung gesucht werden oder eine Ablehnung ausgesprochen werden müßte.
Die Unterstützung der Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika" der Evangelischen Frauenarbeit (dabei ging es nur um DM 60 000) wurde vom KED-Mittelausschuß und vom Rat der EKD unter anderem mit der Begründung abgelehnt, daß „aufgrund gesamtkirchlicher Verantwortung" Kirchensteuermittel für politisch so brisante Projekte nicht verwandt werden dürfen.

Wir fragen den Rat der EKD:
Wird hier nicht mit zweierlei Maß gemessen?

Rührberger Kreis
Dürnauer Weg 28
7000 Stuttgart 70



Forum Alternativ

Eine Parallelveranstaltung zur UNCSTD

Das FORUM ALTERNATIV organisiert eine Parallelveranstaltung zu der vom 20. – 31. August 1979 in Wien stattfindenden Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (UNCSTD). Dabei geht es um den Transfer von Technik aus den Industrienationen in die Länder der sogenannten „Dritten Welt". Das FORUM ALTERNATIV geht aus von der Kritik der Großtechnologie und ihrer Vermarktung an die „Dritte Welt" und führt hin zur Auseinandersetzung mit Entwicklungsstrategien und konkreten Erfahrungen der Alternativbewegung.
Ein zentrales Anliegen von FORUM ALTERNATIV wird die **Errichtung eines Dorfes** auf einer Wiese in Wien sein, das nach ökologischen, biologischen und sozialen Gesichtspunkten errichtet werden soll. Das Dorf wird bestehen aus: einem Verwaltungs- und Info haus, Kinderhaus, Erste-Hilfe-Haus, Werkstättenhaus, Basarstraße mit Läden und Ständen von Gemüse bis zum Märchenerzähler, einem Gastgarten für ca. 500 Personen, einem Meditationszelt etc. Für Schlechtwetter sind einige Workshopzelte, Yurten u.a. vorgesehen. Daneben wird ein Haus mit Eigenenergieversorgung, Sonnenkollektoren, Biogasanlagen und Windrädern entstehen.
Neben diesem Ökodorf werden zwei **Wiener Volkshochschulen** Räume für Vorträge, Diskussionen, Workshops und Diavorführungen zur Verfügung stellen. Auch an zahlreiche Filmvorführungen ist gedacht. Zur Vorbereitung dieser Parallelveranstaltungen, zu der das FORUM ALTERNATIV ungefähr 2000 Teilnehmer erwartet, existieren zur Zeit Arbeitsgruppen, die sich mit folgenden Themen beschäftigen:

ÖKO-Dorf	Medien
Energie	Frauen
Dritte Welt	UNO Konferenz
Netzwerk	Theater
Ökologie	Gesundheits und Alternativmedizin

Eine der Arbeitsgruppen des Forum Alternativ ist die „DRITTE WELT"-Gruppe, die Arbeitskreise über folgende Problemkreise veranstalten wird:

- Traditionelle Produktionsweisen und Aufgaben des traditionellen Sektors in den „Entwicklungsländern"
- Einbruch westlicher Industrialisierung und kapitalistischer Produktionsweise, Rolle und Zukunftsstrategien der Multinationalen Konzerne angesichts technischer Entwicklungen wie Mikroprozessoren u.ä. (Neue Internationale Wirtschaftsordnung)
- Technologietransfer und angepaßte Technologie, NIWO
- Entwicklungshilfe, Hilfe für wen?
- Überwindungsstrategien zu bestehenden Verhältnissen (autozentrierte Entwicklung) und Perspektiven der Befreiungsbewegungen
- Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit (Einsatz von Medien, Spiele, Fotoworkshop, 3. Welt im Kinder- und Jugendbuch)
- Kommunikations- und Informationsflüsse (Informationsmonopole, 3. Welt in den Medien, Kulturimperialismus und seine Auswirkungen)

Während auf der UN-Konferenz die Eliten aus Industrie- und Entwicklungsländern um die weltweite Neuverteilung der Ressourcen verhandeln, versuchen wir vom Standpunkt all jener aus, die auf dieser Konferenz nicht zu Wort kommen, eine Diskussion über die Hintergründe und Ursachen der Abhängigkeit und Unterentwicklung in Gang zu setzen.

Das Zusammentreffen von ökologisch- und entwicklungspolitisch orientierten Gruppen sollte zu einer Auseinandersetzung über gemeinsame Anknüpfungspunkte und Strategien führen, was uns angesichts der internationalen Situation (Kapitalverflechtungen, Internationale Arbeitsteilung, Industrieauslagerungen, Technologietransfer) notwendig erscheint.

Falls Ihr Interesse an einer Mitarbeit in der Dritten-Welt-Gruppe oder einer der anderen Arbeitsgruppen des FORUM ALTERNATIV habt, wendet Euch bitte an folgende KONTAKTADRESSE:
Holger Behm, Georgstraße 25, 53 Bonn (Koordination für die BRD)
oder direkt an Forum Alternativ, A-1050 Wien, Margaretengürtel 122-24/1/Tiefparterre, Tel; 0222/ 55 30 653

Aufruf an unsere reisefreudigen Leser:

Demnächst wollen wir einen Themenblock über „Tourismus und Dritte Welt" in den Blättern des IZ3W bringen. Zu dessen Ergänzung suchen wir Adressen von und kurze Erfahrungsberichte über Organisationen, die „alternative" Reisen (z.B. Workcamps) anbieten. Wer schreibt uns?

AG Tourismus
Aktion Dritte Welt
Postfach 5328
7800 Freiburg/Brsg.



Neuerscheinung zur Pädagogik Paulo Freires

H. P. Gerhardt, „Zur Theorie und Praxis Paulo Freires in Brasilien". Diese im Selbstverlag vertriebene Dissertation beschreibt und analysiert drei Alphabetisierungskampagnen Paulo Freires im Nord-Osten Brasiliens in den Jahren 1962 - 1964. 270 S., DM 18,–, Bezug über Gerhardt, An der Fischerweide 2, 6000 Frankfurt 50

Zur „Berichterstattung" über die neuen linken Tageszeitungen

Leserbrief zur „Berichterstattung" über die neuen linken Tageszeitungen

Liebe Genossinnen und Genossen!
Erst jetzt bin ich dazu gekommen, die Nummern 74-76 der „blätter" aufzuarbeiten. Was Ihr Euch da bei der Vorstellung der beiden neuen linken Tageszeitungen geleistet habt, ist schlichtweg eine Katastrophe und steht Eurer Zeitschrift sehr schlecht zu Gesicht.
Zwei linke Tageszeitungen, mit unterschiedlichem Selbstverständnis, wohl auch mit teilweise unterschiedlichen Zielgruppen, kündigen ihr Erscheinen an.
Was wäre die Aufgabe einer linken, unabhängigen, pluralistischen Zeitschrift, für die ich die „blätter des iz3w" immer angesehen habe? Eine objektive Berichterstattung, am besten Selbstdarstellung beider Projekte. Niemand hätte sich gegen einen zusätzlichen sachlichen Kommentar gewendet, welcher sich für die eine oder andere Zeitung ausspricht.
Was geschieht stattdessen in Eurer Zeitung? In der Nr. 74 wird kommentarlos eine Selbstdarstellung der „taz" veröffentlicht, die von Polemik, Verdrehungen und unwahren Behauptungen in bezug auf die „Neue" nur so durchsetzt ist.
Daraufhin trifft offenbar Kritik von Lesern ein. Wie wird diese Kritik beantwortet in der Nr. 76? Indem auf der „weiteren, ganz einseitigen, unausgewogenen Darstellung" beharrt wird!
Die zwei wesentlichen Vorwürfe, die immer wieder gegenüber der „Neuen" erhoben werden, sind deren „Professionalität" und „Traditionelle Struktur" und deren Orientierung auf die Gewerkschaften.

„Professionalität" gehört unabdingbar zur täglichen Produktion einer Zeitung, die täglich den Leser erreichen soll. Wohlgemerkt, gehört dazu. Nicht alles darf in professioneller Routine aufgehen, aber die finanzielle Basis muß solide, durchschaubar sein (dazu gehört auch, daß die Zeitung nicht wesentlich teurer als das Konkurrenzblatt FR wird), Vertriebswege müssen geklärt sein, Auslandskorrespondenten zunächst einmal wenigstens in den wichtigsten westeuropäischen Ländern sind wichtig – und die Frage muß gestellt werden, ob man sich, was den Druck betrifft, von fremden Produktionsmittelbesitzern abhängig machen soll (die „Neue" druckt auf eigenen Maschinen). Guter Wille und noch so viel Energie und Arbeit reichen nicht, wenn diese Organisationsprobleme nicht befriedigend gelöst sind. Hier hat mich die „Neue" überzeugt.
Tatsächlich ist die einzige Kraft, die in diesem Land gesellschaftlich etwas verändern kann, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Nicht die bunt schillernde Sponti- und Alternativbewegung, nicht die Bürgerinitiativbewegung (so wichtig diese ist!), sind die entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte, sondern die Arbeiterbewegung, welche in den Gewerkschaften ihre wichtigste Organisation hat. Wenngleich die Politik der Gewerkschaftsführungen heute in der BRD noch sozialpartnerschaftlich bestimmt ist, muß eine linke Tageszeitung, die nicht zum Hausgebrauch der Sponti-Szene konzipiert ist, sondern die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die Lohn- und Gehaltsabhängigen, und hier besonders die gewerkschaftlich und politisch Aktiven ansprechen will, breites Interesse dem gewerkschaftlichen Geschehen entgegenbringen.
Wer behauptet, die „Neue" mache sich die Sichtweise der Gewerkschaftsführungen zu eigen (so die „taz"-Initiative in der Nr. 74 und in anderer Form in der Nr. 76), hat sich bestenfalls nicht informiert. Nach dem Stahlarbeiterstreik etwa brachte die „Neue" im Februar zwei längere Artikel (in der Nr. 2 und der Nr. 5), in denen die Kritik der IGM-Basis an der Politik des Vorstandes dargestellt wurde. (Ich könnte noch viele andere Beispiele anführen.) Diese kritische Gewerkschaftsberichterstattung steckt erst in den Anfängen, man muß einer so jungen Zeitung wie der „Neuen" aber eine Entwicklung zugestehen.
Hoffentlich wird Eure sachlich nicht begründete Bevorzugung der „taz" und Eure Weigerung, der „Neuen" auch nur die Möglichkeit zur Selbstdarstellung zu geben, nicht symptomatisch für den Kurs Eurer Zeitschrift.

Mit sozialistischen Grüßen
Peter Eisenburger

Anmerkung der Redaktion
Wir verweisen auf unsere ausführliche Stellungnahme zur TAZ und NEUEn in der Nr. 76 der „blätter des iz3w", der wir nichts hinzuzufügen haben.

Red.

Freiheit für Rudolf Bahro

Appell an den Staatsrat der DDR zur Generalamnestie der politischen Häftlinge aus Anlaß des 30. Jahrestages der Staatsgründung

Die DDR hat den Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet. Hierin werden insbesondere Gedanken- und Religionsfreiheit (Artikel 18), Redefreiheit (Artikel 19), Vereinigungsfreiheit (Artikel 22), Recht auf friedliche Versammlung (Artikel 21) garantiert, wie auch das Recht, das eigene Land verlassen zu können (Artikel 12). Diesen Verpflichtungen kommt die DDR weder in ihrer Gesetzgebung noch in der Praxis der Justiz und Staatssicherheitsorgane nach. Einige dieser Rechte sind noch nicht einmal in der Verfassung gewährleistet.

4000 bis 6000 politische Häftlinge gibt es nach den Mitteilungen und Berichten von amnesty international in der DDR. Hausarrest und Berufsverbot für Robert Havemann, der bereits gegen den deutschen Faschismus im Zuchthaus Brandenburg unter Einsatz seines Lebens kämpfte, sowie die Verurteilung zu 8 Jahren Haft für Rudolf Bahro einzig und allein wegen seiner, heute bereits international anerkannten marxistischen Analyse des "realen Sozialismus", sind alltägliche Beispiele für die Praxis der Staatssicherheits- und Justizorgane.

Die Situation der Untersuchungshäftlinge ist gekennzeichnet durch bewußten Einsatz psychologischer zermürbender Haftbedingungen und Verhörmethoden, weitgehendes Überschreiten der Untersuchungshaftzeiten, keine freie Wahl der Verteidiger, häufige Verweigerung der Aushändigung der Anklageschrift und später der Urteilsbegründung, faktische Aufhebung der Berufungsmöglichkeit, totale Nichöffentlichkeit der Prozesse.

Jahrzehnte, besonders während des Faschismus, haben Organisationen der Arbeiterbewegung Sozialisten, Demokraten, Christen und Kommunisten für die Freiheit der Meinungsäußerung, für das Recht auf uneingeschränkte Information, für Versammlungs-, Streik- und Koalitionsrecht und gegen politische Verfolgungen gekämpft. Die Repräsentanten der DDR, insbesondere die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), stellen sich bewußt in die Tradition des antifaschistischen Kampfes und der internationalen Arbeiterbewegung. Die Unterzeichner appellieren daher an den Staatsrat der DDR

- die Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte zu erfüllen,
- die Willkürmaßnahmen gegen Robert Havemann und andere Personen aufzuheben,
- das Urteil gegen Rudolf Bahro zu annullieren,
- eine sofortige Generalamnestie für alle politischen Häftlinge zu verfügen.

Da wir gegen politische Repression und Berufsverbote (wie z.B. in der BRD) und für die Verwirklichung der sozialen- und Menschenrechte in allen Ländern eintreten, werden wir auch zur Tatsache und Situation politischer Gefangener in der DDR nicht schweigen.

Bitte

Bitte stecken Sie den Appell in einen Umschlag und senden Sie ihn an den Staatsrat der DDR (unterschrieben). So wird der Staatsrat sich über Monate mit einer Welle von Aufforderungen zur Gewährung einer Amnestie konfrontiert sehen.

Bitte

Diese Aktion muß sich selbst finanzieren. Wir haben keine anonymen Gelder. Aber auch die Arbeit des Komitees muß weiterlaufen. Die Vorbereitung einer Gewerkschaftstagung, die Aktionen zum 1. Jahrestag der Verurteilung Rudolf Bahros am 30. Juni 79 und die Veranstaltungen/Initiativen zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung sowie vor allem die laufende Komiteearbeit (Erstellung und Versand der Rundbriefe, Telefonkosten, Bürokosten, Druckkosten, Anzeigenkosten) verschlingen eine Menge Geld. Wir brauchen dringend wieder Spenden.
Wir wissen, daß zwei gleichzeitig laufende – mit Geldzahlungen verbundene Aktivitäten – sehr schlecht sind. Wir bitten trotzdem um die Überweisung von speziell für die laufende Komiteearbeit notwendigen Spenden.

Bitte überweisen auf das Konto:

Hajo Cornel, Sonderkonto Postscheckkonto 251 73 - 103 Berlin West

Einzusenden an: Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros, Postfach 3005, 1000 Berlin 30

Ich möchte .... Stück des Appells zugesandt bekommen.

Ich möchte .... Sammellisten des Appells zugesandt bekommen.

Tagungshinweise

Entwicklungspädagogischer Workshop „**Die Dritte Welt in Schule und Jugendarbeit**", 31.8. -2.9.1979 im Saalbau, Huyssenallee 53 - 57, 43 Essen, Information und Anmeldung bei Dr. Jörg Becker und Ulrike Ries, Geschäftsstelle für das Internationale Jahr des Kindes, Am Burgweiher 12, 53 Bonn Duisdorf 1, Tel.:02221/28 19 85—87

„**Die internationale Dimension der Kriegsdienstverweigerung**", Europäisches Sommertreffen 26. - 31. August 1979 in Tihang e/Huy (zw. Namur und Lüttich), Information und Anmeldung bei: Université de Paix - F.O.C., rue du Marché 35, B - 5200 Huy (Belgien)

Internationales Sommerseminar für **Basisgruppen**, 26. August - 1. September 1979 in St. Rôme de Dolan / Frankreich, Information und Anmeldung bei I.O.C. - M.A.B., Kuringersteenweg 35, B -3500 Hasselt

---

Koordinierungstagung der Aktion „**Brennpunkt Brasilien**", 5. - 7.10.79 in Bad Salzschlirf, Information und Anmeldung bei AGG, Josef Senft, Rheinweg 34, 53 Bonn, 02221 / 23 40 21

Seminar „**Theologie der Befreiung**", 15.11. -18.11.1979 in Siegen, Information und Anmeldung bei: ESG, Burgstr. 20, 59 Siegen, 0271 - 5 12 37 und 5 42 60

Solidaritäts - Workcamps „**Für das Volk in Nicaragua**" in Mülheim,
— vom 28. Juli bis 18. August in Zusamenarbeit mit dem Service - Civil - International Bonn
— vom 25. August bis 15. September in Zusammenarbeit mit der Ev. Studentengemeinde Essen

bei EMMAUS Internationale Jugendinitiative für Frieden und Verständigung e.V. in Mülheim / Saarn, Düsseldorfer Str. 112, Tel.: 0208 / 48 91 11, Information und Anmeldung bei: EMMAUS Mülheim über Thomas Kolbe, ESG Essen (0201 - 1 83 33 47), in den Semesterferien auch über Café „Regenbogen", Essen, Segerothstr. 119, Tel.: 0201 - 32 57 71

[redacted]
T. Metscher: Faust und die Kunst zu erben
H. Claas u. H. Götze: Ästhetik und Politik bei Enzensberger und Peter Weiss
W. Busch: Machtstaatsideologie und linke Melancholie
W. Elfferding: Eine bürgerliche Lehre aus „Holocaust"

* * *

Stalinismus-Forschung
H. Haumann: Die Wende von 1929
Sowjetkritik und Antikommunismus
J. Schleifstein und B. Frei: Antworten auf Gollwitzer
Natur und Gesellschaft
V. Schurig: Soziobiologie
H. Epskamp: Idealistischer Naturbegriff
Aktuelle Analyse:
A. Statz: Direktwahlen zum Europaparlament

Alle Hefte 176 S.; 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM
Im Abo 8,50 DM, Schüler und Studenten 7,- DM
Jahresabo (6 Hefte): 51,- DM, Studenten 42,- DM zzgl. Versandkosten

P. Joseph: Reform und Konterrevolution: Die USA und die internationale Ökonomie
U. Albrecht: Von der Ost-West- zur Südpolitik der Bundesrepublik
D. Boris: Unterentwicklung und Staat. Zu einem Buch von Tilman Evers
W.F. Haug: Zum Problem des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke

* * *

A. Rang und B. Rang-Dudzik: Pädagogen in der Schule ratlos
Zur Diskussion gestellt:
I. Bindseil: Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe
Aktuelle Analyse
H. Ridder: Aufhebung der Mordverjährung?
Fachübersicht: Philosophie
E. Leiser: Der Konstruktivismus der „Erlanger Schule"
Kongreßankündigungen und -berichte
Politologen-Kongreß, 19. Deutscher Soziologentag, „Vier Modernisierungen" in der VR China, Methode der Arbeitergeschichtsschreibung

...

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

Nachruf auf Christoph Kievenheim

Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung: Editorial
C. Kievenheim: Fragen des demokratischen Kampfes für den Sozialismus
K. Priester: Methodologische Probleme einer materialistischen Theorie des Überbaus, dargestellt am Beispiel der Staatstheorie Gramscis
M. Jäger: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis
E. Altvater: Die bürgerliche Hegemonie, die »Logik der ökonomischen Sachzwänge« und die Alternative der Arbeiterbewegung
D. Albers: Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus«
V. Gransow / M. Krätke: Thesen zur politischen Theorie des Austromarxismus
T. Scheffler: »Bürgerliche« Revolution und marxistische Revolutionstheorie
R. Hosfeld: Massendemokratie oder Erziehungsdiktatur?
R. Genth: Thesen über die Herausbildung der Politik der Arbeiterorganisationen in Italien
M. Aschke: Verfassungsrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit und verfassungspolitische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland

192 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM

AS 34 Forum Kritische Psychologie 4

hrsg. v. Klaus Holzkamp
Aufsätze zur Theorie der Subjektivität und zur ökonomischen Funktion der Logik; Diskussion der Motivationstheorie und der Sexualitätsauffassung in der Kritischen Psychologie; Rezension von Rückriem u.a.: Historischer Materialismus u. menschliche Natur.
237 Seiten, DM 15,50, (Stud. DM 12,80).
ISBN 3-920037-66-9

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen - Analysen und Diskussion

Gewerkschaften, SPD und alternative Wirtschaftspolitik; Wirtschaftstheoretische Grundlagen; Überakkumulations-versus Überproduktionstheorie; Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkttheorien; Alternative Regionalpolitik.
Autoren: J. Berger, R. Hickel, J. Huffschmidt, W. Pfaffenberger, K.H. Tjaden, u.a.
216 Seiten, DM 15,50, (Stud. DM 12,80).
ISBN 3-920037-71-5

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 461 90 61



Neu!

In Südamerika wird der Lebensraum der Indios durch ökonomische Nutzung und durch Landenteignung zerstört. Die indianische Gesellschaft zerbricht durch kulturellen Druck unterschiedlicher Art. Die Folge: In Brasilien wurden z.B. von 1900 bis 1975 von 270 indianischen Stammesgruppen 87 ausgerottet.

In »Ist Gott Amerikaner« nehmen 13 Ethnologen in 13 Kapiteln die Arbeit mit Indios der größten protestantischen Missionsgesellschaft der Welt, des »Summer Instituts of Linguistics« aus den USA kritisch unter die Lupe. Dieses Institut sieht es als seine vorrangige Aufgabe an, die Bibel in alle Sprachen der Welt zu übersetzen.

Die Anschuldigungen gegen das »Summer Instituts of Linguistics« reichen von Spionage für die USA und Infiltration von CIA-Agenten bis zur Verschwörung mit ausländischen Konzernen. Außerdem verdienen die Methoden des Instituts einer ethnologischen Überprüfung, weil sie durch die Benutzung der Eingeborenensprache und die Schaffung einer Eingeborenenelite eine moderne Form des kulturellen Imperialismus darstellen. Das wichtigste Thema von »Ist Gott Amerikaner« ist jedoch die Schilderung des Versuchs der Indios in Südamerika, Überlebensstrategien in diesem »Paradies des Teufels« zu entwickeln.

Søren Hvalkof/Peter Aaby (Hrsg.):
»Ist Gott Amerikaner?« – Eine ethnologische Untersuchung der missionarischen Arbeit des »Summer Instituts of Linguistics« , ca. 360 Seiten mit Abbildungen, Engl.Broschur mit mehrfarbigem Schutzumschlag von Klaus Staeck. Übersetzung aus dem amerikanischen von Annemarie Böll. Format: 21×14,8 cm, DM 19.80
ISBN 3-921521-14-9 (Auslieferung September 1979)



Neu!

Dargestellt werden die blutigen Szenen der spanischen Konquista in Peru, der Kampf Pizarros gegen den Inka Rumiñahui; doch für Rumiñahui könnte auch Sandino, Camilo Torres oder Che Guevara stehen und für Peru Vietnam. . .

So erinnert Pizarros Zerstörung der Werte der Eingeborenen hier und da an die nordamerikanische Intervention in Indochina und an die vier Jahrhunderte lang währende Ausbeutung und Vernichtung der nordamerikanischen Indianer. . .

'Die Sonne unter den Pferdehufen' ist ein vielseitiges Schauspiel, in dem sich lyrische Passagen, Lieder, Dialoge, Pantomimen, Rundfunksendungen miteinander vermischen und ineinandergreifen wie die verschiedenen Teile eines Uhrwerks . . .

Die Personen durchbrechen immer wieder den historischen Rahmen, um sich direkt an die Zuschauer zu wenden. Und die Zerstörung und Unterjochung der Ureinwohner Südamerikas, die überall und zu jeder Zeit stattfinden kann, läßt schließlich eine Identifizierung mit dem Widerstandskampf aller Armen und Ausgebeuteten dieser Welt zu.

Mit 'Sonne unter den Pferdehufen' reiht sich Jorge Enrique Adoum in die Gruppe der besten engagierten Dramatiker des heutigen Lateinamerika ein; er leistet damit einen Beitrag zu jenen Werken, die in moderner Form den Befreiungskampf dieses Kontinents schildern.«

(Orlando Rodriguez)

Jorge Enrique Adoum
»Die Sonne unter den Pferdehufen«
Aus dem Spanischen von
José Friedl Zapata
128 Seiten, Englische Broschur, Format 21×14,8 cm, DM 12.80
ISBN 3-921521-15-7 (Auslieferung September 1979)

ISBN 3-921521-09-X
Neue überarbeitete Ausgabe mit einer Einleitung von Eduardo Galeano und ca. 20 Fotos sowie einem dokumentarischen Anhang über die Entwicklung in Bolivien seit Anfang 1978 ist in Vorbereitung

»Wie diese 'einfache' Frau komplizierte politische Zusammenhänge analysiert, Manöver von patron- und regimefreundlichen Gewerkschaften entlarvt, den Elitismus mancher Intellektueller anklagt, wie sie das tägliche, stille Heldentum einer Proletarierfamilie darstellt und die grenzenlose Brutalität der Herrschenden erwidert, läßt den zinngrauen Band des Lamuv Verlages zu einem unentbehrlichen Element für all jene werden, die nicht nur Bolivien, sondern Lateinamerika überhaupt verstehen wollen.«

(Romeo Rey)

Jorge Icaza
»Huasipungo«
Vorwort: Jorge Enrique Adoum
Aus dem Spanischen von Suzanne Heintz
1978, 176 Seiten, Broschur, Format 14,8×21 cm, DM 16.80
ISBN 3-921521-02-5

»Wenn mich jemand fragt, ob das, was in dem Buch 'Huasipungo' von den lateinamerikanischen Indios erzählt wird, wirklich geschehen ist und sogar heute noch geschieht, antworte ich: 'Kommen Sie und sehen Sie selbst!«

(Jorge Icaza)

Ariel Dorfman
»Desaparecer–Aus den Augen verlieren«
Poemas–Gedichte/spanisch–deutsch

Guillermo Nuñez
Dibujos–Zeichnungen
96 Seiten, mit 8 Zeichnungen, Format 21×14,8 cm, Englische Broschur
Ausgabe A: Fünf der Zeichnungen sind von G.Nuñez farbig überarbeitet, numeriert und signiert und eine der im Buch abgebildeten Zeichnungen ist beigelegt. Im Impressum von Ariel Dorfman und Guillermo Nuñez signiert. Auflage 8 Exemplare, DM 280.- (ISBN 3-921521-08-4)
Ausgabe B: wie Ausgabe A, aber ohne Originalzeichnung. Auflage 50 Exemplare, DM 98.- (ISBN 3-921521-10-6)
Ausgabe C: Normalausgabe, DM 12.80 (ISBN 3-921521-11-4)

»Fünf Jahre nach dem blutigen Sturz der Regierung Salvador Allendes ist das Chile-Bild nahezu unverändert: ein leidendes, schweigendes Land, mehr Friedhof als Land.«

(Ariel Dorfman in »Die Zeit«)

Agostinho Neto
»Angola – Heilige Hoffnung«
Gedichte
Vorwort Basil Davidson, Einleitung Marga Holness
Aus dem Portugiesischen von Maria Adelia Silva Melo/Hermann Pflüger
1976, 160 Seiten, Broschur, Format 14,8×21 cm, DM 16.80
ISBN 3-921521-00-9

Diese Gedichte geben Einblick in die Geschichte Angolas und Auskunft über das harte Schicksal dieses Freiheitskämpfers, der nun als Politiker in der Lage ist, an der Zukunft mitzubauen, die er als Dichter poetisch antizipierte.

Die Bücher sind in jeder Buchhandlung erhältlich.

Lamuv Verlag
Martinstraße 7
5303 Bornheim-Merten